



Organisation
der Vereinten Nationen
für Bildung, Wissenschaft
und Kultur



Ziele für
nachhaltige
Entwicklung



Mit Bildungsarbeit gegen Antisemitismus

*Ein Leitfaden für politische
Entscheidungsträger/-innen*

Herausgeben im Jahr 2019 von der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), 7, place de Fontenoy, 75352 Paris 07 SP, Frankreich und

dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDMIR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Ul. Miodowa 10, 00-251 Warschau, Polen.

© UNESCO und OSZE, 2019

UNESCO ISBN 978-92-3-000070-7



Diese Publikation ist in Open Access unter der Attribution-ShareAlike 3.0 IGO (CC-BY-SA 3.0 IGO) Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/igo/>) verfügbar. Wer die Inhalte dieser Publikation nutzt, akzeptiert die Nutzungsbedingungen des UNESCO Open Access Repository (<http://www.unesco.org/open-access/terms-use-ccbysa-en>).

Originaltitel: *Addressing Anti-Semitism through Education – Guidelines for Policymakers*
Herausgeben 2018 von der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDMIR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die verwendeten Bezeichnungen und die Präsentation des Materials in dieser Publikation implizieren keine Stellungnahme des OSZE/BDIMR oder der UNESCO bezüglich des Rechtsstatus oder Grenzverlaufs eines Landes, eines Gebiets, einer Stadt oder einer Region oder deren Autoritäten.

Die in dieser Publikation zitierten Autor/-innen bzw. Organisationen und Institutionen sind für die Auswahl und Darstellung der Inhalte ihrer Webseiten und Materialien sowie für die darin geäußerten Vorstellungen und Meinungen selbst verantwortlich. Diese spiegeln nicht unbedingt die Position des OSZE/BDIMR oder der UNESCO wider und sind für die beiden Organisationen auch nicht bindend.

Gestaltung: Nona Reuter

Gedruckt vom OSZE/BDIMR

Gedruckt in Polen: Poligrafus Jacek Adamiak

DANKSAGUNGEN

Das BDIMR und die UNESCO möchten ihre Wertschätzung für die Arbeit der Expert/-innengruppe des Bildungsbausteins Taten statt Worte gegen Antisemitismus zum Ausdruck bringen und ihren Mitgliedern für die Beratung in puncto Ausrichtung und Inhalt des vorliegenden bildungspolitischen Leitfadens danken:

Nevena Bajalica, Anne Frank Haus, Niederlande

Johanna Barasz, Délégation Interministérielle à la Lutte Contre le Racisme, l'Antisémitisme et la Haine anti-LGBT (DILCRAH), Frankreich

Deidre Berger, American Jewish Committee Berlin, Lawrence & Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations, Deutschland

Werner Dreier, erinnern.at (Nationalsozialismus und Holocaust: Gedächtnis und Gegenwart), Österreich

David Feldman, Pears Institute for the Study of Antisemitism am Birkbeck-College der University of London, Vereinigtes Königreich

Derviş Hizarci, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA), Deutschland

Łucja Koch, POLIN –Museum für die Geschichte der polnischen Juden, Polen

Monika Kovács, Eötvös-Loránd-Universität, Institut für Interkulturelle Psychologie und Pädagogik, Ungarn

Peder Nustad, Zentrum für Holocaust- und Minderheitenstudien, Oslo, Norwegen

Misko Stanisic, Terraforming, Niederlande / Serbien / Schweden

Mark Weitzman, Simon Wiesenthal Center, Vereinigte Staaten von Amerika / Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA)

Robert Williams, United States Holocaust Memorial Museum, Vereinigte Staaten von Amerika / IHRA

Die Bereitschaft dieser Expert/-innen, dieser Initiative in erheblichem Umfang Zeit zu widmen und ihr Fachwissen zur Verfügung zu stellen, wird außerordentlich geschätzt.

Das BDIMR und die UNESCO möchten zudem folgenden Personen für ihren maßgeblichen Anteil an der Erstellung und Überarbeitung dieser Veröffentlichung danken:

Rabbi Andrew Baker, Persönlicher Beauftragter des amtierenden Vorsitzenden der OSZE zur Bekämpfung von Antisemitismus, Vereinigte Staaten von Amerika

Peter Carrier, Georg-Eckert-Institut, Deutschland

Elana Haviv, Generation Human Rights, Vereinigte Staaten von Amerika

Danny Stone, Antisemitism Policy Trust, Großbritannien

Diese Veröffentlichung stützt sich zum Teil auf einen bereits publizierten pädagogischen Leitfaden, der 2007 vom BDIMR und der Internationalen Schule für Holocaust-Studien von Yad Vashem herausgegeben wurde: *Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen*. Das BDIMR und die UNESCO danken ganz besonders den Mitarbeiterinnen von Yad Vashem, Richelle Budd Caplan und Jane Jacobs, für die Überprüfung und Überarbeitung dieser Veröffentlichung und die Bereitstellung ihres umfangreichen Fachwissens.

INHALT

VORWORT von Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, Direktorin des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)	1
VORWORT von Audrey Azoulay, Generaldirektorin der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)	3
ÜBERBLICK	5
Wo liegen die Probleme?	5
Warum nehmen sich Regierungen dieser Probleme an?	6
Was können politische Entscheidungsträger/-innen und Lehrkräfte tun?	7
1. EINLEITUNG	11
Was lässt sich durch Bildungsarbeit erreichen?	15
Warum ist ein pädagogischer Leitfaden erforderlich?	15
Aufbau des Leitfadens	18
2. ANTISEMITISMUS VERSTEHEN	19
2.1. Auswirkungen des Antisemitismus	20
2.2. Merkmale des Antisemitismus	21
2.3. Aktuelle Variationen des Antisemitismus	23
3. ANTISEMITISMUS-PRÄVENTION DURCH BILDUNGSARBEIT: LEITPRINZIPIEN	27
3.1. Einen menschenrechtsbasierten Ansatz anwenden	28
3.2. Widerstandsfähigkeit stärken – Verschärfung des Problems vermeiden	31
3.3. Kritisches Denken fördern	32
3.4. Durch Integration einer Genderperspektive Voreingenommenheit offenlegen	37
3.5. Komplementarität mit Global Citizenship Education stärken	37

4. LERNENDE ÜBER ANTISEMITISMUS AUFKLÄREN	43
4.1. Wichtige Themen und Herausforderungen	44
4.1.1. <i>Über antisemitische Stereotype aufklären</i>	44
4.1.2. <i>Über den Holocaust aufklären</i>	49
4.1.3. <i>Im Rahmen des zeitgeschichtlichen Unterrichts über Antisemitismus aufklären</i>	52
4.1.4. <i>Antisemitismus durch Medien- und Informationskompetenz entgegenwirken</i>	53
4.2. Modalitäten der Umsetzung	57
4.2.1. <i>Ganzheitliche Schulansätze</i>	57
4.2.2. <i>Lehrkräfteausbildung</i>	60
4.2.3. <i>Lehrpläne, Lehrbücher und Bildungsmaterialien</i>	61
4.2.4. <i>Museen, Bibliotheken und Gedenkstätten</i>	65
4.2.5. <i>Die Rolle von Hochschuleinrichtungen</i>	68
4.2.6. <i>Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft</i>	69
4.2.7. <i>Außerschulische Bildung, berufliche Aus- und Fortbildung</i>	71
5. GEGEN ANTISEMITISCHE VORKOMMNISS IM BILDUNGSWESEN VORGEHEN	75
5.1. Ansätze für den Umgang mit Fällen von Antisemitismus im Bildungswesen	76
5.1.1. <i>Reaktive Ansätze für Grund- und Sekundarschulen</i>	76
5.1.2. <i>Spezifische reaktive Ansätze für Hochschuleinrichtungen</i>	80
5.2. Regierungsstrategien	82
ANHÄNGE	87
ANHANG 1: Ressourcen für Akteur/-innen im Bildungswesen	88
ANHANG 2: Beispiele für antisemitische Tropen und Meme	92
ANHANG 3: Beispiele für antisemitische Symbole	96
ANHANG 4: Von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition von Antisemitismus	97
ANHANG 5: Von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust	99

VORWORT

von Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, Direktorin des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen von Intoleranz und Diskriminierung, einschließlich ihrer gegen Muslim/-innen und Christ/-innen gerichteten Ausprägungen, bedrohen nicht nur die Sicherheit der unter ihnen leidenden Einzelpersonen und Gemeinschaften, sondern tragen darüber hinaus zur Schaffung eines toxischen Gesellschaftsklimas bei, das den Nährboden für Extremismus, Terrorismus und Kriminalität liefert. Die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung durch die Förderung von Dialog, gegenseitigem Respekt und Verständnis muss daher eine absolute Priorität für die internationale Gemeinschaft und ihre Bestrebungen zur Sicherung von Frieden und Stabilität auf lokaler und regionaler Ebene sein.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten haben in einer Vielzahl von OSZE-Verpflichtungen und -Entscheidungen die zentrale Bedeutung des Bildungswesens bei der Bekämpfung von Voreingenommenheit und Vorurteilen anerkannt. Vor diesem Hintergrund verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten beim OSZE-Treffen in Sofia im Jahr 2004, ggf. Bildungsprogramme zur Bekämpfung des Antisemitismus zu fördern. In einer vom Ministerrat 2014 in Basel verabschiedeten Erklärung verurteilten die Teilnehmerstaaten zudem alle Erscheinungsformen von Antisemitismus, verpflichteten sich zu gemeinsamen Bemühungen bei der Bekämpfung des Antisemitismus im gesamten OSZE-Raum und forderten das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) dazu auf, „den Austausch nachahmenswerter Methoden für Bildungsinitiativen und andere Maßnahmen zur Hebung des Bewusstseins für Antisemitismus und zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Erziehung und des Unterrichts über den Holocaust zwischen den Teilnehmerstaaten zu erleichtern.“ Diese internationalen Verpflichtungen sind heute ebenso relevant wie zur Zeit ihrer Verabschiedung.

Auf dieser Grundlage wird das BDIMR auch weiterhin Bildungsinstrumente zur Bekämpfung des Antisemitismus entwickeln und dabei ganz besonders im Blick behalten, dass Lehrkräfte und Pädagog/-innen auf eine außerordentlich große Gruppe junger Frauen und Männer einwirken und diese unterstützen können, sich zu verantwortlichen und respektvollen Staatsbürger/-innen zu entwickeln. Wird von Voreingenommenheit befeuerten Akten der Aufwiegelung und Hassrede nichts entgegengestellt, können diese zu Gewalt, Hasskriminalität und dazu führen, dass die Gesellschaft von Angst beherrscht wird.

Diese Veröffentlichung wurde im Rahmen einer starken und fortwährenden Partnerschaft zwischen dem BDIMR und der UNESCO entwickelt und ergänzt eine bereits zuvor erschienene Gemeinschaftsveröffentlichung mit dem Titel *Pädagogischer Leitfaden zur Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen – Mit Bildungsarbeit gegen Islamophobie*. Sie ist Teil des BDIMR-Projekts „Taten statt Worte

gegen Antisemitismus“ und wurde dank der großzügigen Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht.

Dieser Leitfaden für politische Entscheidungsträger/-innen liefert konkrete Vorschläge, wie sich der Antisemitismus durch Bildungsarbeit thematisieren und bekämpfen lässt und wie Vorurteilen begegnet und Toleranz gefördert werden kann. Dazu werden Ansätze vorgestellt, die auf einen menschenrechtsbasierten Rahmen sowie auf Global Citizenship Education, Inklusivität und Geschlechtergleichstellung setzen. Ich hoffe, dass dieser Leitfaden Regierungsbeamt/-innen, einschließlich politischen Entscheidungsträger/-innen, Parlamentarier/-innen, pädagogischen Führungskräften und Hochschulverwaltungen, dabei helfen kann, Mechanismen und Lehrpläne zu entwickeln, um dem Antisemitismus im Rahmen der Bekämpfung aller Erscheinungsformen von Vorurteilen und Diskriminierung wirkungsvoll entgegenzutreten.



Ingibjörg Sólrún Gísladóttir
Direktorin des OSZE-Büros
für Demokratische Institutionen
und Menschenrechte (BDIMR)

VORWORT

von Audrey Azoulay, Generaldirektorin der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Die vorliegende Publikation ist der erste pädagogische Leitfaden der UNESCO, der sich speziell mit dem Problem des aktuellen Antisemitismus beschäftigt. Die Veröffentlichung kommt zu einer Zeit, in der es in dieser Hinsicht bedauerlicherweise einen großen Bedarf an unseren Schulen, Universitäten und sonstigen Bildungseinrichtungen gibt.

Jüdische Gemeinden auf der ganzen Welt sehen sich mit immer größeren Bedrohungen konfrontiert. Sie sind Ziel von Terrorangriffen wie in Brüssel, Kopenhagen und Paris geworden; zudem ist – insbesondere im Umfeld von Zentren jüdischer Kultur und jüdischen Lebens wie sie Synagogen, Museen und Schulen – die Furcht vor antisemitischen Belästigungen und tätlichen Übergriffen gewachsen. Es ist erschreckend, dass sich jüdische Gemeinden in Europa in dem Moment abermals von antisemitischen Angriffen bedroht fühlen, in dem die Holocaust-Überlebenden uns langsam verlassen.

Antisemitismus ist kein Problem der jüdischen Gemeinden allein. Er greift unabhängig von der Existenz jüdischer Gemeinden um sich. Er hat religiöse, soziale und politische Erscheinungsformen, ist teilweise gut getarnt und findet sich in allen Bereichen des politischen Spektrums wieder. Nicht nur ist er Symptom weiterreichender sozialer und politischer Probleme sowie Ausdruck rückschrittlicher und gefährlicher Tendenzen mit tiefgreifenden Folgen für unsere Gesellschaften, sondern auch ein Phänomen, das oftmals von geschlechtsspezifischer und homophober Gewalt, Rassismus und anderen Formen von Intoleranz begleitet wird. Gerade im Internet zirkulieren eine Reihe von gewalttätigen und extremistischen Ideologien und Verschwörungstheorien, die auf antisemitischen Ressentiments aufbauen.

Wie alle anderen Formen von Diskriminierung und Intoleranz muss auch der Antisemitismus durch Bildungsarbeit bekämpft werden; eine Bildungsarbeit, die auf die Achtung der Menschenrechte und Global Citizenship setzt. Diese Erkenntnis gilt es nicht nur als unmittelbaren Imperativ für ausreichende Sicherheit, sondern auch als langfristige Verpflichtung im Bildungswesen zu begreifen.

Der vorliegende Leitfaden wird Lehrende dabei unterstützen, zweckmäßige und effektive pädagogische Methoden zu etablieren, um Vorurteile anzugehen und auf antisemitische Vorfälle zu reagieren. Zudem gibt er politischen Entscheidungsträger/-innen nützliche Werkzeuge und Orientierungshilfen an die Hand, um sicherzustellen, dass die Bildungssysteme junge Menschen durch kritisches Denken und Respekt für andere widerstandsfähig gegen antisemitische Ideen und Ideologien und, ganz allgemein, alle Formen von Rassismus und Diskriminierung machen.

Mein besonderer Dank gilt dem OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) für die Zusammenarbeit mit der UNESCO bei dieser Initiative. Diese Veröffentlichung führt die langjährigen Erfahrungen der OSZE bei der Thematisierung und Bekämpfung des Antisemitismus fort und baut sowohl auf dem Beschluss Nr. 46 197/EX des UNESCO-Exekutivrats hinsichtlich der Rolle der Organisation bei der Förderung von Bildung als Mittel zur Prävention von gewalttätigem Extremismus auf als auch auf ihrem Kernauftrag, die Global Citizenship Education zu fördern - eine Priorität der Bildungsagenda 2030. Wir hoffen, mit dieser Publikation politische Entscheidungsträger/-innen dabei unterstützen zu können, durch ihre Arbeit sicherzustellen, dass Jugendliche mit den notwendigen Kenntnissen, Fähigkeiten, Kompetenzen und Einstellungen ausgestattet werden, um das Recht aller Menschen auf ein freies Leben ohne Verfolgung und Diskriminierung zu schützen.



Audrey Azoulay,
Generaldirektorin der Organisation
der Vereinten Nationen für Bildung,
Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

ÜBERBLICK

Wo liegen die Probleme?

Antisemitische Belästigungen, Gewalt und Diskriminierung sind fortwährende und ernste Probleme. Bildungsarbeit ist ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung von Antisemitismus und anderen Arten vorurteilsbasierten Verhaltens. Der Antisemitismus kann mitunter auch in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen ein Problem darstellen.

Antisemitische Vorfälle und Einstellungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesellschaft, die auch Bildungseinrichtungen betreffen:

- Antisemitische Beleidigungen und Stereotype sind nicht nur verletzend, sondern auch Ausdruck einer tiefsitzenden Ignoranz, von Missverständnissen und Verwirrung;
- Antisemitische Belästigungen, Gewalt und Diskriminierung haben unmittelbar negative Auswirkungen auf das Leben jüdischer Menschen und Gemeinden, einschließlich ihrer Kinder, und schränken zudem die Menschenrechte und Grundfreiheiten von Jüdinnen und Juden ein, zu denen auch das Recht auf Bildung gehört;
- Sofern nicht gegen alle Formen von Antisemitismus und Intoleranz vorgegangen wird, untergraben und gefährden selbige die demokratischen Grundwerte und tragen zur Entstehung von gewalttätigem Extremismus bei.

Da der aktuelle Antisemitismus oftmals implizite, verdeckte und codierte Formen annimmt, muss er als komplexes und kontroverses Phänomen verstanden werden, das sich zudem als wandelbar erwiesen hat. Ein verändertes geopolitisches Klima und eine neue Medienumgebung haben zu einer Situation geführt, in welcher der offene Antisemitismus nicht länger auf extremistische Kreise beschränkt ist, sondern sich stattdessen zunehmend in breiten Bevölkerungsschichten etabliert. So bedeutsam die Wissensvermittlung zum Thema Holocaust auch ist, sie stellt keinen geeigneten Ersatz für Bildungsinhalte und -methoden zur Prävention von Antisemitismus dar. Vor diesem Hintergrund sind wirksame bildungspolitische Orientierungshilfen notwendig, um sicherzustellen, dass Lehrkräfte in der Lage sind, Antisemitismus und andere Formen von Vorurteilen und Diskriminierung zu erkennen und ihnen angemessen entgegenzutreten.

Warum nehmen sich Regierungen dieser Probleme an?

Die Auswirkungen des aktuellen Antisemitismus beschränken sich nicht – weder auf individueller noch auf kollektiver Ebene – auf jüdische Menschen. Da er Ideologien hervorbringt, die auf Hass und Vorurteilen gründen, bedroht der Antisemitismus wann und wo auch immer er auftritt die Menschenrechte aller Bürger/-innen ebenso wie die allgemeine Sicherheit der betreffenden Staaten.

Die internationale Gemeinschaft hat seit langer Zeit anerkannt, dass Pädagog/-innen eine entscheidende Rolle bei der Einhaltung staatlicher Verpflichtungen in Bezug auf die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte spielen können. Neben dem Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte¹ und dem Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte² erkennt auch die OSZE-Schlussakte von Helsinki³ das Recht aller Menschen auf Gedanken-, Gewissens- und Religions- oder Überzeugungsfreiheit an. Antisemitische Vorfälle verstoßen gegen die Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Gleichbehandlung, des Rechts auf die Achtung der Menschenwürde und des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religions- oder Überzeugungsfreiheit. Dieser Umstand begründet die Verpflichtung der Staaten zur Bekämpfung des Antisemitismus. Den globalen Rahmen für den Umgang mit diesem Problem bilden das UNESCO-Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen⁴ und die aus dem Jahr 1974 stammende Empfehlung über Erziehung für internationale Verständigung, Zusammenarbeit und Frieden sowie Erziehung bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten⁵ der UNESCO. Die OSZE-Teilnehmerstaaten⁶ haben sich unter anderem verpflichtet, „danach zu trachten, dass ihre Rechtsordnung für ein sicheres Umfeld sorgt, in dem alle Lebensbereiche frei von antisemitischen Übergriffen und frei von antisemitischer Gewalt und Diskriminierung sind“ und „gegebenenfalls erzieherische Programme zur Bekämpfung des Antisemitismus zu fördern.“⁷ Im Jahr 2014 wurden die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu aufgerufen, Bildungsprogramme zur Bekämpfung des Antisemitismus zu fördern, jungen Menschen Gelegenheit zu geben, eine Menschenrechtserziehung auch zum Thema Antisemitismus

1 Generalversammlung der Vereinten Nationen, „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, 10. Dezember 1948, <https://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/ger.pdf>.

2 Generalversammlung der Vereinten Nationen, „Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte“, 16. Dezember 1966, <<http://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/ccpr.aspx>>.

3 KSZE, „Schlussakte von Helsinki“, 1. August 1975, <<https://www.osce.org/de/mc/39503>>, Artikel 1(a) VII.

4 UNESCO, Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen, Paris, 1960, <<http://unesdoc.unesco.org/images/0013/001325/132598e.pdf>>.

5 UNESCO, Empfehlung über Erziehung für internationale Verständigung, Zusammenarbeit und Frieden sowie Erziehung bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Paris, 1974, <http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=13088&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html>.

6 Die OSZE ist die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation und hat 57 Teilnehmerstaaten: Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Mongolei, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern.

7 „Berliner Erklärung“, Konklusion des bulgarischen Vorsitzes in der OSZE, Information des bulgarischen Vorsitzes in der OSZE, 2004, <<http://www.osce.org/de/cio/31434?download=true>>.

zu erhalten; und auf antisemitisch motivierte Gewalttaten wirkungsvoll und zeitnah zu reagieren.⁸ Dieser Aufruf baut auf den Beschluss Nr. 46 197/EX des UNESCO-Exekutivrats hinsichtlich der Rolle der UNESCO bei der Förderung von Bildung als Mittel zur Prävention von gewalttätigem Extremismus auf.⁹

Was können politische Entscheidungsträger/-innen und Lehrkräfte tun?

Die Rolle von Regierungen ist in diesem Kontext in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Einerseits müssen sie dem Antisemitismus proaktiv *durch* Bildungsarbeit begegnen und dabei sicherstellen, dass die Bildungssysteme die Widerstandsfähigkeit der Lernenden gegen Antisemitismus und andere Arten von Vorurteilen stärken. Dazu gehört auch die Bildungsarbeit *über* Antisemitismus. Andererseits müssen sie wirksam auf den *in* Bildungseinrichtungen auftretenden Antisemitismus reagieren. Um sowohl das Verständnis und die Prävention von Antisemitismus als auch die Bildungsarbeit über und die Reaktion auf Antisemitismus zu verbessern, bieten sich die im Folgenden aufgeführten Maßnahmen an.

Im Sinne eines besseren Verständnisses des Antisemitismus können politische Entscheidungsträger/-innen:

- den Umfang und die Tragweite des Antisemitismus als ein Problem anerkennen, dem man durch die Bildungssysteme begegnen muss;
- auf verfügbare Definitionen zurückgreifen und dabei international anerkannte Ansätze berücksichtigen; und
- dafür sorgen, dass Lehrende mit antisemitischen Stereotypen und Verschwörungstheorien sowie deren sozialen und politischen Funktionen vertraut sind, damit sie diese problemlos erkennen und ihnen angemessen begegnen können.

Um für die Prävention von Antisemitismus durch Bildungsarbeit zu sorgen, können politische Entscheidungsträger/-innen:

- sicherstellen, dass die Bildungssysteme die Achtung der Menschenrechte stärken, gegenseitigen Respekt und Inklusion fördern sowie eine sichere und unterstützende Lernumgebung für junge Frauen und Männer bieten und bestehende Probleme nicht verschärfen;
- dafür sorgen, dass der Antisemitismus als ein menschenrechtsrelevantes Thema behandelt wird. Zu diesem Zweck können sie passende Politikansätze und gendergerechte Pädagogikkonzepte einsetzen, die Demokratie, Frieden, die Gleichstellung der Geschlechter und ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Menschheit als Ganzes fördern und darüber hinaus das Konzept der Global Citizenship Education als Rahmen für die Bekämpfung des Antisemitismus nutzen; und

8 OSZE Ministerrat, Erklärung Nr. 8/14, *Erklärung über verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus*, Basel, 5. Dezember 2014, <<https://www.osce.org/de/mc/149661?download=true>>.

9 UNESCO, Beschlüsse des Exekutivrats auf seiner 197. Sitzung, Paris, 2015, Abschnitt 46, S. 74, <<http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002351/235180e.pdf>>.

- Ansätze fördern, mit denen die Widerstandsfähigkeit der Lernenden gegenüber Vorurteilen und Stereotypen durch den Ausbau ihrer Fähigkeiten, kritisch zu denken und zu reflektieren, langfristig gestärkt wird.

Um eine wirksame schulische Bildungsarbeit über Antisemitismus zu gewährleisten, können politische Entscheidungsträger/-innen:

- die Wissensvermittlung über den Antisemitismus in die Lehre zum Thema Holocaust integrieren und dabei die gefährlichen Implikationen der Leugnung und Verharmlosung des Holocaust herausstellen;
- Aus- und Fortbildungsangebote für Lehrende zum Thema Antisemitismus entwickeln, auf forschungsbasierte Bildungsressourcen zurückgreifen und darüber hinaus ein System zur fortlaufenden Unterstützung von Pädagog/-innen und den Austausch von Informationen etablieren;
- Hochschulen ermutigen, Studienangebote und/oder Forschungszentren zum Thema Antisemitismus aufzubauen;
- die Überprüfung von Lehrplänen, Lehrbüchern und anderen Unterrichtsmaterialien veranlassen, um sicherzustellen, dass diese Ansätze beinhalten, die auf der Achtung der Menschenrechte, auf Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit basieren und diesbezüglich den aktuellen Forschungsstand widerspiegeln; dass diese frei von Stereotypen sind und die jüdische Geschichte und das gegenwärtige jüdische Leben in umfassender und ausgewogener Weise darstellen;
- die Medien- und Informationskompetenz von Jugendlichen entwickeln und ausbauen, um diese gegen Manipulationsversuche, Vorurteile, Stereotypen, Verschwörungstheorien und ähnlich schädliche Informationsangebote aus dem Internet und den konventionellen Medien zu wappnen; und
- Kommunikationskanäle und Partnerschaften zwischen Schulen und Repräsentant/-innen von jüdischen und anderen Gemeinschaften, NGOs, Museen, Gedenkstätten, Bibliotheken und anderen relevanten Einrichtungen fördern und pflegen.

Um eine wirksame Reaktion auf antisemitische Vorfälle zu gewährleisten, können Gesetzgeber/-innen, politische Entscheidungsträger/-innen und Pädagog/-innen:

- die Sicherheit von Lernenden und Lehrkräften jüdischen Glaubens sicherstellen und für einen angemessenen Schutz jüdischer Bildungseinrichtungen sorgen;
- einen rechtlichen Rahmen, Verfahrensweisen und allgemein zugängliche Meldemechanismen für antisemitische Vorfälle erarbeiten, mit denen die Achtung und der Schutz der Menschenrechte in Bildungseinrichtungen gewährleistet werden können;
- Fortbildungsprogramme zum Thema Antisemitismus für relevante Berufsgruppen wie Beschäftigte in den Bereichen Strafverfolgung, Justiz, Kirche sowie im Sozial- und Gesundheitswesen anbieten und dabei auf bereits verfügbaren Instrumenten aufbauen;

- die Kapazitäten nationaler Menschenrechtseinrichtungen stärken, für alle, einschließlich der jüdischen, Lehrkräfte und Lernenden eine sichere Umgebung zu schaffen und Beschwerden über mögliche Menschenrechtsverletzungen anzugehen.
- die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ministerien sicherstellen. Dazu können eine hochrangige Stelle oder ein Ombudsmann bzw. eine entsprechende Arbeitsgruppe oder Delegation zum Thema Antisemitismus ernannt werden, deren/ dessen Aufgabe es ist, die interministeriellen und interinstitutionellen Bemühungen zu erleichtern; und
- Abgeordnete bei der Etablierung parteiübergreifender Parlamentariergruppen unterstützen, die zum Thema Antisemitismus arbeiten, an der Erarbeitung solider Rechtsvorschriften im Bildungsbereich mitwirken (und diskriminierende Gesetzesvorschläge ablehnen), die Umsetzung selbiger überwachen und sich an der interparlamentarischen Zusammenarbeit beteiligen.

1. EINLEITUNG

Kontext

Trotz der internationalen Anstrengungen zur Beseitigung des Antisemitismus, die seit den Verbrechen Nazideutschlands und dessen Verbündeter und Kollaborateure unternommen worden sind, stellt dieser weiterhin eine Bedrohung für das Leben, die Kultur und die Sicherheit jüdischer Menschen dar. Nach wie vor werden Jüdinnen und Juden allein aufgrund ihrer Identität zur Zielscheibe. Antisemitismus beeinträchtigt nicht nur die Wahrnehmung ihres Rechts auf Glaubens- und Meinungsfreiheit, sondern verletzt auch ihr Recht auf kulturelle Identität und auf ein Leben ohne Angst und Diskriminierung. Zudem hat der Antisemitismus negative Auswirkungen auf das betroffene Land und dessen Gesellschaft als Ganzes. Da er Ideologien hervorbringt, die auf Hass, Vorurteilen und Vorstellungen von der Ungleichheit verschiedener Identitäten gründen, bedroht der Antisemitismus die Verwirklichung der Menschenrechte aller Bürger/-innen. Antisemitismus tritt unabhängig von der Präsenz einer jüdischen Gemeinde auf: Es gibt keine direkte Verbindung zwischen der Größe der jüdischen Gemeinschaft und dem Grad an Antisemitismus in der betreffenden Gesellschaft.¹⁰ Stattdessen gedeiht er als Einstellung, wird in Mythen, Verschwörungstheorien, Bildern, Medien und Kultur reproduziert, nährt sich aus historischen Tropen und erfindet sich immer wieder neu bzw. nimmt immer wieder eine neue Gestalt an.

Als schwerwiegendste Erscheinungsform des Antisemitismus gelten gewalttätige Attacken, im Rahmen derer jüdische Menschen in den letzten Jahren angegriffen und getötet wurden oder die klar antisemitisch motiviert waren, so zum Beispiel die Angriffe in Brüssel, Kopenhagen, Paris, Mumbai und Toulouse.¹¹ Die Leugnung und Verharmlosung des Holocaust sowie die oft damit einhergehende Glorifizierung des Nazismus sind im Internet und in den sozialen Medien weit verbreitet und werden als Vehikel für antisemitische Propaganda benutzt. Im Jahr 2016 wurden in Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika Angriffe gegen jüdische Bildungseinrichtungen gemeldet. Zudem kam es auf verschiedenen Hochschulcampussen zu besorgniserregenden Fällen von Antisemitismus.¹²

Wie alle anderen Formen von Intoleranz und Diskriminierung muss auch der Antisemitismus durch Bildungsarbeit angegangen werden. Vorurteile sind oftmals erlernt, sodass Bildungsarbeit eine entscheidende Rolle sowohl bei deren Abbau als auch bei der Bekämpfung sozialer Diskriminierung spielen kann. Bei dieser Bildungsarbeit geht es jedoch nicht nur darum, gegen Intoleranz und Ignoranz bzw. gegen die Bedingungen anzugehen, in denen Antisemitismus entsteht. Vielmehr geht es hier auch darum, einen Sinn für die Zugehörigkeit zu einer Weltgemeinschaft (Global Citizenship), Solidarität sowie die Achtung für und Bedeutung von gelebter Vielfalt zu vermitteln, um die Möglichkeit eines friedvollen Miteinanders als aktive und demokratische Bürger/-innen entstehen zu lassen. Der komplexe Charakter des Antisemitismus erfordert spezielle

10 Ildikó Barna und Anikó Félix (Hrsg.), *Modern Antisemitism in the Visegrád Countries* (Budapest: Tom Lantos Institute, 2017), <http://www.osservatorioantisemitismo.it/wp-content/uploads/2017/09/Modern_Antisemitism_in_the_Visegrad_countries_book_online.pdf>.

11 Im Jahr 2016 wurden in 23 OSZE-Teilnehmerstaaten insgesamt 1.661 antisemitische Vorfälle gemeldet, darunter 240 gewalttätige Angriffe gegen Personen: Siehe BDIMR-Website zur Meldung von Hasskriminalität, <<http://hatecrime.osce.org/what-hate-crime/anti-semitism?year=2016>>.

12 Bericht der Untersuchungskommission (Ottawa: Parlamentarische Koalition Kanadas zur Bekämpfung des Antisemitismus, 2011), S. 40, <<http://www.cp-cca.ca/pdf/Report%20of%20The%20Inquiry%20Panel-CPC-CA.pdf>>.

pädagogische Grundsätze, damit Lehrende und pädagogische Führungskräfte sich dem Thema mit Kompetenz und Selbstvertrauen stellen können.¹³

Antisemitismus definieren

Gesellschaften sehen sich seit jeher mit der Problematik des Judenhasses konfrontiert. Dieser sich wandelnde Hass hat im Laufe der Geschichte religiöse, ethnische, rassistisch-biologische und politische Formen angenommen. Heutzutage tritt der Antisemitismus in Form von Vorurteilen auf, die bedingen, dass man jüdischen Menschen feindselig begegnet, sie nicht als Menschen akzeptiert und als Fremdgruppe behandelt. Der Antisemitismus kann sich bei Einzelpersonen in Form von Einstellungen manifestieren, ebenso aber in der Kultur oder anderen Ausdrucksformen. Er kann sich auch in unterschiedlichen Handlungen ausdrücken, ebenso in Diskriminierung, in politischer Mobilisierung gegen jüdische Menschen sowie in kollektiver und/oder staatlicher Gewalt.¹⁴ Gleichzeitig stellen antisemitische Ideologien jüdische Menschen paradoxerweise als allmächtig, verschwörerisch und heuchlerisch dar und bringen damit einen eliminatorischen Hass gegen „die Juden“ hervor, die auf diese Weise nur noch als ein Symbol für etwas gesehen werden, das sie gar nicht sind.¹⁵ In jedem Fall hat der Antisemitismus seine Wurzeln in historischen Anschuldigungen von jüdischer Durchtriebenheit, jüdischen Verschwörungen, jüdischer Unsittlichkeit, jüdischem Reichtum, jüdischer Macht und jüdischer Feindseligkeit gegenüber anderen, die auf Tropen zurückgehen, die in mittelalterlichen religiösen Texten verbreitet wurden.

Aufgrund seines komplexen und teilweise widersprüchlichen Charakters ist der Antisemitismus ein schwer zu definierender Begriff. Um eine Orientierungshilfe zu der Frage zu bieten, was Antisemitismus eigentlich ist, hat die Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA), eine zwischenstaatliche Organisation mit 31 Mitgliedsstaaten, eine Arbeitsdefinition zum Thema Antisemitismus verabschiedet. In dieser heißt es:

Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.¹⁶

Die Definition wurde im Jahr 2017 von den Regierungen folgender Staaten übernommen: Österreich, Bulgarien, Deutschland, Rumänien und Vereinigtes Königreich. Ein Jahr später folgten die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Litauen. Alle diese Länder sind Mitgliedsstaaten der IHRA. Im Juni 2017 verabschiedete das EU-

¹³ Dieser Leitfaden baut auf bereits veröffentlichten Leitfäden und Bildungsressourcen auf. Eine Liste von Materialien zum Thema Antisemitismus findet sich im Anhang 1.

¹⁴ Helen Fein (Hrsg.), *The Persisting Question: Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism* (Berlin: De Gruyter, 1987).

¹⁵ Siehe Gavin I. Langmuir, *Toward a Definition of Anti-Semitism* (Berkeley and Los Angeles: University of California Press, 1990), S. 311.

¹⁶ IHRA Plenum in Bukarest, „Beschluss zur Verabschiedung einer rechtlich nicht bindenden Arbeitsdefinition von Antisemitismus“. Informationen bereitgestellt vom rumänischen IHRA-Vorsitz, 26. Mai 2016. Die Definition findet sich zusammen mit einer Reihe von Beispielen im Anhang 4.

Parlament eine Resolution, in der sie die EU-Mitgliedsstaaten und deren Institutionen aufrief, die Arbeitsdefinition der IHRA zum Thema Antisemitismus „anzunehmen und umzusetzen“.¹⁷ Die OSZE und die UNESCO haben diese Definition nicht übernommen.

Definitivische Schwierigkeiten

Die Untersuchung des Antisemitismus ist seit jeher von Debatten zwischen Wissenschaftler/-innen, Pädagog/-innen und Teilnehmer/-innen des öffentlichen Diskurses geprägt, die sich um die Ursprünge, die Ursachen, den Charakter, den Umfang und die Dauerhaftigkeit dieses Phänomens drehen. Ein Thema ist zum Beispiel die Frage, ob der Antisemitismus ein einzigartiges, für sich allein stehendes Phänomen ist oder eine von vielen Erscheinungsformen eines breiter angelegten Konzepts wie Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit. Überdies wird diskutiert, inwiefern es sich hierbei um ein altbekanntes Problem oder um eine Erscheinung der Moderne handelt. Ferner steht zur Debatte, ob man den Antisemitismus am besten als Einstellung, Ideologie, pathologisches Phänomen oder als eine Reihe von Erscheinungen verstehen sollte. Jüdische Menschen sind seit vielen Jahrhunderten und in unterschiedlichen Kulturen mit Diskriminierung und/oder Feindseligkeiten konfrontiert worden. Ob all diese Anfeindungen als Erscheinungsformen ein und desselben zugrundeliegenden Problems betrachtet werden können, ist allerdings strittig.

Selbst die Etymologie des Begriffs „Antisemitismus“ hat zu Diskussionen darüber geführt, ob er auch die Voreingenommenheit gegenüber anderen Gruppen, die ebenfalls als „semitisch“ bezeichnet werden, miteinschließt. Tatsächlich bezieht sich Antisemitismus jedoch nicht auf den Hass gegen Sprecher/-innen semitischer Sprachen. Die allgemeine Verwendung des Begriffs Antisemitismus bezieht sich traditionell nur auf die negative Wahrnehmung von Juden, auf durch Vorurteile oder Hass motivierte Handlungen und auf Ideologien, die selbige stützen.¹⁸

Zudem ist diskutiert worden, ob negative Einstellungen gegenüber jüdischen Menschen in der Gegenwart einen „neuen Antisemitismus“ darstellen oder ob es sich dabei um althergebrachte Vorurteile in neuem Gewand handelt. Zum neuen oder aktuellen Antisemitismus können Formen von Antisemitismus gehören, die im Kontext von Diskussionen zur Situation im Nahen Osten auftreten oder sich erst nach dem Holocaust herausgebildet haben, zum Beispiel die Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.

Grundsätzlich sollten Pädagog/-innen über genaue Kenntnisse darüber verfügen, was Antisemitismus ist und darüber hinaus mit einigen der Debatten hinsichtlich der Komplexität des Themas vertraut sein. Indem politische Entscheidungsträger/-innen

17 Europäisches Parlament, Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung des Antisemitismus (2017/2692(RSP)), 1 Juni 2017, <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+MOTION+B8-2017-0383+0+DOC+XML+Vo//DE>>.

18 Im Englischen gab es eine Debatte darüber, ob das Wort Antisemitismus mit einem Bindestrich zu schreiben sei, also „anti-Semitism“. In der englischsprachigen Version dieses Leitfadens hat man das Wort, den allgemeinen englischen Sprachkonventionen und der Verwendung in den OSZE-Verpflichtungen folgend, mit einem Bindestrich geschrieben. Einige Institutionen verwenden den Bindestrich nicht, um den Eindruck zu vermeiden, „anti-Semitism“ richte sich gegen „Semitism“ als Einheit bzw. Konzept oder gegen die Sprecher/-innen von semitischen Sprachen. Die Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) hat eine Stellungnahme zu dem Thema veröffentlicht. Siehe *Spelling of Antisemitism*, Website der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken, <<https://www.holocaustremembrance.com/node/195>>.

den Antisemitismus durch Bildungsarbeit und in Bildungssystemen bekämpfen, liefern sie die notwendigen Grundlagen, damit Pädagog/-innen in Bildungseinrichtungen eine Generation von Staatsbürger/-innen formen können, die über globale und lokale Belange informiert ist und auf der Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Global Citizenship basierende Werte und Verantwortlichkeiten teilt. Somit liefert der vorliegende Leitfaden einen breit angelegten pädagogischen Rahmen, um das Thema Antisemitismus so anzugehen, dass auch der Notwendigkeit einer Prävention von Intoleranz und Diskriminierung Rechnung getragen wird.

Was lässt sich durch Bildungsarbeit erreichen?

- Durch Bildungsarbeit kann die Entwicklung demokratischer und reflektierter Bürger/-innen gefördert werden, die über die entscheidende Fähigkeit und das notwendige Selbstvertrauen verfügen, um Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz und Diskriminierung friedlich und gemeinschaftlich zurückzuweisen;
- Durch Bildungsarbeit können Lernende beim Aufbau ihrer Widerstandsfähigkeit gegen extremistische Ideologien, einschließlich antisemitischer Propaganda, unterstützt werden. Dies geschieht durch die Förderung des kritischen Denkens, den Ausbau der Medien- und Informationskompetenz und durch die Vermittlung von Kenntnissen hinsichtlich der Wirkungsweise und dem Reiz von Verschwörungstheorien;
- Durch Bildungsarbeit können Lernende mit dem notwendigen Wissen ausgestattet werden, um Antisemitismus und/oder auf Voreingenommenheit und Vorurteilen basierende Botschaften zu erkennen. Zudem kann ihr Bewusstsein für die Arten, Erscheinungsformen und Auswirkungen von Antisemitismus, mit denen sich jüdische Menschen und Gemeinden konfrontiert sehen, gestärkt werden; und
- Durch Bildungsarbeit kann schließlich sichergestellt werden, dass Bildungseinrichtungen in der Lage sind, Fälle von Antisemitismus im Unterricht anzugehen und Lehrkräfte mit den notwendigen Kenntnissen auszustatten, um wirksam auf schwierige Situationen im Klassenzimmer und in anderen Bildungsumgebungen zu reagieren.

Warum ist ein pädagogischer Leitfaden erforderlich?

Vor fast 30 Jahren erkannten die OSZE-Teilnehmerstaaten an, dass ein wirksamer Unterricht über Menschenrechte einen Beitrag zur Bekämpfung von Intoleranz, von religiösen, rassistischen und ethnischen Vorurteilen und Hass– auch gegen Roma – sowie von Xenophobie und Antisemitismus leistet.¹⁹ Aufgrund der Komplexität antisemitischer Vorurteile hatten politische Entscheidungsträger/-innen und andere Akteur/-innen im Bildungswesen bisher lediglich Zugang zu eher begrenzten pädagogischen Orientierungshilfen, wenn es um das Thema Bildungsarbeit als Mittel zur Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus ging. Der vorliegende und gemeinschaftlich vom BDIMR und der UNESCO entwickelte Leitfaden schließt diese Lücke, indem er detailliert erläutert, was politische Entscheidungsträger/-innen und pädagogische Führungskräfte

¹⁹ Dokument des Moskauer Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE (Moskau, 3. Oktober 1991) (Moskauer Dokument), Absatz 42.2.

konkret und praktisch unternehmen können und sollten, um den Antisemitismus effektiv durch Bildungsarbeit zu bekämpfen.

Internationale und zwischenstaatliche Dokumente und Erklärungen zum Thema Prävention von Antisemitismus durch Bildung

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung von Antisemitismus (2017/2692(RSP)), 1. Juni 2017

OSZE Ministerrat, Erklärung Nr. 8/14, „Erklärung über verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus“, Basel, 5. Dezember 2014

OSZE Ministerrat, Beschluss Nr. 10/05, „Toleranz und Nichtdiskriminierung: Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander“, Ljubljana, 6. Dezember 2005

OSZE, „Berliner Erklärung“, Konklusion des bulgarischen Vorsitzes in der OSZE, 29. April 2004

OSZE Ministerrat, Beschluss Nr. 4/03, „Toleranz und Nichtdiskriminierung“, Maastricht, 2. Dezember 2003

UNESCO, Empfehlung über Erziehung für internationale Verständigung, Zusammenarbeit und Frieden sowie Erziehung bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten, 19. November 1974

UNESCO, Beschluss des UNESCO-Exekutivrats 197 EX/Decision 46 hinsichtlich der Rolle der UNESCO bei der Förderung von Bildung als Mittel zur Prävention von gewalttätigem Extremismus, 23. November 2016

Der vorliegende Leitfaden beschäftigt sich zwar in erster Linie mit dem Thema Antisemitismus, baut aber gewissenhaft und ergänzend auf einem bereits existierenden und breiter angelegten Rahmenwerk auf, dessen Fokus auf den Menschenrechten und der sogenannten Global Citizenship Education liegt:

- Dieser Leitfaden leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des BDIMR-Auftrags, die Teilnehmerstaaten in ihren Anstrengungen zur **Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung** zu unterstützen. Die OSZE hat wiederholt zur Förderung von Bildungsprogrammen in ihren Teilnehmerstaaten aufgerufen, um unter Jugendlichen das Bewusstsein für den Wert von gegenseitigem Respekt und Verständnis zu stärken. In den OSZE-Verpflichtungen ist die Aufforderung enthalten, Bildungsarbeit zum Thema Antisemitismus zu leisten, die auf einem systematischen Ansatz basiert und aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus in den Teilnehmerstaaten über die Lehrpläne thematisiert.²⁰

²⁰ Das BDIMR hat eine Reihe unterschiedlicher Materialien und Programme entwickelt, um das Bewusstsein für Diskriminierung, Hasskriminalität, Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz, einschließlich Intoleranz gegen Muslim/-innen, Christ/-innen und Angehörige anderer Religionen oder Glaubensgemeinschaften, zu stärken. Weitere Informationen finden sich auf der OSZE-Website: <<http://www.osce.org/tolerance-and-nondiscrimination>>.

- Dieser Leitfaden trägt zur Erfüllung des UNESCO-Auftrags bei, das Prinzip der **Global Citizenship Education (GCED) zu fördern**. Dabei handelt es sich um einen strategischen Arbeitsbereich innerhalb des UNESCO-Bildungssektors, der die Umsetzung eines der Ziele für nachhaltige Entwicklung der UNO unterstützt: Ziel 4, Unterpunkt 4.7. Global Citizenship bezieht sich auf ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Weltgemeinschaft und der Menschheit als Ganzes, auf der Grundlage von erlebter gegenseitiger Solidarität, kollektiver Identität und kollektiver Verantwortungsübernahme auf globaler Ebene. Die GCED zielt darauf ab, Lernende aller Altersstufen mit Werten, Kenntnissen und Fähigkeiten auszustatten, die auf Prinzipien wie Achtung der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Vielfalt, Geschlechtergleichstellung und ökologische Nachhaltigkeit basieren und diese fördern.²¹
- Dieser Leitfaden trägt zu den Bemühungen bei, **gewalttätigen Extremismus durch Bildung zu verhindern**.²² Verschiedene extremistische und gewalttätige Ideologien, die versuchen Jugendliche anzusprechen, basieren in ihrem Kern auf antisemitischen Botschaften. Insbesondere über das Internet und die sozialen Medien bemühen sich unterschiedliche gewalttätige Extremistengruppen darum, empfängliche junge Menschen zu erreichen und bedrohen dadurch die Sicherheit und die Grundrechte aller Bürger/-innen. Dieser Leitfaden empfiehlt Maßnahmen, die Lehrkräfte und Lernende gleichermaßen dabei unterstützen, ihre Fähigkeiten zum kritischen Denken auszubauen, um Zulässigkeit und Anziehungskraft antisemitischer Einstellungen zu hinterfragen und einzuordnen, den antisemitischen Narrativen von Extremist/-innen zu widerstehen und sich zu umfassend informierten und engagierten Bürger/-innen zu entwickeln. Sie leisten einen direkten Beitrag zur Umsetzung des Aktionsplans des UN-Generalsekretärs zur Prävention von gewalttätigem Extremismus (2015) und des Beschlusses Nr. 46 197/EX des UNESCO-Exekutivrats zur Förderung von Bildung als Mittel zur Prävention von gewalttätigem Extremismus, u. a. durch menschenrechtsbasierte GCED-Programme.²³ Daran anschließend bezieht sich dieser Leitfaden auch auf die Erklärung des OSZE-Ministerrats von 2015 über die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen.²⁴

Antisemitismus ist ein globales Phänomen. Es betrifft viele Länder auf der ganzen Welt, auch solche, in denen jüdische Menschen keinen erheblichen Anteil an der Gesamtbevölkerung mehr darstellen bzw. noch nie dargestellt haben. Er ist oftmals Teil extremistischer Ideologien, die insbesondere durch die Möglichkeiten des Internets über eine globale Reichweite verfügen, und stellt aus diesem Grund sowohl weltweit als auch lokal eine Gefahr dar. Auch wenn dieser Leitfaden auf die Bedürfnisse der OSZE-

21 Weitere Informationen und Publikationen zum Thema GCED finden sich auf der UNESCO-Website unter: <<https://en.unesco.org/gced>>.

22 Weitere Informationen zu den Maßnahmen von UNESCO und OSZE zur Prävention von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, finden sich auf der UNESCO-Website <<https://en.unesco.org/preventing-violent-extremism>> und auf der OSZE-Website <<http://www.osce.org/secretariat/107807>>.

23 UNESCO Mitgliedsstaaten, Beschluss Nr. 46 197/EX (2015).

24 OSZE Ministerrat, Erklärung Nr. 4/15, „Ministererklärung über die Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen“, Belgrad, 4. Dezember 2015, <<https://www.osce.org/de/cio/z12026?download=true>>.

Teilnehmerstaaten zugeschnitten ist, lassen sich die in ihm enthaltenen Grundsätze und Empfehlungen regionsübergreifend in einer Reihe unterschiedlicher Kontexte anwenden.

Neben politischen Entscheidungsträger/-innen ist dieser Leitfaden auch für andere Berufsgruppen interessant, zum Beispiel für Menschenrechtsbeauftragte, Lehrkräfte, Pädagog/-innen, Lehrerausbilder/-innen, Berufsverbände und NGO-Mitarbeiter/-innen. Der Leitfaden ist in erster Linie für die Sekundarschulbildung relevant, spricht aber auch Aspekte der Hochschulbildung an.

Aufbau des Leitfadens

Nach der Einleitung behandelt Teil 2 den komplexen Charakter des gegenwärtigen Antisemitismus: seine Erscheinungsformen, Merkmale, Auswirkungen usw. Teil 3 erläutert Präventionsgrundsätze und Lernziele, die der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lernenden gegen antisemitische Ideologien und Botschaften dienen. Teil 4 beschreibt die vorrangigen Handlungsfelder und liefert Leitlinien zu Strategien, Verfahren und pädagogischen Konzepten, die für die Integration der Bildungsarbeit über Antisemitismus in das Bildungssystem hilfreich sein können. Der abschließende Teil 5 zeigt politischen Entscheidungsträger/-innen die Möglichkeiten des Umgangs mit Antisemitismus in ihren eigenen Bildungseinrichtungen auf (eine Grundvoraussetzung für das Lernen) und erläutert ihnen zudem Wege, um die Menschenrechte der Lernenden zu schützen und zu verteidigen.

2.

**ANTISEMITISMUS
VERSTEHEN**

2.1. Auswirkungen des Antisemitismus

Der Antisemitismus stellt in unterschiedlichem Ausmaß für alle Gesellschaften eine Gefahr dar und ist darüber hinaus ein Indikator für weiterreichende gesellschaftliche Probleme. Er existiert unabhängig von Größe oder Existenz einer jüdischen Gemeinschaft. Antisemitische Belästigungen, Gewalt oder Diskriminierung betreffen Jüdinnen und Juden ebenso wie Menschen, die für solche gehalten werden und treten zudem auch im Internet und in sozialen Netzwerken auf. Auch jüdische Einrichtungen, zum Beispiel Synagogen, Schulen und Friedhöfe, werden Ziel von Gewalt und Vandalismus. Zudem sind in jüngerer Vergangenheit Einzelpersonen, Gruppen und/oder Einrichtungen und Sacheigentum, die man für jüdisch hält oder mit der jüdischen Gemeinschaft assoziiert, gelegentlich als Symbole für den Staat Israel und dessen Politik angesehen worden. Durch diese Deutung sind auch sie zu Zielen für Angriffe und/oder Diskriminierung mit oftmals antisemitischem Charakter geworden.

Antisemitisch motivierte Hassverbrechen und Bedrohungen haben tiefgreifende und langanhaltende Auswirkungen – nicht nur auf die Opfer derartiger Übergriffe, sondern auch auf das alltägliche Leben und die Menschenrechte jüdischer Menschen und Gemeinden.²⁵ Das kann dazu führen, dass:

- jüdische Menschen Ängste entwickeln, Gottesdienste zu besuchen, Synagogen zu betreten oder religiöse Kleidung und Symbole zu tragen.²⁶ Einschränkungen der Rechte auf Religions- und Überzeugungsfreiheit von Individuen und Gemeinschaften sind die Folge;
- jüdische Menschen vermeiden, sich öffentlich als Jüdinnen und Juden erkennen zu geben, ihrer kulturellen Identität Ausdruck zu verleihen oder jüdische Kulturveranstaltungen zu besuchen. Die schlussendliche Konsequenz kann lauten, dass jüdische Menschen praktisch von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden;²⁷
- jüdische Menschen sich in der Schule, am Arbeitsplatz, im Internet oder in sozialen Situationen selbst zensieren und nicht von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen (insbesondere, wenn es darum geht, Empathie und Unterstützung für Israel zum Ausdruck zu bringen);
- jüdische Schulen und Jugendeinrichtungen aufgrund von antisemitischer Gewalt oder der Angst vor selbiger ihren Betrieb in einigen Ländern nur noch unter Anwendung

25 *Antisemitischen Hassverbrechen begegnen – jüdische Gemeinden schützen: Ein Leitfadens* (Warschau: OSZE/BDIMR, 2017), <<https://www.osce.org/de/odihr/317176?download=true>>.

26 Im Jahr 2014 äußerten die OSZE-Teilnehmerstaaten tiefe Besorgnis über Berichte, dass jüdische Menschen es nicht mehr für sicher hielten, sich in Teilen des OSZE-Raums für andere wahrnehmbar zu ihrer Religion zu bekennen und sich öffentlich als Jüdinnen und Juden zu erkennen zu geben. Siehe *Schlussbericht des Schweizer Vorsitzes in der OSZE*, hochrangig besetzte Gedenkveranstaltung zum 10. Jahrestag der ersten Berliner Antisemitismus-Konferenz der OSZE, Berlin, 12./13. November 2014, <<http://www.osce.org/odihr/126710?download=true>>, a. a. O., Fußnote 8.

27 Einer Untersuchung zufolge vermeiden es jüdische Frauen (55 %) in größerem Maße als jüdische Männer (50 %), sich aus Sicherheitsbedenken im öffentlichen Raum als jüdisch zu erkennen zu geben. Siehe Graham, D. und Boyd, J., „Understanding more about antisemitic hate crime: Do the experiences, perceptions and behaviours of European Jews vary by gender, age and religiosity?“, Institute for Jewish Policy Research, 2017. Diese Untersuchung wurde im Auftrag und mit Mitteln des BDIMR durchgeführt. Sie umfasst den Zeitraum von 2008 bis 2012.

verschärfter Sicherheitsmaßnahmen aufrechterhalten können. In einigen Ländern ist dies bereits der Fall. Die damit einhergehende finanzielle Mehrbelastung wird oftmals von den jüdischen Institutionen selbst und nicht von den zuständigen Regierungen aufgefangen und führt zu Einschnitten bei den Gemeindemitteln für kulturelle und religiöse Aktivitäten sowie Bildungsveranstaltungen.

Der Antisemitismus wirkt sich auch auf die Bevölkerung im Allgemeinen aus. Ein unwiderrspochener und sich frei entfaltender Antisemitismus kann Jugendliche und die Gesellschaft im Allgemeinen zu der Annahme verleiten, dass Vorurteile und aktive Diskriminierung von bestimmten Personengruppen, oder sogar Angriffe auf selbige, akzeptabel sind. Eine derartige Einstellung führt sowohl unmittelbar als auch langfristig zu Gefahren für die allgemeine Sicherheit, was sich durch historische Beispiele klar belegen lässt. Daher müssen Regierungen und politische Entscheidungsträger/-innen die Gefahren einer Untätigkeit in diesem Bereich möglichst rasch erkennen und sich dafür einsetzen, diese zu beheben.

2.2. Merkmale des Antisemitismus

Antisemitische Stereotype und Verleumdungen

Obwohl Antisemitismus auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene von Behörden- und Regierungsseite offiziell zurückgewiesen wird, tritt er weiterhin auf der ganzen Welt auf, sowohl offen und als auch in verdeckter Form. Während er einerseits kontinuierlich neue Stereotype, Verleumdungen und Bilder hervorbringt, recycelt er andererseits auch alte Erscheinungsformen, die in neuer Gestalt auftreten. Nicht selten drücken sich antisemitische Vorurteile – wenn vielleicht gelegentlich auch zeitversetzt – in widersprüchlichen Vorwürfen aus. So wurde jüdischen Menschen sowohl wurzelloser Kosmopolitismus als auch engstirniger Kommunitarismus zugeschrieben. Ebenso werden diskursive Elemente kombiniert, die sich eigentlich gegenseitig ausschließen, so zum Beispiel, wenn Jüdinnen und Juden sowohl als allmächtige Personen als auch als „Untermenschen“ dargestellt werden.

Traditionelle antisemitische Stereotype lassen sich als Bestandteil antisemitischer Angriffe beobachten, entweder als die Tat motivierender oder sie begleitender Aspekt. Dabei kann es sich um Verleumdungen handeln, die nahelegen „die Juden“ seien reich und gierig, planten eine Verschwörung zur Übernahme der Weltherrschaft oder hätten Jesus Christus ermordet. Antisemitische Verleumdungen treten oft in Form einer von Verschwörungstheorien geprägten Weltsicht auf. So gibt es sowohl im politischen rechten als auch im linken Spektrum Menschen, die fälschlicherweise behaupten, die Terrorangriffe vom 11. September 2001 seien von Jüdinnen und Juden geplant worden. Zudem wurden vor Kurzem Verschwörungstheorien verbreitet, die fälschlicherweise eine jüdische Beteiligung an der europäischen Flüchtlingskrise nahelegten.²⁸

28 Péter Krekó et al., „Migrant Invasion‘ as a Trojan Horseshoe“, in Péter Krekó et al. (Hrsg.), Trust within Europe (Budapest: Political Capital, 2015), S. 63–72, <http://www.politicalcapital.hu/wp-content/uploads/PC_OSIFE_Trust_Within_Europe_web.pdf>.

Um antisemitischen Stereotypen und entsprechendem Irrglauben effektiv begegnen zu können, müssen Pädagog/-innen deren unterschiedliche Formen erkennen und deren Entwicklung verstehen können. Im Anhang 2 findet sich dazu eine Liste mit inhaltlich zusammenhängenden Tropen und Memen, die allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern lediglich veranschaulichenden Charakter hat.

Verschwörungstheorien

Mit Verschwörungstheorien wird versucht, besorgniserregende Ereignisse und Entwicklungen als Ergebnis der Aktivitäten einer kleinen aber mächtigen Gruppe von Personen mit dunkler Agenda darzustellen. Derartige Erklärungsmodelle weisen nicht nur akzeptierte Narrative zurück, sondern sehen mitunter auch in offiziellen Darstellungen und Erklärungen einen weiteren Beweis für die Existenz einer Verschwörung. Verschwörungstheorien bauen auf Misstrauen gegen etablierte Institutionen und Verfahrensweisen auf und verleumdern oftmals, insbesondere in Zeiten sozialer Unruhe, Menschengruppen, die mit negativen Stereotypen assoziiert sind, unter anderem Jüdinnen und Juden.²⁹

Im Lauf der Geschichte standen jüdische Menschen oft im Mittelpunkt von Verschwörungstheorien. In vielen Verschwörungstheorien wird behauptet, „die Juden“ oder „die Zionisten“ unterhielten eine mächtige und weltweit agierende Geheimverbindung, um Regierungen, Medien, Banken, die Unterhaltungsbranche und andere Institutionen für die Umsetzung ihrer dunklen Ziele und Zwecke zu manipulieren. Viele Verschwörungstheorien sind maßgeblich von den *Protokollen der Weisen von Zion*, einer der am weitesten verbreiteten Fälschungen der Geschichte, beeinflusst. Die *Protokolle* geben vor, ein angebliches Treffen führender jüdischer Persönlichkeiten, auf dem die Anwesenden eine Strategie zur Erlangung der Weltmacht festgelegt haben sollen, zu dokumentieren. Auch der von den Nazis während des Zweiten Weltkriegs verübte Völkermord an den europäischen Juden wurde teilweise im Rahmen von Verschwörungstheorien jüdischen Mächten angelastet.

Der Mythos einer jüdischen Weltverschwörung findet auch Widerhall in aktuellen Ansichten und Äußerungen über die vermeintlich unverhältnismäßig hohe Präsenz jüdischer Personen in verschiedenen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichen und/oder den vermeintlich großen jüdischen Einfluss auf Institutionen. Des Weiteren spiegelt sich der Irrglaube von einer jüdischen Weltverschwörung in den Behauptungen wider, mit denen jüdische Menschen für alle möglichen Kriege und Katastrophen verantwortlich gemacht werden – angefangen bei den Golfkriegen bis hin zum Aufstieg gewalttätiger Extremistengruppen im Nahen Osten.

In jüngster Vergangenheit hat das Internet unterschiedlichen, auch antisemitischen, Verschwörungstheorien eine große Reichweite verschafft und ihnen außerdem einen Anstrich von Legitimität verliehen. Zu dieser Entwicklung zählen auch die vielen Websites und Social-Media-Konten, die als Plattformen für die Leugnung des Holocaust benutzt werden.

29 M. Abalakina-Paap, W. Stephan, T. Craig und W. L. Gregory, „Beliefs in conspiracies“, *Political Psychology*, Vol. 20, Nr. 3, 1999, S. 637–647.

2.3. Aktuelle Variationen des Antisemitismus

In den vergangenen Jahren haben sowohl das links- als auch das rechtsextreme Ende des politischen Spektrums verschiedene Formen des Antisemitismus hervorgebracht. Im Kontext von radikalen religiösen Gruppen manifestiert sich der Antisemitismus noch einmal anders.

Leugnung und Verharmlosung des Holocaust³⁰

Holocaustleugner/-innen stützen sich auf antisemitische Vorstellungen und verstärken selbige.³¹ In der Vergangenheit haben sowohl Regierungen als auch extremistische Randgruppen die Leugnung und Verharmlosung des Holocaust betrieben.

Holocaustleugnung gründet auf der irrsinnigen Vorstellung, Jüdinnen und Juden hätten einen weltweiten Geschichtsschwindel inszeniert und bis in die Gegenwart aufrechterhalten. Sie stellt einen Angriff auf die Erinnerung an die Opfer des Holocaust und auf deren Familien und Nachfahren dar und steht im Widerspruch zu historisch belegten Fakten.

- **Pseudo-Wissenschaft:** Die Leugnung des Holocaust ist eine pseudo-wissenschaftliche Infragestellung umfassend belegter Fakten über den nationalsozialistischen Genozid an Jüdinnen und Juden während des Zweiten Weltkriegs.
- **Geschichtsrevisionismus:** Die bewusste Verzerrung historischer Tatsachen und die Weigerung, das Ausmaß der Viktimisierung von Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten und ihrer Kollaborateure im Zweiten Weltkrieg anzuerkennen.
- **Kennzeichen von Extremismus:** Die Leugnung des Holocaust kann Symptom einer Beschäftigung mit bzw. Anfälligkeit für extremistische Ideen und die Beteiligung an extremistischen Taten sein.

Im Kern basiert die Leugnung des Holocaust auf dem Irrglauben, die jüdische Bevölkerung hätte sich zu einer globalen Verschwörung zusammengeschlossen, um ihre dunkle Agenda umzusetzen. So beschuldigen beispielsweise einige Holocaustleugner/-innen Jüdinnen und Juden, den Holocaust selbst geplant und gelenkt zu haben, um später Reparationszahlungen zu erwirken. In einigen Kreisen vertreten Holocaustleugner/-innen auch die Ansicht, vermeintliche jüdische Täuschungen in Bezug auf den Holocaust hätten den Zweck, die Unterstützung Israels durch den Westen zu verstärken.³² Einige leugnen direkt den Holocaust, andere benutzen subtilere Formen der Verzerrung umfassend

³⁰ Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die Leugnung des Holocaust in der Resolution A/RES/61/255 vom 26. Januar 2007 verurteilt, <<http://www.un.org/en/holocaustremembrance/docs/res61.shtml>>.

³¹ Alvin Rosenfeld, *The End of the Holocaust* (Bloomington: Indiana University Press, 2011), S. 238–270.

³² *Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen* (Warschau und Jerusalem: BDIMR und Yad Vashem, 2007), <<https://www.osce.org/de/odihr/29892?download=true>>, S. 25.

belegter historischer Fakten.³³ Wenn der Holocaust nicht vollständig im Rahmen des Schulunterrichts behandelt wird, kann es vorkommen, dass Jugendliche die Geschichte des Holocaust aus Unkenntnis der historischen Fakten verzerren. Gelegentlich leugnen junge Menschen den Holocaust auch im Rahmen einer jugendlichen Provokationshaltung bzw. im Bestreben einer Ablehnung etablierter Narrative. Ganz gleich welche Hintergründe die Leugnung und die Verharmlosung des Holocaust im Einzelfall haben mag, Tatsache ist, dass sie oft mit klassisch antisemitischen Vorstellungen einhergeht bzw. diese verbreitet und jüdischen Menschen Gier, Machthunger, Hinterhältigkeit und kriminelle Machenschaften unterstellt.

Im Jahr 2013 einigten sich die Mitgliedsstaaten der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken auf eine Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust:³⁴

„Als Holocaustleugnung werden solche Diskurse und Formen der Propaganda verstanden, die die historische Realität und das Ausmaß der Vernichtung der Juden durch die Nazis und deren Komplizen während des Zweiten Weltkriegs – bekannt als Holocaust oder Shoah – negieren. Holocaustleugnung bezieht sich namentlich auf jeden Versuch zu behaupten, der Holocaust habe nicht stattgefunden.

Holocaustleugnung ist auch dann gegeben, wenn die Instrumente der Vernichtung (wie Gaskammern, Massenerschießungen, Verhungern und Folter etc.) oder die Vorsätzlichkeit des Völkermords gelehnet oder in Zweifel gezogen werden.

Holocaustleugnung ist in allen ihren verschiedenen Formen stets Ausdruck von Antisemitismus. Wer den Völkermord an den Juden leugnet, versucht, Nationalsozialismus und Antisemitismus von Schuld und Verantwortung für diesen Völkermord am jüdischen Volk zu entlasten. Formen der Holocaustleugnung bestehen auch darin zu behaupten, Juden übertrieben oder erfänden die Shoah, um daraus einen politischen oder einen finanziellen Vorteil zu ziehen, als wäre die Shoah selbst das Ergebnis einer Verschwörung der Juden. Dies zielt letztlich darauf ab, die Juden für schuldig und den Antisemitismus wieder für legitim zu erklären.

Häufig zielt die Holocaustleugnung auf die Rehabilitation eines offenen Antisemitismus ab und will damit eben die politischen Ideologien und Bedingungen fördern, die zum Auftreten genau jener Art von Vorgängen passen, die sie leugnet.“

33 Einige Autor/-innen weisen auf eine neue Form der „De-Judaisierung“ des Holocaust in der Bildungsarbeit und Gedenkkultur hin, mit der versucht wird, das von Nazideutschland und seinen Verbündeten an Jüdinnen und Juden begangene Unrecht herunterzuspielen, ohne dabei direkt historische Fakten zu leugnen. „Lehrende und Pädagog/-innen, die weder die Tatsache anerkennen, [dass die Nazis jede in Europa lebende jüdische Person ermorden wollten], noch im Rahmen ihres Verständnisses des Holocaust die Sonderstellung der Jüdinnen und Juden als Opfer des Nazismus berücksichtigen, marginalisieren die jüdischen Erfahrungen im Holocaust. Ein derartiges Verständnis des Holocaust wirkt sich sowohl auf ihren pädagogischen Ansatz als auch auf ihre pädagogische Praxis aus und kann bei den Lernenden zu einem verzerrten Verständnis des Holocaust führen.“ Siehe P. Cowan und H. Maitles *Understanding and Teaching Holocaust Education* (London: SAGE, 2017), S. 143–144.

34 Für den vollständigen Text der Definition siehe Anhang 4. Für die „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“ der IHRA siehe IHRA, 26. Mai 2016, <<https://www.holocaustremembrance.com/working-definition-holocaust-denial-and-distortion>>.

Sekundärer Antisemitismus

Der Prozess der Auseinandersetzung mit dem Holocaust und dessen Aufarbeitung hat in einigen Ländern zu einem Phänomen geführt, das als „sekundärer Antisemitismus“ bezeichnet wird. Es tritt auf, wenn sich Menschen durch die bloße Präsenz von Jüdinnen und Juden an den Holocaust erinnert fühlen und sich in der Folge mit Schuldgefühlen konfrontiert sehen, für deren Auftreten sie Juden verantwortlich machen.³⁵ Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (European Union Agency for Fundamental Rights, kurz FRA) erklärt, dass der sekundäre Antisemitismus Ausdruck einer gesellschaftlichen Veränderung ist, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auftrat:

Nach dem Krieg kam es zu einer Veränderung in Bezug auf die öffentliche Äußerung von Antisemitismus. Während offene Formen des Antisemitismus nicht nur als gesellschaftlich unverträglich angesehen und behandelt, sondern auch gesetzlich bestraft wurden, sodass sie sich in die Randbereiche der Gesellschaft verlagerten, entstand ein Phänomen, das als „sekundärer Antisemitismus“ bezeichnet wird. Aufbauend auf älteren und offen antisemitischen Stereotypen bildete sich als typisches Beispiel für den sekundären Antisemitismus die Behauptung heraus, dass „die Juden“ Deutsche oder Österreicher manipulieren, um aus deren Schuldgefühlen in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg Gewinn zu schlagen. Charakteristisch für alle Formen des sekundären Antisemitismus ist der Bezug auf den Holocaust und dass sie dem/der Sprecher/-in die Möglichkeit geben, indirekt antisemitische Ansichten zu äußern. So kann Antisemitismus beispielsweise in Form von Leugnung und/oder Verharmlosung des Holocaust auftreten.³⁶

Die Situation im Nahen Osten als Rechtfertigung für antisemitische Taten

Auf dem Treffen des OSZE-Ministerrats 2014 in Basel erklärten die OSZE-Teilnehmerstaaten unmissverständlich, dass internationale Entwicklungen, einschließlich derer im Nahen Osten, in keinem Fall als Rechtfertigung für Antisemitismus gelten können.³⁷ Trotzdem wird die Situation im Nahen Osten noch immer als Vorwand für antisemitische Äußerungen und Taten genutzt. In diesem Zusammenhang sagte UN-Generalsekretär António Guterres im August 2017, dass „die Äußerung [...] des Wunsches einer Zerstörung des Staates Israel eine inakzeptable Form von modernem Antisemitismus ist.“³⁸ Derartige Vorfälle sind vermehrt zu beobachten, wenn die Spannungen in der Region zunehmen.

Für Lehrkräfte ist es wichtig, zu verstehen, dass hinter einer Kritik an Israel in einigen Fällen antisemitische Annahmen und Überzeugungen stehen können, die einfach auf den Zionismus, Israel und den israelisch-palästinensischen Konflikt übertragen

35 Peter Schönbach, *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60* (Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 1961), S. 80.

36 *Antisemitism: Summary overview of the data available in the European Union 2003–2013* (Wien: Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2014), S. 3, <[fra-2014_antisemitism-update-2003-2013_web.pdf](#)>.

37 OSZE Ministerrat, Erklärung Nr. 8/14, „Erklärung über verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus“, Basel, 5. Dezember 2014, <<https://www.osce.org/de/mc/149661?download=true>>, a. a. O., Fußnote 8.

38 UN-Generalsekretär, Äußerung des UN-Generalsekretärs gegenüber der Presse im Beisein des israelischen Premierministers Benjamin Netanyahu, 28. August 2017, <<https://www.un.org/sg/en/content/sg/press-counter/2017-08-28/secretary-general%E2%80%99s-remarks-media-prime-minister-benjamin>>.

werden. Besonders deutlich wird das, wenn diese Handlungen mit antisemitischen Sprüchen, Beleidigungen und in einigen Fällen auch körperlicher Einschüchterung einhergehen. Jüdische Menschen individuell oder kollektiv für die Situation im Nahen Osten verantwortlich zu machen oder Personen allein aufgrund ihrer jüdischen Identität auszuschließen, ist antisemitisch. Im Internet verbreitete antisemitische Propaganda stellt eine der Hauptquellen für diese Erscheinungsformen des Antisemitismus dar.

Im Zusammenhang mit Debatten zu internationalen Entwicklungen, einschließlich derjenigen im Nahen Osten, ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten mehrfach das Recht auf friedliche Versammlung bestätigt und das Recht auf freie Meinungsäußerung als fundamentales Menschenrecht und grundlegenden Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft bekräftigt haben.

Antisemitismus im Internet

Die sozialen Netzwerke haben sich zu unverzichtbaren Instrumenten derjenigen entwickelt, deren Ziel es ist, jüdische Menschen zu belästigen sowie Falschinformationen und Hass zu verbreiten. Sie spielen eine herausragende Rolle bei der Verbreitung von Verschwörungstheorien, die sich unter anderem auch nachteilig auf die Bestrebungen zur Aufrechterhaltung der Menschenrechte und demokratischer Werte auswirken können.

2017 listete der vom Simon Wiesenthal Center veröffentlichte Jahresbericht „Digital Terrorism and Hate“ insgesamt 24 im Internet verfügbare antisemitische Spiele auf und wies darüber hinaus auf Fälle von Antisemitismus und Hassrede in sozialen Netzwerken, Blogs, Messaging-Diensten, Diskussionsforen, Videokanälen und anderen Onlinemedien hin.³⁹ Ein Bericht des World Jewish Congress informierte 2016 darüber, dass in den sozialen Netzwerken jeden Tag rund 1.000 antisemitische Postings veröffentlicht werden.⁴⁰ Da derartige Postings oftmals hochrangige Einzelpersonen und Prominente angreifen, ist es sehr wahrscheinlich, dass auch Schüler/-innen im Internet auf Fälle von Antisemitismus und Hassrede treffen. Teilweise wird Antisemitismus in Postings, Twitter-Nutzernamen, Blogs und Foreinträgen durch Symbole und Codes ausgedrückt (siehe dazu Anhang 5).

Die Europäische Kommission und vier führende Social-Media-Plattformen kündigten 2016 die Einführung eines Verhaltenskodexes zur Bekämpfung rechtswidriger Hassrede im Internet an. Unter anderen verpflichteten sich Facebook, Twitter, YouTube und Microsoft, gegen die Verbreitung derartiger Inhalte in Europa vorzugehen.⁴¹ In Zukunft gilt es, die Wirksamkeit dieser Maßnahmen in Bezug auf die Reduzierung des Umfangs und Ausmaßes antisemitischer Hassrede im Internet zu beobachten.

39 „Digital Terrorism and Hate“, Simon Wiesenthal Center, 2017, <digitalhate.net/>.

40 *The Rise of Anti-Semitism on Social Media: Summary of 2016* (New York and Tel-Aviv: World Jewish Congress und Vigo Social Intelligence, 2017), S. 15.

41 Weitere Informationen siehe „Europäische Kommission und IT-Unternehmen geben Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet bekannt“, Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 31. Mai 2016, <http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1937_de.htm>.

3.

**ANTISEMITISMUS-
PRÄVENTION DURCH
BILDUNGSARBEIT:
LEITPRINZIPIEN**

Gemäß dem UNESCO-Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen darf es im Bildungsbereich keine Diskriminierung geben. Zudem sind Erziehung und Bildung darauf auszurichten, „die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu stärken“ und „Verständnis, Duldsamkeit und Freundschaft zwischen allen Völkern, allen rassischen oder religiösen Gruppen zu pflegen“. ⁴² Auch die OSZE-Teilnehmerstaaten haben erkannt, dass zur Bekämpfung von Intoleranz, einschließlich Antisemitismus, ein umfassender Ansatz erforderlich ist. ⁴³ Pädagogische Ansätze für den Umgang mit Antisemitismus sollten also Teil eines breiteren Konzepts zur Bekämpfung aller Formen von Hass, Diskriminierung und Intoleranz sein.

Auch wenn der Antisemitismus je nach Gemeinschaft, Stadt, Land, Region, Institution und sogar Lerngruppe in einem anderen Kontext stehen mag, bleiben die grundlegenden pädagogischen Prinzipien und Praktiken für eine effektive Bearbeitung dieses komplexen Themas gleich:

- 1) Anwendung eines menschenrechtsbasierten Bildungsansatzes;
- 2) Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lernenden und Vermeidung einer Verschärfung des Problems;
- 3) Förderung des kritischen Denkens der Lernenden und Stärkung ihrer Fähigkeit, über sich selbst zu reflektieren sowie komplexe Themen anzusprechen und zu bearbeiten;
- 4) Integration einer Gender-Perspektive, um mögliche Voreingenommenheit offenzulegen; und
- 5) Stärkung der Komplementarität mit bereits bestehenden Bildungsbereichen und -konzepten, insbesondere der Global Citizenship Education.

3.1. Einen menschenrechtsbasierten Ansatz anwenden

Theoretischer Rahmen

Ein menschenrechtsbasierter Ansatz ist ein konzeptioneller Rahmen, der auf allgemein anerkannten Menschenrechtsstandards basiert. Sein Ziel besteht in der Schaffung einer Gesellschaft, in der die Menschenrechte aller geachtet, geschützt und verwirklicht werden. Dieser Ansatz geht davon aus, dass die hinter dem Antisemitismus stehenden Ideen grundlegenden Menschenrechtsprinzipien widersprechen und diese untergraben und verletzen. Deshalb muss ein menschenrechtsbasierter Bildungsansatz mit dem Bemühen einhergehen, alle Erscheinungsformen von Antisemitismus grundsätzlich zu bekämpfen und die Würde aller Menschen zu schützen. ⁴⁴

42 UNESCO, Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen, Paris, 1960, <<http://unesdoc.unesco.org/images/0013/001325/132598e.pdf>>.

43 OSZE Ministerrat Beschluss Nr. 10/07, „Toleranz und Nichtdiskriminierung: Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander“, Madrid, 30. November 2007, <<https://www.osce.org/de/mc/29453?download=true>>.

44 *Antisemitischen Hassverbrechen begegnen – jüdische Gemeinden schützen: Ein Leitfaden* (Warschau: BDIMR, 2017), S. 8; D. Graham und J. Boyd, „Understanding Antisemitic Hate Crime: Do the Experiences, Perceptions and Behaviours of Jews Vary by Gender, Age and Religiosity?“, Institute for Jewish Policy Research, 2017, <<http://www.osce.org/odhr/320021>>.

Eine menschenrechtsbasierte Pädagogik als Ansatz zur Bekämpfung von Antisemitismus beinhaltet, wie im Folgenden gezeigt wird, Bildungsarbeit **über** Menschenrechte, Bildungsarbeit **durch** Menschenrechte und Bildungsarbeit **für** Menschenrechte.

Bildungsarbeit über Menschenrechte beinhaltet zum einen die Aufklärung der Lernenden über ihre Rechte, einschließlich des Rechts auf Information (aus vielen unterschiedlichen Quellen, nationalen ebenso wie internationalen), des Rechts auf Religions- oder Überzeugungsfreiheit sowie auf Meinungsfreiheit.⁴⁵ Zum anderen beinhaltet sie Aufklärung darüber, wie Antisemitismus die Rechte von Einzelpersonen verletzt und Aufklärung über die gemeinsame Verantwortung für die Verteidigung von Rechten.

Bildungsarbeit durch Menschenrechte gewährleistet, dass Bildungseinrichtungen die Menschenrechte von Lernenden schützen. Das beinhaltet auch das Recht jüdischer Lernender auf eine Lernumgebung, die frei von Antisemitismus ist.

Bildungsarbeit für Menschenrechte bestärkt Lernende darin, ihre eigenen Rechte wahrzunehmen und die Rechte anderer zu verteidigen. Dazu gehört auch, sich für die Prävention von Antisemitismus einzusetzen und auf Antisemitismus zu reagieren.

Beispiel aus der Praxis: Norwegen

Die norwegische Regierung hat einen Aktionsplan gegen Antisemitismus (2016–2020) verabschiedet, mit dem sie sich zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Bewahrung des jüdischen Erbes verpflichtet. Im Rahmen dieser interministeriellen Initiative unter Leitung des Ministeriums für kommunale Verwaltung und Modernisierung werden Bildungsprogramme zur Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt, die Finanzierung der Förderung jüdischer Kultur und jüdischen Erbes sichergestellt und antisemitische Vorfälle in Norwegen dokumentiert und erforscht. Der Aktionsplan betont ausdrücklich, dass „Schulen eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Achtung und Anerkennung von Vielfalt sowie als Lernort über das Leben in einer ‚Dissensgesellschaft‘ (community of disagreement) zukommt. Damit eng verknüpft ist die Demokratie- und Menschenrechtsbildung, die sowohl in den Zielen der norwegischen Bildungspolitik als auch im allgemeinen Teil des Lehrplans für die Grundbildung festgelegt ist.“

Nähere Informationen unter: <https://www.regjeringen.no/contentassets/dd258co81e6048e2adocac9617abf778/action-plan-against-antisemitism.pdf>

⁴⁵ Meinungsfreiheit beinhaltet das Recht auf Kritik an Religionen und ethnischen Gruppen. Aus einer ganzheitlichen Perspektive betrachtet, sind Meinungsfreiheit und Religions- und Glaubensfreiheit jedoch als nicht voneinander trennbare und miteinander verknüpfte Rechte zu betrachten, die zusammen gegen Unwissenheit und für Frieden, Toleranz und Dialog zwischen verschiedenen Gruppen wirken. Das Völkerrecht sieht in bestimmten Fällen die Möglichkeit einer Beschränkung der Meinungsfreiheit vor. Siehe IPbPR, a. a. O., Fußnote 2, Artikel 18, 19 und 20, <<http://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/ccpr.aspx>>.

Praktische Umsetzung

Menschenrechtsbildung umfasst die Durchführung von Bildungsaktivitäten zur Förderung der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten. Ziel dieser Aktivitäten ist die Prävention von Menschenrechtsverletzungen. Dazu vermittelt man den Lernenden Kenntnisse, Kompetenzen und Einsichten, mit deren Hilfe sie dazu befähigt und angeregt werden, zu einer Kultur der Menschenrechte beizutragen.⁴⁶ Die Menschenrechtsbildung berücksichtigt die bedeutende Rolle der Bildung in puncto Persönlichkeitsentwicklung, vollständige Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe,⁴⁷ indem Lernende dazu angeleitet werden, grundlegende gesellschaftliche Werte anzuerkennen und anzunehmen – und zum Beispiel, wie im vorliegenden Kontext, antisemitische Vorurteile und Verhaltensweisen zu vermeiden.

Die im Rahmen der Menschenrechtsbildung behandelten Themen, wie die Bekämpfung von Antisemitismus, können in einigen Fällen zu Kontroversen und teilweise zu einer emotional aufgeladenen Atmosphäre innerhalb der betreffenden Lerngruppen führen, die ihrerseits ja häufig ein Abbild der Gesamtgesellschaft darstellen. Auch wenn dieser Umstand möglicherweise abschreckend auf einige Lehrkräfte und Entscheidungsträger/-innen wirkt, die für Bildungspolitik und Lehrpläne verantwortlich sind, so gibt es doch zahlreiche Zugänge und pädagogische Techniken, um die Problematik Antisemitismus in einem sicheren und stützenden Setting im Unterricht zu behandeln (siehe Kapitel 4).

Beispiel aus der Praxis: Europarat

Der Europarat hat 2015 ein Fortbildungsprogramm für Lehrer mit dem Titel *Leben mit Widersprüchen – Das Unterrichten kontroverser Themen im Rahmen der Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung (EDC/HRE)* veröffentlicht. Das Programm baut auf folgender Erkenntnis auf: zu lernen, mit Menschen, deren Werte sich von den eigenen unterscheiden, in einen respektvollen Dialog zu treten, ist zentral für den demokratischen Prozess und unverzichtbar für den Schutz und die Stärkung der Demokratie sowie die Förderung einer Kultur der Menschenrechte.

In den Fortbildungsmaterialien werden spezifische persönliche, theoretische und praktische Kompetenzen erläutert, die Lehrer benötigen, und Techniken für die Vorbereitung und das Lehren vorgeschlagen, die beim aktiven und partizipativen Lernen und der Auseinandersetzung mit „lebensnahen“ Fragen im Klassenzimmer helfen können.

Nähere Informationen unter: <https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016806cb5d5>

⁴⁶ Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsbildung und -ausbildung A/Res/66/137, S. 201.

⁴⁷ Dieser Grundsatz wird auch von dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) gestützt, Artikel 29 (1). Siehe: Übereinkommen der Generalversammlung Nummer 44/25 vom 20. November 1989, <<http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CRC.aspx>>.

3.2. Widerstandsfähigkeit stärken – Verschärfung des Problems vermeiden

Bildungsarbeit mag nicht in der Lage sein, bestimmte Vorurteile und Verhaltensweisen vollständig zu beseitigen. Sie kann jedoch sehr wohl Lernende dazu ermutigen, sich die notwendigen Fähigkeiten anzueignen, um diese Vorurteile und Verhaltensweisen erfolgreich zu identifizieren und aktiv zurückzuweisen. Zudem kann Bildungsarbeit in einer Schulgemeinschaft Voraussetzungen schaffen, die die Ausbreitung von Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten, einschließlich Antisemitismus, erschweren. Zu diesem Zweck müssen bildungspolitische Ansätze sicherstellen, dass Lernumgebungen die Widerstandsfähigkeit der Lernenden gegen Antisemitismus, Rassismus und andere Formen von Intoleranz ausbauen und unter keinen Umständen das Problem verschärfen⁴⁸ bzw. auf Intoleranz basierende Haltungen gegen andere Individuen oder Gruppen hervorbringen oder diese weiter verstärken.

Die sozialen Medien machen antisemitische Narrative zur Beeinflussung von Schüler/-innen einfach zugänglich. Eine Widerstandsfähigkeit gegen derartige Narrative aufbauen bedeutet in erster Linie, zu verstehen, dass es sich um grob vereinfachende, eindimensionale und nicht auf Fakten basierende Botschaften handelt, mit denen Verleumdungen verbreitet und Vorurteile, Diskriminierung und sogar Gewalt gefördert werden.⁴⁹

Bildungsarbeit muss die Schüler/-innen dabei unterstützen, die notwendigen Kompetenzen aufzubauen, um diese Risiken zu begreifen und vorurteilsbasierte Verhaltensweisen zu vermeiden. Sie kann dies tun, indem sie Lernende in die Lage versetzt, eine gewisse Widerstandsfähigkeit in Bezug auf diese Themen zu entwickeln, sodass ihre Handlungen auf Logik, Wissen und Verständnis anstatt auf Angst und Fehlinformationen gründen.

Die Pädagogik kann also Lernende dabei unterstützen, die notwendigen kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenzen aufzubauen, um diesen simplifizierten Sichtweisen zu widerstehen. Zu einem derartigen Skill-Set für mehr Resilienz gehört, neben der Fähigkeit kritisch zu denken, Beweise zu gewichten, um Fakt von Vorurteil zu unterscheiden und eine Vielzahl von Sichtweisen zu verstehen und einzuordnen, auch ein Bewusstsein für die Tatsache, dass Menschen allgemein zu Vorurteilen neigen. Schulen sind Orte, in denen Lernende erfahren, wie sich ihr Verständnis eines viel diskutierten Menschenrechtsthemas, zum Beispiel Antisemitismus, in Engagement umsetzen lässt.

48 *Preventing violent extremism through education: A guide for policy-makers* (Paris: UNESCO, 2017), S. 22, <<http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002477/247764e.pdf>>.

49 Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen gewalttätige extremistische Bewegungen finden sich im UNO-Dokument „Aktionsplan zur Verhütung des gewalttätigen Extremismus – Bericht des Generalsekretärs“, A/70/674, Dezember 2015.

Beispiel aus der Praxis: Vereinigte Staaten von Amerika

Im Jahr 1985 initiierte die Anti-Defamation League (ADL) eine Kampagne mit dem Titel „A World of Difference“, die später zur Gründung des A World of Difference Institute führte. Heutzutage ist das Institut in Nordamerika führend im Bereich von Anti-Bias-Bildungsangeboten und hat sich der Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen vorurteilsbasierte Narrative verschrieben. Die interaktiven Fortbildungsprogramme und Ressourcen des Instituts sollen ihre Rezipienten dabei unterstützen, „Vorurteile und den durch diese hervorgerufenen Schaden für Individuen und die Gesellschaft zu erkennen, ein Verständnis für die Bedeutung und den Wert der Diversität aufzubauen, die Beziehungen zwischen Gruppen zu verbessern und Rassismus, Antisemitismus sowie andere Formen der Intoleranz zu bekämpfen.“⁵⁰ Die Materialien des Instituts werden von Schulen, Universitäten, Unternehmen, Strafverfolgungsbehörden und Gemeindeorganisationen in den Vereinigten Staaten verwendet. Sie sind überdies auch weltweit auf die Kontexte anderer Regionen angepasst und in diesen eingesetzt worden.

Nähere Informationen unter: <https://www.adl.org/who-we-are/our-organization/signature-programs/a-world-of-difference-institute>

3.3. Kritisches Denken fördern

Definition von kritischem Denken

Das kritische Denken ist ein Beispiel für einen auf hohem Niveau erfolgenden Prozess des Abwägens und Denkens, der das Individuum in die Lage versetzt, ein Thema oder eine Problematik analytisch, rational und ergebnisoffen zu untersuchen und sich auf dieser Grundlage ein Urteil zu bilden, ohne die Möglichkeit auszuschließen, zu neuen und anderen Schlussfolgerungen zu gelangen. Der Prozess des kritischen Denkens ist für die Untersuchung komplexer Menschenrechtsthemen wie Antisemitismus unerlässlich.

Kritisches Denken ermöglicht den Lernenden:

- die logischen Verbindungen zwischen Ideen und Konzepten zu verstehen;
- Argumente zu erkennen, selbst zu entwickeln und zu bewerten;
- Unstimmigkeiten und verbreitete Fehler in Denkprozessen zu erkennen; und
- über die Grundlage und Begründung der eigenen Überzeugungen und Werte zu reflektieren.⁵¹

Entwickeln Lernende die Fähigkeit zum kritischen Denken, ist es wahrscheinlicher, dass sie den Antisemitismus auf kognitiver und sozio-emotionaler Ebene durchdringen und eine Widerstandsfähigkeit gegen die ihm zugrundeliegenden Vorurteile aufbauen. Außerdem werden sie auf diese Weise in die Lage versetzt, eine große Palette anderer sozialer Phänomene zu verstehen, einschließlich weiterer Formen von Vorurteilen, und die notwendige Widerstandsfähigkeit aufzubauen.

⁵⁰ Anti-Defamation League, A World of Difference Institute, <<https://www.adl.org/who-we-are/our-organization/signature-programs/a-world-of-difference-institute>>.

⁵¹ Siehe „What is critical thinking?“, <<http://philosophy.hku.hk/think/critical/ct.php>>.

Die Leitlinien der UNESCO zum Thema Global Citizenship Education (GCED) besagen, dass „die Lernenden die Fähigkeit zur kritischen Nachfrage (z.B.: Informationssuche, Analyse und Einsatz von Beweisen) und zur Medienkompetenz⁵² entwickeln sollen sowie ein Verständnis dafür, wie Informationen vermittelt und kommuniziert werden.“⁵³ Aus diesem Grund stellt die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz (MIK) eine Möglichkeit dar, um kritisches Denken zu lehren. Die Lernenden müssen die Prinzipien des kritischen Denkens allerdings auch auf ihre eigenen Einstellungen und ihr eigenes Verhalten anwenden. Somit ist das kritische Denken ein wichtiges Instrument, um die in ihnen selbst vorhandenen Stereotype und undemokratischen Haltungen aufzudecken und Formen der Intoleranz in der Gesellschaft insgesamt zu untersuchen.

Pädagogische Praktiken und bildungspolitische Ansätze sollten dieses Ziel zum Ausgangspunkt nehmen. Wenn zum Beispiel die Lernenden ermutigt werden, ihre Fähigkeiten zum kritischen Denken zu nutzen, sollten die Lehrkräfte es vermeiden, schwerfällige Didaktik anzuwenden. Stattdessen sollten sie den Schüler/-innen die Möglichkeit geben, Probleme zu diskutieren, Fälle zu analysieren, ihnen präsentierte Informationen zu hinterfragen und individuell oder in Gruppen kritisch zu denken. Partner- und Gruppenaktivitäten können – sofern sie wirksam moderiert werden, um die Dominanz einzelner Persönlichkeiten und aus Gruppendruck resultierenden Konformismus zu vermeiden – die Entwicklung von anspruchsvollen Denkprozessen ebenso fördern wie den Aufbau von Führungsqualitäten. Diese Ansätze sind zeitaufwendiger und erfordern effektive Moderationsfähigkeiten, zeitigen unter Umständen aber auch signifikantere Lernergebnisse.

Lehrkräfte und Lernende zur Selbstreflexion ermutigen

Der Aufbau von Resilienz gegenüber Vorurteilen, einschließlich Antisemitismus, erfordert sowohl bei Lehrkräften als auch bei Lernenden ein großes Maß an Selbstreflexion. Nur so lässt sich diese komplexe Problematik durch eine klare und unvoreingenommene persönliche Linse betrachten. Selbstreflexion ist ein empfohlenes Bildungsinstrument, das Lehrkräfte und Lernende gleichermaßen dabei unterstützt, ihre Verhaltensweisen und Ansichten zu überprüfen und möglicherweise in ihnen verankerte aber bisher nicht erkannte Vorurteile aufzudecken.

Lehrkräfte sollten Übungen zur Selbstreflexion durchführen, um ihre Lehrmethoden und Lehrmotive zu hinterfragen und letztendlich zu stärken. Um in der Lage zu sein, die Lernenden zu fordern und ihnen dabei zu helfen, interne und externe Vorurteile zu erkennen, müssen die Lehrkräfte den Prozess der Selbstreflexion erst einmal selbst durchlaufen. Eine Methode, um als Lehrkraft selbstreflektierter zu werden, besteht in dem nachfolgend erläuterten dreigliedrigen Prozess.⁵⁴

52 Vor dem Hintergrund der Erfindung von Radio und Fernsehen Anfang und der explosionsartigen Entwicklung neuer Technologien am Ende des 20. Jahrhunderts werden kritisches Denken und kritische Recherche mittlerweile vermehrt unter den Schlagwörtern „Informationskompetenz“ oder „Medienkompetenz“ verhandelt. Die UNESCO benutzt den Oberbegriff „Medien- und Informationskompetenz“ (MIK) und spricht der Technologie in allen Informations- und Medienformen eine zentrale Stellung zu. Nähere Informationen zum Thema MIK finden sich in Kapitel 4.1.4. Antisemitismus durch Medien- und Informationskompetenz entgegenwirken.

53 Global Citizenship Education, Topics and Learning Objectives, (Paris: UNESCO, 2015), S. 23, <<http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002329/232993e.pdf>>.

54 Sarah Sansbury, „Reflection: Crucial for Effective Teachers“, Teaching Tolerance Website, 29. Dezember 2011, <www.tolerance.org/magazine/reflection-crucial-for-effective-teachers>.

Lehrkräfte sollten:

1. ihre Handlungen überprüfen, ihre Methoden hinterfragen und entscheiden, ob und wann Lehrpraktiken zu überarbeiten sind;
2. sich Mentor/-innen suchen, die sie unterstützen. Diese Mentor/-innen können wertvolle Außenperspektiven im Hinblick auf die Entscheidungen der Lehrkräfte einbringen und darüber hinaus als Spiegel fungieren, um den Lehrkräften die von ihnen im Unterricht getroffenen Entscheidungen aufzuzeigen und verständlich zu machen;
3. sich hinterfragen und ergründen, inwiefern sie über bislang unentdeckt gebliebene Vorurteile und stereotype Denkweisen verfügen.

Lehrkräften kommt eine große Verantwortung zu, ihre Schüler/-innen bei der Bekämpfung von Stereotypen und Vorurteilen anzuleiten. Vor diesem Hintergrund kann die vorgelagerte kritische Beschäftigung mit den eigenen Haltungen ein kathartischer Prozess sein.

Indem Lernenden Unterstützung bei selbstreflexiven Aktivitäten angeboten wird, befähigt man sie dazu, sowohl ihre Fähigkeiten zum kritischen Denken als auch ihre emotionale Intelligenz auszubauen. Wenn Lernende ihre eigenen Gefühle und die Emotionen ihrer Mitmenschen in Bezug auf dieses oder ein anderes, ebenfalls schwieriges Thema erkennen und ergründen, findet ein tiefgreifenderer Lernprozess statt. Möglicherweise werden dabei auch versteckte Vorurteile offengelegt, die in der Folge bearbeitet und abgelegt werden können.

Beispiele für Aktivitäten, die Lernende zur Selbstreflexion anregen

Tagebuchschreiben

Integrieren Sie das Tagebuchschreiben in die Unterrichtseinheit und ermöglichen Sie den Lernenden auf diese Weise:

- ☞ sich Zeit für die Reflexion und Verarbeitung komplexer Menschenrechtsthemen zu nehmen; und
- ☞ ihre Fähigkeiten zum kritischen Denken einzusetzen, um ihre Gedanken zu strukturieren und Meinungen zu formulieren.

Verschriftlichte und/oder illustrierte Selbstporträts

Unterstützen Sie Lernende dabei, Selbstporträts anzufertigen und ermöglichen Sie ihnen auf dieses Weise:

- ☞ die Kenntnis und Wahrnehmung ihrer eigenen Person zu stärken, während sie die verschiedenen Facetten ihrer Identität reflektieren; und
- ☞ die verschiedenen, in ihnen wohnenden Elemente (Erfahrungen, Überzeugungen, soziale Narrative, Vorlieben, Abneigungen etc.) zu erkennen und anzuerkennen.

Wenn die Selbstporträts fertiggestellt sind, können sie (falls das vor dem Hintergrund der Befindlichkeiten in der betreffenden Lerngruppe angemessen erscheint) im Unterrichtsraum ausgestellt werden. Als weiterführende Aktivitäten sind denkbar:

- ☞ Ein Galeriespaziergang für die gesamte Klasse, um die entstandenen Selbstporträts zu begutachten und möglicherweise auch kritisch zu diskutieren. Bei den Kritiken sollte es jedoch nicht um künstlerisches Talent gehen, sondern darum, mehr über die Identitäten der Künstler/-innen zu erfahren. Es wird empfohlen, dass die Lernenden ein Arbeitsblatt ausfüllen, während sie sich die Ausstellung ansehen und in den Selbstporträts nach einzigartigen Merkmalen ihrer Mitschüler/-innen suchen. Das Arbeitsblatt kann Stichwörter für interessante Aspekte enthalten, die es in den Selbstporträts zu entdecken gibt, z.B. Interessen, Fragen von Gender, Religion, Werte, Hobbys, Sprache, Kultur etc.
- ☞ Nach dem Galeriespaziergang bieten sich Diskussionen an, in denen die Lernenden über die unterschiedlichen, in ihrer Klasse vertretenen Identitäten sprechen.

Lerntagebuch nach erfolgter Selbstreflexion, damit die Lernenden sich mit folgenden Fragen auseinandersetzen können:

- ☞ Was habe ich über meine Selbstwahrnehmung von Identität gelernt, das ich vor Beginn dieses Projekts noch nicht wusste?
- ☞ Was habe ich über meine Mitschüler/-innen gelernt, das ich vor der Ausstellung der Selbstporträts noch nicht wusste?
- ☞ Repräsentiert meine Klasse die Vielfalt der heutigen Welt?

Es ist wichtig, dass die Lehrkräfte Reife und Befindlichkeiten der Lerngruppe einschätzen, wenn sie darüber entscheiden, in welchem Maße die Ergebnisse der individuell oder in der Gruppe durchgeführten Aktivitäten zur Selbstreflexion in größerer Runde geteilt werden sollen.

Komplexität thematisieren

Unterrichtseinheiten, die nicht nur die Komplexität des Antisemitismus sondern auch die Vielfältigkeit jüdischer Geschichte und jüdischer Erfahrungen ergründen, erweitern die Fähigkeiten der Lernenden, sich in reflexiver und kritischer Weise mit vielen globalen Themen und Problemen auseinanderzusetzen. Darüber hinaus können sie die Lernenden zu einem zielgerichteten und sachkundigen zivilgesellschaftlichem Engagement motivieren. Um den Lernenden ein möglichst konkretes Verständnis des Antisemitismus zu ermöglichen, sollten die Unterrichtseinheiten auf verschiedene Sichtweisen zu den für Vorurteile verantwortlichen Spannungen sozialer und politischer Art eingehen und ebenfalls solche Sichtweisen behandeln, die Vorurteile entlarven und zerstreuen. Wenn die Lernenden im Rahmen dieser Unterrichtsaktivitäten ihre Fähigkeiten zum kritischen Denken einsetzen, werden sie ein tiefgreifenderes Verständnis der Komplexität des Antisemitismus und anderer Formen gruppenbezogener Vorurteile erlangen und zudem begreifen, warum der menschenrechtsbasierte Ansatz so relevant ist, um diese Probleme anzugehen.

Beispiele für derartige Unterrichtsaktivitäten:

- Die Lernenden suchen Beispiele für aktuelle Formen und Fälle von Intoleranz gegenüber jüdischen Menschen sowie anderen von Voreingenommenheit betroffenen Gruppen und untersuchen den historischen Kontext dieser Vorurteile sowie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Beispiele.⁵⁵
- Die Lernenden untersuchen, wie jüdische Menschen in unterschiedlichen Medien dargestellt werden: als gleichwertige und normale Mitglieder der Gesellschaft, in Form von antisemitischen Stereotypen oder nur in bestimmten Kontexten, sodass ein vereinfachtes und limitiertes Bild der jüdischen Erfahrung in der Geschichte vermittelt wird (z.B. alleinige Darstellung jüdischer Menschen als biblische Figuren, Opfer des Holocaust oder Akteur/-innen im Nahostkonflikt).

Beispiel aus der Praxis: Frankreich

Die Shoah-Gedenkstätte Mémorial de la Shoah hat Bildungsworkshops für Lehrkräfte und Lernende zum Thema Verschwörungstheorien in den sozialen Medien und deren Verbindungen zum Antisemitismus entwickelt. Auf der Grundlage von Beispielen aus sozialen Netzwerken (Postings, Fotomontagen und Videos) lernen die Teilnehmer/-innen wie man Verschwörungstheorien und die dazugehörigen Falschdarstellungen und Stereotype erkennt und dekonstruiert. Die Workshops sollen kritisches Denken fördern, zur aktiven Auseinandersetzung anregen und die Teilnehmer/-innen dazu motivieren, Fakten zu prüfen und mehr Vorsicht beim Umgang mit Online-Inhalten walten zu lassen.

Nähere Informationen unter: <http://www.memorialdelashoah.org/pedagogie-et-formation/activites-pour-le-secondaire/ateliers-pedagogiques.html>

⁵⁵ Um unterschiedliche Arten von Vorurteilen bekämpfen zu können, müssen diese auch für sich genommen verstanden werden, was ihre Hintergründe und ihren Kontext miteinschließt. Für die Lernenden ist zum Beispiel wichtig zu wissen, dass sich Antisemitismus und die soziale Integration von jüdischen Menschen in allen Gesellschaftsschichten nicht gegenseitig ausschließen, wie es bei anderen Diskriminierungsformen der Fall ist. Die Lehrkräfte müssen solche Unterschiede mit großer Sorgfalt angehen, um die Stereotype nicht durch den Versuch des Vergleichs zu verschärfen. Siehe *Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen*, a. a. O., Fußnote 32, S. 5.

3.4. Durch Integration einer Genderperspektive Voreingenommenheit offenlegen

Eine Genderperspektive in die Bildungsarbeit zu integrieren, ist unabdingbar. Auf diese Weise beginnen die Lernenden, den dynamischen Charakter des Konzepts der Identität im Allgemeinen zu verstehen. Darüber hinaus kann dieser Ansatz aber auch hilfreich sein, weil er Lehrkräften bewährte Pädagogikansätze aufzeigt, die sich auf den Abbau anderer Formen von Vorurteilen und Diskriminierung übertragen lassen. Sowohl für politische Entscheidungsträger/-innen als auch für Lehrkräfte ist es wichtig, die Bedeutung von Überlagerungen, Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Geschlecht, ethnischer Herkunft und anderer Achsen der Ungleichheit oder Voreingenommenheit (einschließlich Antisemitismus) zu bedenken.

Beispiel aus der Praxis: European Association for Gender Research, Education and Documentation

Die European Association for Gender Research, Education and Documentation (ATGENDER) ist eine breit ausgerichtete Vereinigung aus Forscher/-innen, Aktivist/-innen und Institutionen aus den Bereichen Frauen- und Geschlechterforschung, Frauenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität. Sie bietet Lehrkräften eine große Palette an kostenfrei aus dem Internet herunterladbaren Ressourcen sowie Lehr- und Lernmaterialien an. Dazu gehört auch die Buchreihe „Teaching with Gender“, die viele unterschiedliche Lehrmethoden erläutert. Zu den Titeln zählen unter anderem *Teaching “Race” with a Gendered Edge*, *Teaching Against Violence* und *Teaching Intersectionality*.

Zu den vielen Zielen der Vereinigung gehören: Formen der Ungleichheit, Aberkennung und Ausgrenzung in Vergangenheit und Gegenwart, sowohl in Europa als auch darüber hinaus, zu erkennen und zu bekämpfen; zu lernen, ähnlich gelagerte Kämpfe zu erkennen, aufzunehmen und sich zu solidarisieren; und Räume für komplexe Diskussionen und kritische Analysen zu schaffen.

Nähere Informationen unter: <https://atgender.eu/category/publications/volumes/>

3.5. Komplementarität mit Global Citizenship Education stärken

Bildungspolitische Strategien sollten Maßnahmen gegen Antisemitismus fördern, die in vollem Umfang und nahtlos in alle anderen, bereits bestehenden Maßnahmen eingebunden sind, um so zu gewährleisten, dass alle Lernenden von einer sicheren Lernumgebung (sprich: einer Lernumgebung, die ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden schützt und ihrem Lernfortschritt zuträglich ist) profitieren. Ebenso sollte die Antisemitismusprävention Teil bildungspolitischer Ansätze sein, um sicherzustellen, dass die entsprechenden Bildungsinhalte sowie Lehr- und Lernansätze die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten, Kompetenzen und Verhaltensformen vermitteln, um demokratische Kulturen, Frieden und Global Citizenship zu fördern und Gewalt ganz allgemein zu verhindern.

Aus diesem Grund sind Bildungsansätze zum Thema Antisemitismus eng mit einer Reihe anderer pädagogischer Tätigkeitsfelder verwoben. Dazu gehören:

Demokratiebildung (Education for democratic citizenship), die demokratische Rechte und Pflichten vermittelt, Achtung der Vielfalt lehrt und die Rechtsstaatlichkeit fördert.

Bildungsarbeit über den Holocaust und das Thema Völkermord, die Wissen zu Fällen von Völkermord sowie zu deren Geschichte, ursächlichen Zusammenhängen, Fragen der Anstiftung, Charakter, Erscheinungsformen und Auswirkungen vermittelt.

Bildung zur Prävention von gewalttätigem Extremismus, die die Grundbedingungen dafür schafft, dass Lernende Resilienz gegen gewalttätigen Extremismus aufbauen können, und die den Einsatz der Lernenden für Gewaltlosigkeit und Frieden stärkt.⁵⁶

Allgemein gesagt können Lehrkräfte und politische Entscheidungsträger/-innen die Bildungsarbeit zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus als komplementäres Element und/oder als Komponente der GCED ansehen: als einen Bildungsansatz, der bei den Lernenden ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer größeren Gemeinschaft und der Menschheit als Ganzes fördert.⁵⁷

⁵⁶ *Preventing violent extremism through education: A guide for policy-makers*, a. a. O., Fußnote 48, S. 22.

⁵⁷ Mit dem GCED-Ansatz strebt die UNESCO an, den Lernenden die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten, Werte und Einstellungen zu vermitteln, um eine Welt mit mehr Gerechtigkeit, Frieden, Toleranz, Inklusion, Sicherheit und Nachhaltigkeit zu schaffen. Dieser Ansatz beinhaltet auch eine Friedenspädagogik, die auf die Etablierung einer Kultur des Friedens abzielt. Bei dieser geht es nicht nur um die Ablehnung von Gewalt zugunsten einer gewaltfreien Konfliktlösung, sondern auch um eine Verpflichtung zu Grundsätzen wie Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte – sprich: eine Verpflichtung zu den Wegbereitern von langanhaltendem Frieden.

Konzeptionelle Dimensionen der Global Citizenship Education⁵⁸

Das Ziel der Global Citizenship Education besteht darin, die Lernenden zu befähigen, sich sowohl lokal als auch global zu engagieren und eine aktive Rolle einzunehmen, um weltweit auftretende Herausforderungen angehen und lösen zu können und auf diese Weise proaktiv zu einer Welt mit mehr Gerechtigkeit, Frieden, Toleranz, Inklusion, Sicherheit und Nachhaltigkeit beizutragen. Die Global Citizenship Education hat drei konzeptionelle Dimensionen:

„eine kognitive Dimension: In dieser geht es darum, Wissen, Verständnis und kritisches Denkvermögen auf- und auszubauen, um sowohl globale Themen und Probleme als auch die Verwobenheit und gegenseitige Abhängigkeit von Ländern und unterschiedlichen Bevölkerungen analysieren und einordnen zu können.

eine sozio-emotionale Dimension: In dieser geht es darum, ein Gefühl der Zugehörigkeit zur globalen Menschheit (common humanity) sowie gemeinsame Werte und Verantwortlichkeiten zu entwickeln, anderen Empathie, Solidarität und Respekt entgegenzubringen sowie Unterschiedlichkeit und Diversität zu achten.

eine verhaltensbezogene Dimension: In dieser geht es darum, in lokalen, nationalen und globalen Kontexten durch verantwortungsvolles Handeln zu einer friedlicheren und nachhaltigeren Welt beizutragen.“

Als übergeordnetes Ziel wird angestrebt, dass die Bildungsarbeit über Antisemitismus zu den folgenden – mit den konzeptionellen Dimensionen der GCED übereinstimmenden – Ergebnissen führt:

Wissenszuwachs durch kognitives Lernen: Die Lernenden verstehen Ursprünge, Entstehungszusammenhänge, Charakter, Entwicklung und Ausmaß des Antisemitismus, einschließlich der damit zusammenhängenden Stereotype, Verschwörungstheorien sowie der in Geschichte, Sprache, Medien, Gesellschaft und Kultur verwurzelten Vorurteile.

Gesteigerte sozio-emotionale Intelligenz: Die Lernenden schätzen die Perspektiven anderer und bauen ihre eigene Identität auf Grundlage positiver Elemente auf, anstatt sich selbst und andere über negative, antisemitische Stereotype zu definieren.

Verbessertes Verhalten: Die Lernenden behandeln alle Personen gleich und als Individuen und tragen auf diese Weise zu mehr Toleranz und einer Wertschätzung der Vielfalt im Unterrichtsraum und der Gemeinschaft bei.

⁵⁸ Siehe *Global Citizenship Education, Topics and Learning Objectives*, a. a. O., Fußnote 53, S. 15.

Lernziele für die Global Citizen Education und die Bildungsarbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus

Lernbereich	Global Citizenship Education	Bildungsarbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus	Beispiele für Unterrichtsaktivitäten
Kognitiv	Die Lernenden benutzen ihr kritisches Denkvermögen, um ein tiefgreifendes Verständnis von regionalen, nationalen und lokalen Themen sowie von der Vernetzung und Abhängigkeit verschiedener Länder und Bevölkerungen aufzubauen.	Die Lernenden verstehen die Entstehungszusammenhänge und die Entwicklung des Antisemitismus und seiner Erscheinungsformen, sowohl im Kontext ihrer eigenen als auch in dem anderer Gesellschaften über verschiedene Zeiträume hinweg. Die Lernenden benutzen ihr kritisches Denkvermögen ebenfalls, um im Rahmen von Selbstreflexionsprozessen ihre eigenen Erwartungen und Annahmen in Bezug auf das Verhalten anderer Menschen zu evaluieren und zu hinterfragen.	Die Lernenden diskutieren den Einfluss verschiedener Faktoren auf das menschliche Verhalten und auf unterschiedliche Ereignisse, sowohl in historischen Kontexten als auch in der Gegenwart. Diese Aktivität bietet sich zum Beispiel im Rahmen der Behandlung eines aktuellen antisemitischen Vorfalls (im eigenen oder in einem Nachbarland) an. Dabei arbeiten die Lernenden in Zweiertteams oder Kleingruppen die verschiedenen Perspektiven der am Vorfall beteiligten Personen heraus und diskutieren anschließend das Thema unterschiedlicher Entscheidungsmöglichkeiten sowie die Frage, welche Faktoren das menschliche Verhalten während derartiger Vorfälle beeinflussen könnten.
Sozio-emotional	Die Lernenden erfahren ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Menschheit als Ganzes, entwickeln Einfühlungsvermögen und Respekt für die Unterschiede und Gemeinsamkeiten, die zwischen Ländern und Gesellschaften bestehen.	Die Lernenden empfinden Empathie für Personen, die ausgeschlossen waren oder immer noch sind und unter Menschenrechtsverletzungen litten oder immer noch leiden (z.B.: in Zeiten mit besonders starkem Antisemitismus). Zudem identifizieren sie sich emotional mit der Verteidigung der Menschenrechte und dem Kampf gegen Diskriminierung.	Die Lernenden diskutieren die Auswirkungen des Antisemitismus auf Einzelpersonen in ihren eigenen und anderen Gesellschaften. Dafür bietet es sich zum Beispiel an, die unterschiedlichen Erfahrungen und Reaktionen von Männern und Frauen auf Antisemitismus miteinander zu vergleichen oder die eigenen Reaktionen auf aktuelle Formen des Antisemitismus zu reflektieren. In diesem Zusammenhang können die Berichte von Betroffenen oder Medienberichte studieren, in Kontakt mit jüdischen Organisationen und Gemeinschaften treten, thematisch relevante Literatur lesen, Musik hören oder Kunstwerke ansehen oder sogar selbst kreativ tätig werden etc.

Lernbereich	Global Citizenship Education	Bildungsarbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus	Beispiele für Unterrichtsaktivitäten
Verhaltensbezogen	Auf lokaler, nationaler und globaler Ebene handeln die Lernenden verantwortungsvoll und effektiv, um eine Umgebung zu schaffen, in der die Menschenrechte geachtet werden.	Die Lernenden beobachten das Auftreten von Antisemitismus und anderen Formen von Vorurteilen und Diskriminierung, analysieren die Anstrengungen anderer zur Bekämpfung dieser Probleme, reflektieren gleichzeitig ihre eigenen Werte und Handlungen und engagieren sich aktiv, um ihre Peer Group und/oder Gemeinschaft zu beeinflussen.	Die Lernenden beschäftigen sich mit den Handlungen historischer Figuren, die sich gegen Antisemitismus ausgesprochen und engagiert haben (Émile Zola oder Papst Johannes Paul II.). Sie notieren Fälle von Antisemitismus, die ihnen im Alltagsleben in ihrer Umgebung und/oder online begegnen. Sie können darauf öffentlich und privat mit Ablehnung reagieren; lernen, wie man derartige Vorfälle mittels der dafür vorgesehenen Mechanismen meldet; lernen wie man gegen Antisemitismus im Internet vorgeht und andere Menschen mobilisiert, dasselbe zu tun und sich solidarisch mit den Opfern zu zeigen.

4.

**LERNENDE ÜBER
ANTISEMITISMUS
AUFKLÄREN**

4.1. Wichtige Themen und Herausforderungen

4.1.1. Über antisemitische Stereotype aufklären

Eine Frage der Pädagogik

Um zu verhindern, dass Lernende antisemitische Stereotype entwickeln und um auftretende Stereotype zu erkennen und abzubauen, sollten Lehrkräfte bestimmte pädagogische Methoden anwenden.

Eine mögliche Methode zur Aufklärung über Stereotype⁵⁹

Die Geschichte von Stereotypen erkunden. Lehrkräfte können Diskussionen über Stereotype anstoßen, in denen sich die Lernenden über Stereotype austauschen können, die sie selbst gehört oder gesehen haben. Wenn die Gruppe ein Stereotyp erkannt hat, bietet sich der Lehrkraft die Gelegenheit, die Lernenden anzuleiten, um Geschichte und Herkunft des Stereotyps zu erkunden. Die Lehrkraft sollte die Lernenden dazu befähigen, zu verstehen, wie sich das Stereotyp herausgebildet hat und welche falschen Annahmen oder historischen Zusammenhänge ihm ursprünglich zugrunde lagen. Dieser Prozess, durch den die Lernenden den Ursprung und die Entwicklung eines Stereotyps ermitteln, führt meist dazu, dass das Stereotyp zerstreut und ihm seine Wirkmacht genommen wird, sodass die Lernenden und sonstige Mitglieder der Gemeinschaft nicht länger darauf zurückgreifen, um anderen Schaden zuzufügen.

Die Rolle von Machtdynamiken in Stereotypen erkunden. Menschen sind darauf programmiert, andere in Gruppen einzuteilen. Mitunter kann das zu einem stark vereinfachten Bild der betreffenden Gruppe führen. Wenn dieses limitierte Bild verbreitet wird und die Gruppe zu definieren beginnt, verwandelt es sich zu einem Stereotyp und kann zu Vorurteilen über die Gruppe führen. Durch seine Verbreitung kann das Stereotyp stärker werden und sowohl die Macht der anvisierten Gruppe reduzieren, als auch die Macht der das Stereotyp verbreitenden Gruppe steigern. Um diese Problematik hervorzuheben und zu bearbeiten, können Lehrkräfte ihre Lernenden bei der Erforschung verschiedener Fragen anleiten: Wie entwickeln sich Stereotype im Laufe der Zeit? Welche Rolle spielen Machtdynamiken in diesem Kontext? Inwiefern und wie wirkt sich das auf Einzelpersonen und deren Wahrnehmung ihrer Menschenrechte aus?

⁵⁹ Dieser Abschnitt wurde zu großen Teilen übernommen aus: Jonathan Gold, „Teaching About Stereotypes 2.0“, Teaching Tolerance Website, 11. Januar 2016, <<https://www.tolerance.org/magazine/teaching-about-stereotypes-20>>.

Gemeinsam Verantwortung für die Zurückweisung von Stereotypen übernehmen. Die Lernenden sollten seitens der Lehrkräfte ermutigt werden, ihre geteilte Verantwortung beim Erkennen und Dekonstruieren von Stereotypen anzunehmen. Durch das Erkennen, Untersuchen und Zerstreuen eines verletzenden Stereotyps in ihrer Lernumgebung können Lernende auch ihre eigene Voreingenommenheit entdecken. Unter Umständen wussten sie nichts von der Existenz dieser Voreingenommenheit in ihnen selbst bzw. in ihrer Gesellschaft und waren sich auch nicht über die möglicherweise negativen Auswirkungen dieser Voreingenommenheit auf jüdische Menschen in ihrem Umfeld im Klaren, zum Beispiel auf jüdische Mitschüler/-innen. Wenn Lernende gemeinsam Verantwortung übernehmen, schafft das eine unterstützende Atmosphäre im Klassenzimmer und motiviert zur Gruppenarbeit, insbesondere zwischen Lernenden, bei denen möglicherweise zuvor Vorurteile gegen die jeweils andere Seite bestanden haben könnten.

Zu den bewährten Methoden zur Aufklärung von Schüler/-innen über antisemitische Stereotype zählen: das Erkunden der Geschichte von Stereotypen, das Erkunden der Rolle von Machtdynamiken im Kontext von Stereotypen und das Anerkennen einer gemeinsamen Verantwortung hinsichtlich der Identifizierung und Zurückweisung von Stereotypen. Lehrkräfte können zur Auseinandersetzung mit diesen und anderen Themen rund um die Problematik Stereotype mit kreativen Übungen arbeiten. Dabei sollte der Unterricht zu antisemitischen Stereotypen stets bestimmte pädagogische Grundsätze befolgen.

Stereotype und Vorurteile definieren

Ein Stereotyp ist ein stark vereinfachtes Bild einer bestimmten Personengruppe. Vorurteile sind auf Stereotypen basierende Gefühle bezüglich einer Personengruppe oder einem Individuum innerhalb einer Gruppe.

Viele Menschen lachen über Stereotype oder verharmlosen sie. Tatsache ist jedoch, dass Stereotype Vorurteile fördern und eine Gefahr für die Lernumgebung darstellen. So spricht Claude M. Steele von einer Bedrohung durch Stereotype (stereotype threat) und meint damit „sich in einer Situation befinden oder eine Handlung vornehmen, zu der es ein negatives Stereotyp gibt, das sich auf (eine) Identität bezieht.“⁶⁰ Sind Lernende mit einer Bedrohung durch Stereotype konfrontiert, verstärkt die durch die negative Annahme generierte Angst die kognitive Belastung. Es ist äußerst wichtig, dass Lehrkräfte Stereotype in ihrer Unterrichtsumgebung erkennen und zurückweisen und das übergeordnete Ziel verfolgen, diese abzubauen.

60 C. M. Steele, Steven J. Spencer und Joshua Aronson, „Contending with Group Image: The Psychology of Stereotype and Social Identity Threat“, in Mark. P. Zanna (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology* Vol. 34 (Amsterdam: Academic Press, 2002), S. 379–440.

Beispiele für Übungen zum Hinterfragen und Vermeiden antisemitischer Stereotype

Die für die Lehrplanerstellung zuständigen Instanzen können kreative Übungen und Inhalte in die Lehrpläne aufnehmen, die antisemitische Stereotype hinterfragen und die Lernenden an der Entwicklung selbiger hindern. Hier einige Beispiele:

Übungsart	Beispiele für mögliche Übungen, die Lehrkräfte einsetzen können
Persönliche Erfahrungsberichte nutzen	<p>Persönliche Erfahrungsberichte teilen unter Hervorhebung:</p> <ul style="list-style-type: none">• der Vielfalt jüdischer Lebenswelten, um auf diese Weise zu zeigen, dass Jüdinnen und Juden, wie andere Menschen auch, eine Vielzahl unterschiedlicher religiöser Überzeugungen haben und unterschiedliche Praktiken pflegen, oder auch gar keine;• der Gemeinsamkeiten (z.B. kultureller, sozioökonomischer, geografischer, sprachlicher oder anderer Art) zwischen Jüdinnen und Juden und anderen Menschen;• jüdischer und anderer Menschen mit unterschiedlichem religiösen/kulturellen Hintergrund, die einen positiven Einfluss auf lokale, nationale und/oder internationale Zusammenhänge ausgeübt haben.
In den Geschichtsunterricht integrieren	<ul style="list-style-type: none">• Jüdische Geschichte in der Schule mit einem multiperspektivischen Ansatz und damit als Teil der lokalen, nationalen oder internationalen Geschichte vermitteln, einschließlich der Geschichte des Staates Israel und der israelisch-palästinensischen Situation.⁶¹• Individualisierung der Geschichte durch die Aufbereitung der persönlichen Lebensgeschichten jüdischer Menschen (sowohl einfacher Leute als auch bekannter Persönlichkeiten, die wichtige Beiträge in den Bereichen Wissenschaft, Kunst, Philosophie, usw. geleistet haben).• Thematisierung der Frage, welchen Einfluss verschiedene gesellschaftlich akzeptierte Stereotype auf die Ausübung der Rechte von Männern, Frauen und bestimmten Gruppen (Jüdinnen und Juden inbegriffen) in verschiedenen historischen Epochen hatten und heute noch haben.• Wissensvermittlung zum Thema Antisemitismus vor und nach dem Holocaust sowie in der Gegenwart. Das ist jedoch kein Ersatz für spezielle Unterrichtseinheiten zum Holocaust.

⁶¹ Die Yale Library Near Eastern Collection bietet eine umfassende Bibliografie mit Publikationen zu Hintergrundinformationen, abrufbar unter <<https://www.library.yale.edu/neareast/politics1.html>>.

Übungsart	Beispiele für mögliche Übungen, die Lehrkräfte einsetzen können
Verschwörungstheorien durch Beispiele entlarven	<ul style="list-style-type: none"> • Die Lernenden erforschen in Kleingruppen die Herkunft eines Stereotyps und/oder einer Verschwörungstheorie.⁶² • Bei ihren Nachforschungen listen die Lernenden Beispiele für negative Auswirkungen von Verschwörungstheorien auf. Die Lernenden bilden Lernpartnerschaften. • Durch das gemeinsame Erlernen und Verarbeiten von Informationen wird gefördert, gemeinschaftliche Verantwortung zu übernehmen.⁶³ • Die Lernenden werden ermutigt, zu untersuchen wie sich Narrative im Lauf der Zeit verändern und ein wahres Detail, wenn es aus dem Kontext gerissen wird, in ein simplifiziertes Stereotyp verwandeln können.
Die unterschiedlichen Identitäten der Lernenden thematisieren	<ul style="list-style-type: none"> • Die Lernenden erstellen Selbstporträts (mit Texten, Zeichnungen, Gedichten etc.), um über ihre unterschiedlichen Identitäten zu reflektieren. • Die Lernenden stellen ihre Selbstporträts vor und erhalten die Aufgabe, über die Vielfalt innerhalb der Klasse zu sprechen (z. B. Ethnie, Hautfarbe, Sprache, Nationalität, Herkunft, Religion, Kultur, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hobbys, Interessen, Ideale und Eigenarten). • Die Lernenden werden aufgefordert, Aspekte ihrer Selbstporträts zu identifizieren, die als Ansatzpunkte für Stereotype dienen könnten. Dabei konzentrieren sie sich darauf, wer sie sind und welche Faktoren ihre Identitätsbildung beeinflussen (ihre persönlichen Entscheidungen und äußere Einflüsse eingeschlossen). • Die Lernenden vergleichen die Selbstwahrnehmung bestimmter Merkmale mit der Wahrnehmung selbiger durch andere, um aufzuzeigen, wie soziale Narrative geschaffen werden.

Pädagogische Grundsätze für die Aufklärung über antisemitische Stereotype

Die folgenden Grundsätze geben Lehrkräften pädagogische Werkzeuge an die Hand, um Antisemitismus im Klassenraum oder in anderen Lernsituationen zu thematisieren.⁶⁴

62 Höchstwahrscheinlich werden die Lernenden realisieren, dass keine ausreichenden Belege für die Aufrechterhaltung der untersuchten Stereotype oder Verschwörungstheorien existieren und diese somit selbst als falsch entlarven können.

63 Theoretisch werden die Lernenden diese aktiv-investigativen Kompetenzen fortan anwenden, wenn sie sich mit Verschwörungstheorien konfrontiert sehen. Auf diese Weise wird die Entwicklung stereotyper Denkweisen oder Vorurteile, die sie zu extremistischen Sichtweisen verleiten könnten, vermieden.

64 Diese Empfehlungen wurden übernommen aus *Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen*, a. a. O., Fußnote 32.

Das Programm der Lerngruppe anpassen: Am Anfang des Schuljahres sollten die Lehrkräfte Antworten zu folgenden Fragen finden, um ihren Unterricht über Antisemitismus auf die Lernenden in der jeweiligen Klasse anpassen zu können:

- Wer sind die Lernenden? Welche Hintergründe haben sie?
- Gab es in letzter Zeit antisemitische Vorfälle oder andere Fälle von Intoleranz in der Umgebung?
- Verfügen die Lernenden über Vorerfahrungen mit Antisemitismus und/oder der jüdischen Gemeinschaft?
- Haben sie Erfahrung mit anderen Formen von Intoleranz?
- Welche Vorurteile existieren möglicherweise in der Klasse auf der kollektiven und/oder individuellen Ebene?
- Welche Geschichte hat der jeweilige Ort, vor allem im Hinblick auf das lokale jüdische Leben?

Ein Lernklima für respektvollen Austausch und offenen Dialog schaffen: Die Lehrkräfte müssen dafür sorgen, dass ihr Unterricht den Lernenden einen Raum bietet, in dem sensible Themen wie Stereotype und Vorurteile diskutiert werden können. Die Lehrkräfte sollten eine Reihe grundsätzlicher Regeln aufstellen, damit die Lernenden ihre Standpunkte und Erfahrungen mitteilen können, ohne Angst haben zu müssen, gedemütigt oder lächerlich gemacht zu werden. Die Lehrkräfte sollten auf dem Prinzip des gegenseitigen Respekts bestehen, um ein sicheres und vertrauensbildendes Umfeld für alle Teilnehmenden zu kreieren.⁶⁵ Eine sichere Lernumgebung kann beispielsweise geschaffen werden, indem die Lernenden gemeinschaftlich Umgangs- und Kommunikationsregeln für die Klasse festlegen, mit denen sie sich zu gegenseitigem Respekt verpflichten. Durch die gemeinsame Arbeit an diesen Regeln schaffen sie ein Umfeld, in dem alle Stimmen Gehör finden, die Entwicklung von Führungsqualitäten gefördert wird und Menschenrechte respektiert werden.

Erst Muster von Stereotypisierung besprechen, dann konkrete Stereotype diskutieren: Lehrkräfte sollten durch Diskussionen über allgemeine Muster von Stereotypisierung an das Thema heranzuführen, um den Lernenden anschließend spezifische Stereotype wie Antisemitismus bewusst zu machen. Dazu können sie Beispiele verschiedener Arten von Stereotypen und in diesem Kontext relevanten Mustern anführen, um den Lernenden so die negativen Auswirkungen von Stereotypisierungen und die durch stereotypisches Denken ermöglichte (und oft verführerisch) vereinfachende Herangehensweise an komplexe Themen zu verdeutlichen.

Stereotype Bilder mit Vorsicht verwenden: Lehrkräfte sollten antisemitische Darstellungen und Abbildungen nur mit großer Vorsicht verwenden. Sie müssen sich bewusst machen, dass das Gehirn Bilder anders verarbeitet als Worte und dass Bilder sich schnell in den Köpfen der Lernenden festsetzen können, insbesondere wenn diese zuvor nicht mit derartigen Bildern vertraut waren. Bei der Verwendung von derartigem

⁶⁵ Für praktische Empfehlungen zur Leitung von Diskussionen im Klassenraum siehe *Lehrerhandbuch zur Prävention von gewalttätigem Extremismus* (Paris: UNESCO, 2016), <<http://unesdoc.unesco.org/imag-es/0026/002602/260267ger.pdf>>.

Bildmaterial sollten Lehrkräfte eine sorgfältige Auswahl treffen und darüber hinaus die in diesem Kontext empfohlenen Methoden befolgen, zum Beispiel die des Projekts *Teaching Tolerance*⁶⁶. Nur so lässt sich den Lernenden vermitteln, wie Bilder die Realität verzerren können.

Wenn Lehrkräfte sich für die Verwendung stereotyper Bilder entscheiden, sollten sie die Lernenden anleiten, die Geschichte des Stereotyps zu erforschen und es durch den Lernprozess als falsch zu entlarven.

Eine Atmosphäre für gemeinschaftliches Lernen schaffen: Lehrkräfte können die Bearbeitung dieser schwierigen Themen unterstützen, indem sie ein Lernumfeld schaffen, das es den Lernenden ermöglicht, komplexe Fragen in Kleingruppen zu bearbeiten. Eine derartige Lernumgebung ermöglicht den Schüler/-innen eine aktive Teilhabe an ihrem eigenen Lernprozess und schafft eine Atmosphäre, in der die Menschenrechte aller geachtet werden.

Beispiel aus der Praxis: Vereinigtes Königreich

Das Centre for Holocaust Education der University College London hat ein Lehrprogramm namens „Unlocking antisemitism“ entwickelt, mit dem Lehrkräfte antisemitische Stereotype im Klassenzimmer thematisieren und diesen entgegenwirken können. Das Programm baut auf dem Film „Roots of anti-Semitism“ auf, gibt den Lernenden die Möglichkeit, über die historische Entwicklung antisemitischer Stereotype zu lernen und ermutigt sie, Vorurteile im Allgemeinen und insbesondere den Antisemitismus kritisch zu hinterfragen. Das Centre for Holocaust Education bietet diesbezüglich Fortbildungen für Lehrkräfte an und stellt das Lehrmaterial kostenfrei online zur Verfügung.

Nähere Informationen unter: <https://www.holocausteducation.org.uk/lessons/open-access/unlocking-antisemitism/>

4.1.2. Über den Holocaust aufklären

Ein besonderes historisches Thema

Unterricht über den Holocaust – d.h. die Lehre und das Lernen über den Genozid am jüdischen Volk und die Verfolgung und Ermordung Angehöriger anderer Gruppen durch Nazideutschland, dessen Verbündete und Kollaborateure – ist ein fester Bestandteil der Schullehrpläne vieler Länder.⁶⁷ So begrüßenswert und wichtig diese Entwicklung auch ist, sie stellt keinen geeigneten Ersatz für Bildungsarbeit über Antisemitismus dar. Wird das Thema Antisemitismus nur im Rahmen der Wissensvermittlung über den Holocaust bearbeitet, könnten die Lernenden daraus ableiten, dass Antisemitismus in der

66 *Teaching Tolerance* ist ein Projekt des Southern Poverty Law Center in den Vereinigten Staaten von Amerika. Es wurde 1991 gegründet, um gegen den zunehmenden Hass vorzugehen. Siehe <<https://www.tolerance.org/professional-development>>.

67 Das BDIMR untersucht und dokumentiert regelmäßig die im OSZE-Raum im Rahmen des Holocaust-Gedenkens angewendeten Praktiken und Methoden. Siehe „Holocaust Memorial Days: An overview of remembrance and education in the OSCE region“, BDIMR, 27. Januar 2015, <<http://www.osce.org/hmd2015>>. Siehe ebenfalls Eckhardt Fuchs, Torben Messinger und Peter Carrier, *The International Status of Education about the Holocaust. A Global Mapping of Textbooks and Curricula. Summary* (Paris: UNESCO, 2015).

Gegenwart kein Problem mehr darstellt und/oder seine aktuellen Erscheinungsformen missverstehen bzw. übersehen.

Vor diesem Hintergrund ist es angebracht und notwendig, Lehrinhalte zum Thema Antisemitismus in die Wissensvermittlung über den Holocaust zu integrieren, denn er stellt einen grundlegenden Baustein für das Verständnis des Kontextes dar, in dem es zu Diskriminierung, Ausgrenzung und letztendlich zur Ermordung der europäischen Juden kommen konnte. In ähnlicher Weise sollte auch der Unterricht zum Thema Antisemitismus auf den Holocaust eingehen und seine Bedeutung als schlimmster Moment in der Geschichte des Antisemitismus beleuchten, der für die staatlich organisierte Verfolgung und Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden durch Nazideutschland sowie dessen Verbündete und Kollaborateure steht.

Beispiel aus der Praxis: Vereinigte Staaten von Amerika

Das United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) ist weltweit führend bei der Vermittlung eines Bewusstseins für die Bedeutung des Holocaust und dessen Relevanz in der Gegenwart und macht einem breiten Publikum verständlich, warum der Holocaust stattfand und warum zugelassen wurde, dass er stattfand. Die Besucher/-innen des Museums lernen die Geschichte des Holocaust und der damit in Zusammenhang stehenden Verbrechen aus der Perspektive der Opfer und der vielen Täter/-innen und Kompliz/-innen dieser Verbrechen des Zweiten Weltkriegs kennen. Das Museum erreicht viele unterschiedliche Publikumsgruppen (u. a. Lehrer/-innen, Regierungsbeamte/-innen, militärisches Führungspersonal, Wissenschaftler/-innen und Jugendliche) und vermittelt diesen die mannigfaltigen Lektionen des Holocaust. Durch die Art der Wissensvermittlung werden die Besucher/-innen in die Lage versetzt, wichtige Fragen zu reflektieren: Wie trugen Antisemitismus und andere Formen des Hasses zur Entstehung des Holocaust bei? Wie ermöglicht das Zusammentreffen verschiedener Bedingungen Massengewalt und Genozid? Was können Einzelpersonen und Entscheidungsträger/-innen in der heutigen Gesellschaft tun, um ähnliche Katastrophen zu verhindern?

Nähere Informationen unter: <https://www.ushmm.org/>

Bildungsarbeit über den Holocaust sensibilisiert Lernende für die Gefahren von Stereotypen und Vorurteilen und führt ihnen die möglichen Konsequenzen des Antisemitismus vor Augen. Zudem thematisiert sie schwierige moralische Fragen und die Folgen von Entscheidungen, mit denen sich Menschen in Kriegssituationen und/oder im Angesicht von Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert sehen. Durch die Wissensvermittlung zu diesem geschichtlichen Thema können sich Lernende dazu ermutigt fühlen, in Situationen, in denen Jüdinnen und Juden und/oder andere Menschen diskriminiert werden, die Stimme zu erheben und die Gleichgültigkeit zu überwinden. In diesem Zusammenhang können Lehrkräfte die Jugendlichen in ihrer Klasse auffordern, Fälle von antisemitischer Propaganda aus der Vergangenheit und der Gegenwart zu untersuchen, um auf diese Weise eine Brücke zwischen dem Gestern und dem Heute zu schlagen. Dabei gilt es jedoch, zu beachten, dass die Wissensvermittlung zum Holocaust keine Prävention für den Antisemitismus in der Gegenwart darstellt, da dieser im Vergleich mit der Geschichte mittlerweile auf anderen ideologischen Annahmen basiert und in anderen Kontexten auftaucht.

Bildungsarbeit über den Holocaust stärkt die Achtung der Menschenrechte

Der Bildungsarbeit über den Holocaust kommt eine große Bedeutung im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Förderung und Aufrechterhaltung der Menschenrechte im Allgemeinen zu. Das Lehren und Lernen über den Holocaust kann zum Beispiel:

- ☞ die Fragilität von Gesellschaften im Allgemeinen und von Institutionen, die die Sicherheit und Rechte aller Menschen gewährleisten sollen, veranschaulichen und darüber hinaus aufzeigen wie derartige Institutionen gegen einen bestimmten Bevölkerungsteil eingesetzt werden können;
- ☞ Aspekte des menschlichen Verhaltens beleuchten, die alle Gesellschaften betreffen, zum Beispiel Anfälligkeit für das „Sündenbock-Denken“ oder die Rolle von Angst, Gruppendruck, Gier und Missgunst im Kontext von sozialen und politischen Beziehungen;
- ☞ die Gefahren von Vorurteilen, Diskriminierung und Entmenschlichung aufzeigen;
- ☞ zum intensiveren Nachdenken über die Macht von extremistischen Ideologien, Propaganda und Hassrede anregen; und
- ☞ vermehrte Aufmerksamkeit auf internationale Institutionen und Normen lenken, die als Reaktion auf die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs gegründet wurden.⁶⁸

Prävention von Holocaustleugnung und sekundärem Antisemitismus

Holocaustleugner/-innen verbreiten ihre Propaganda weltweit. Deshalb müssen alle Lehrkräfte dieses Problem im Rahmen ihres Unterrichts angehen. Eine effektive Bildungsarbeit über den Holocaust sollte die Lernenden in die Lage versetzen, Botschaften und Inhalte, die historische Tatsachen leugnen oder verzerren, klar zu identifizieren und zurückzuweisen. Darüber hinaus sollten Lehrkräfte auch die möglichen Motivationen von Menschen erläutern, die Holocaustleugnung als Propagandamittel einsetzen. Das ist von zentraler Bedeutung, weil Holocaustleugner/-innen Unwahrheiten und Falschinformationen verbreiten, die uninformierten Leser/-innen sinnvoll erscheinen mögen. Zudem ist es wichtig, dass sich Lehrkräfte und Lernende gleichermaßen die notwendigen Kompetenzen aneignen, um auf Fälle von Holocaustleugnung mit prägnanten Antworten reagieren zu können und die entsprechenden Aussagen so zu entkräften.

Sekundärer Antisemitismus wird im Allgemeinen als Reaktion auf Schuldgefühle angesehen, die den positiven Bezug einer Person zu ihrer Nation in Frage stellen. Untersuchungen haben ergeben, dass es sich in vielen Situationen als kontraproduktiv erweisen kann, das Leiden der Opfer zu betonen, um auf diese Weise beim Gegenüber eine mitfühlende Reaktion zu erwirken und Vorurteile abzubauen.⁶⁹ Eine Möglichkeit für Lehrkräfte, das Risiko des sekundären Antisemitismus zu reduzieren, besteht darin, bei der Wissensvermittlung über den Holocaust auf eine anklagende Haltung zu verzichten und die Lernenden in die Lage zu versetzen, aktiv aktuelle Formen des Antisemitismus anzugehen.

68 Detaillierte Lernziele der Bildungsarbeit über den Holocaust finden sich in der Publikation *Education about the Holocaust and preventing genocide: A policy guide* (Paris: UNESCO, 2017).

69 R. Imhoff und R. Banse, „Ongoing Victim Suffering Increases Prejudice: The Case of Secondary Anti-Semitism“, *Psychological Science*, Vol. 20, No. 12, 2009, S. 1443–1447.

Beispiel aus der Praxis: Österreich

Das für Lehrkräfte und Lernende gleichermaßen konzipierte Projekt **erinnern.at** mit der thematischen Kurzbeschreibung „Nationalsozialismus und Holocaust: Gedächtnis und Gegenwart“ hat Bildungsmaterialien entwickelt, um den aktuellen Antisemitismus in Österreich anzugehen. Ein gutes Beispiel ist die Broschüre *Ein Mensch ist ein Mensch – Rassismus, Antisemitismus und sonst noch was...* Im Rahmen dieses Programms nehmen österreichische Jugendliche mit unterschiedlichen soziokulturellen Hintergründen aktiv an Workshops teil. Ihre Erfahrungen und Aussagen, u. a. auch ihre Erfahrungen mit Antisemitismus, bilden die Grundlage des Lernhefts.

Nähere Informationen unter: <http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/lernmaterial-unterricht/antisemitismus/ein-mensch-ist-ein-mensch/Ein%20Mensch%20ist%20ein%20Mensch.pdf>

4.1.3. Im Rahmen des zeitgeschichtlichen Unterrichts über Antisemitismus aufklären

Geschichtsunterricht, der sich mit politischen Situationen wie zum Beispiel der im Nahen Osten beschäftigt, kann mitunter zu schwierigen Diskussionen führen. Bisweilen sind diese Gespräche im Klassenzimmer für einige der Teilnehmenden alles andere als abstrakte Debatten. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, folgende Grundsätze zu beachten:⁷⁰

- **Gruppenbezogene Vorurteile ansprechen:** Die Lehrkraft erklärt, dass Einzelpersonen lediglich für ihre eigenen Handlungen verantwortlich sind. Wird eine Person für die vermeintlich von einer Gruppe ausgeführten Handlungen verantwortlich gemacht, nur weil sie ein Merkmal (z.B. die Religion) mit den Mitgliedern dieser Gruppe teilt, dann handelt es sich um eine Form von Vorurteil.
- **Zur Berücksichtigung unterschiedlicher Standpunkte ermutigen:** Die Lehrkraft erarbeitet Aktivitäten, mit denen die Lernenden die Möglichkeit haben, eine Vielzahl von Perspektiven auf eine bestimmte Situation oder einen Konflikt kennenzulernen. Auf diese Weise können die Lernenden ein Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten und das große Ganze einer politischen Situation erfassen, bevor sie sich ihre eigene Meinung bilden.⁷¹
- **Komplexität ergründen:** Bei der Auseinandersetzung mit verschiedenen Perspektiven und Narrativen mittels einer detaillierten Erforschung der Geschichte kann die Lehrkraft den Lernenden den Auftrag geben, verschiedene Aspekte (nicht nur politische) einer aktuellen Situation zusammenzutragen und an der Tafel aufzulisten.
- **Vorurteilsbehaftete und undemokratische Ansätze erkennen:** Die Lehrkraft kann die Lernenden dazu anleiten, in Zweierteams oder Gruppen bestimmte Social-

⁷⁰ Diese Beispiele wurden übernommen aus der Publikation *Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen, a. a. O.*, Fußnote 32.

⁷¹ Als Lehrkraft kann man sich von den positiven Beispielen für persönliche Freundschaften zwischen Menschen inspirieren lassen, die sich im israelisch-palästinensischen Konflikt gegenüberstehen. Siehe Kapitel 6 (Amal und Odelia) im *Unterrichtsmaterial zur jüdischen Geschichte und zum Antisemitismus in Europa – Teil 2: Antisemitismus – immer noch?* veröffentlicht vom BDIMR und dem Anne Frank House, <<https://www.osce.org/odihr/24568?download=true>>.

Media-Auftritte zu untersuchen und anschließend Diskussionsfragen zu selbigen zu beantworten, um die unterschiedlichen Diskurse zur Situation im Nahen Osten zu vergleichen und/oder antisemitische Stereotype (soweit vorhanden) zu identifizieren.

- **Verzerrten Darstellungen entgegenwirken:** Die Lehrkraft kann vorurteilsbehafteten oder verzerrten Bildern etwas entgegensetzen, indem sie die Lernenden dazu anleitet, Medienquellen zu analysieren und die Belege für die Korrektheit der betreffenden Inhalte sorgfältig abzuwägen. Beispiel: Die Lernenden wählen zwei Medienquellen aus und vergleichen die jeweilige Darstellung der Situation im Nahen Osten.

4.1.4. Antisemitismus durch Medien- und Informationskompetenz entgegenwirken

Die Verbreitung des Antisemitismus findet in allen Medienformaten statt und profitiert von den Sozialisierungsformen, die – den zunehmend über technologische Plattformen, Medien, soziale Netzwerke und diverse andere Lernumgebungen stattfindenden – Prozessen von Informationsaustausch und Kommunikation bereits innewohnen.⁷² Medien- und Informationskompetenz (MIK) bezeichnet die Fähigkeit, auf vernünftige und verantwortungsvolle Weise Informationen und Medieninhalte zu suchen, auf sie zuzugreifen, sie kritisch zu analysieren, sie zu benutzen und/oder zu ihnen beizutragen.⁷³ Vor diesem Hintergrund sollten die Lehrkräfte den Lernenden zur Entwicklung einer Medien- und Informationskompetenz verhelfen, mit der sie in der Lage sind, antisemitische Darstellungen, extremistische Inhalte, Verschwörungstheorien und/oder Aufrufe zur Ablehnung demokratischer Grundwerte zu erkennen und zurückzuweisen. Es ist wichtig, dass die Lernenden derartige Elemente – auch vor dem Hintergrund emotionaler und auf das Leiden anderer verweisender Bilder und Inhalte – als solche identifizieren können. Medien- und Informationskompetenz unterstützt Lernende dabei, sowohl ihre Fähigkeiten zum kritischen Denken als auch ihre Resilienz gegen einfache Erklärungen, wie sie von Verschwörungstheoretikern und extremistischer Propaganda eingesetzt werden, zu stärken.⁷⁴

Beispiel aus der Praxis: Vereinigtes Königreich

Unter dem Titel „Extreme Dialogue“ hat das Institute for Strategic Dialogue (ISD) eine Reihe von interaktiven Bildungsressourcen und Videos entwickelt, die positive Gegennarrative zu extremistischer Propaganda, wie sie im Internet und in den sozialen Medien verfügbar ist, anbieten. Die Angebote bauen auf den Erfahrungen von realen Personen auf, deren Leben in starkem Maße von extremistischer Propaganda geprägt worden ist. Ziel dieser Ressourcen ist es, das kritische Denkvermögen und die Medienkompetenz zu erweitern, um auf diesem Weg die Anfälligkeit für gewalttätige und extremistische Narrative – einschließlich von Varianten, die auf antisemitischen Stereotypen aufbauen – zu senken.

Nähere Informationen unter: <http://extremedialogue.org/about>

72 Angelehnt an Grizzle, A. in Media and Information Literacy Yearbook 2016: *Media and Information Literacy: Reinforcing Human Rights, Countering Radicalization and Extremism* (Paris: UNESCO, 2016).

73 Weitere Informationen über das UNESCO-Programm zur Medien- und Informationskompetenz finden sich unter <<https://en.unesco.org/themes/media-and-information-literacy>>.

74 *Preventing violent extremism through education: A guide for policy-makers, a. a. O.*, Fußnote 48.

Die UNESCO empfiehlt in Sachen Medien- und Informationskompetenz einen allgemeinen Ansatz in schulischen und außerschulischen Umgebungen, der die Verwirklichung der Menschenrechte, kritisches Denken und positives zivilgesellschaftliches Engagement im Kontext der Moderne unterstützt.

FÜNF GESETZE

DER MEDIEN- UND INFORMATIONSKOMPETENZ (MIK)



United Nations
Educational, Scientific and
Cultural Organization

GESETZ 3

Informationen, Wissen und Nachrichten sind nicht immer wertneutral, unabhängig und vertrauenswürdig. Jede Konzeptualisierung, Nutzung und Anwendung der Medien- und Informationskompetenz sollte diese Tatsache für alle Bürger/-innen verständlich und transparent darstellen.

GESETZ 2

Jede/r Bürger/-in produziert Informationen und Wissen und versendet Nachrichten. Die Bürger/-innen müssen befähigt werden, auf neue Informationen und neues Wissen zuzugreifen und sich selbst ausdrücken und mitteilen zu können. Die Medien- und Informationskompetenz für alle – sowohl Frauen als auch Männer – ist ein zentrales und verbindendes Element vieler Menschenrechte.



GESETZ 4

Jede/r Bürger/-in will neue Informationen, neues Wissen und neue Nachrichten erhalten und verstehen sowie kommunizieren, selbst wenn er/sie sich dessen nicht bewusst ist, es nicht zugeben oder mitteilen kann. Seine/ihre diesbezüglichen Rechte dürfen nicht gefährdet werden

GESETZ 1

Information, Kommunikation, Bibliotheken, Medien, Technologie und Internet sowie andere Formen der Informationsbereitstellung und -vermittlung werden für das kritische gesellschaftliche Engagement und die nachhaltige Entwicklung eingesetzt. Sie alle haben denselben Status und keine ist wichtiger als die anderen oder sollte je so behandelt werden.

GESETZ 5

Medien- und Informationskompetenz lässt sich nicht sofort und auf einmal erwerben. Vielmehr handelt es sich um einen gelebten Prozess und eine dynamische Erfahrung. Sie ist erst erreicht, wenn sie die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen umfasst sowie Zugriff auf und Analyse/ Bewertung, Nutzung, Produktion und Kommunikation von Informationen, Medien und Technologie abdeckt und ermöglicht.

Alton Grizzle und Jagtar Singh

Quelle: <http://www.unesco.org/new/en/communication-and-information/media-development/media-literacy/five-laws-of-mil/>. Grizzle, A. und Singh, J. in *UNESCO Media and Information Literacy Yearbook 2016 Media and Information Literacy: Reinforcing Human Rights, Countering Radicalization and Extremism*.

In diesem Bereich liefert der UNESCO *Media and Information Literacy Curriculum for Teachers* konkrete Orientierung und schlägt Aktivitäten und Instrumente vor, mit denen Lehrkräfte und Lernende gleichermaßen ihr Wissen und ihr Verständnis von Informationen, Medien und Technologie erweitern und Kompetenzen für den demokratischen Diskurs und die gesellschaftliche Teilhabe entwickeln können. Mit diesen Kenntnissen werden sie nicht nur Medientexte und Informationsquellen selbstständig evaluieren können, sondern zudem auch in der Lage sein, eigene Medieninhalte und Informationen zu erstellen.⁷⁵

Beispiel aus der Praxis: Estland

Das Modell Digitale Kompetenz, das über eine Medienkompetenz-Komponente verfügt (Media Literacy Component in Digital Competence Model), wurde als neues Modell zur Evaluierung der digitalen Kompetenz in die Schullehrpläne Estlands aufgenommen. Es beinhaltet Bausteine zu den Themen Informationsmanagement, kritisches Denken und Medienkompetenz sowie zu den Themen Kommunikation und aktive Bürgerschaft. Mit Hilfe dieses Rahmens können die Lehrkräfte Estlands einschätzen und bewerten wie es um die Kompetenzen der Lernenden in diesen Bereichen bestellt ist.

Nähere Informationen unter: www.hm.ee/sites/default/files/digipadevuse_hindamismudel.pdf

Darüber hinaus legt der UNESCO-Leitfaden *Countering Online Hate Speech* nahe, dass Lehrkräfte am Ausbau der Medien- und Informationskompetenz der Lernenden arbeiten, damit diese auf Hassrede reagieren können. Dazu soll den Lernenden vermittelt werden wie sie Hassrede analysieren und positiv darauf reagieren können.⁷⁶

Informieren	Analysieren	Handeln
<ul style="list-style-type: none"> • Ein Bewusstsein für das Thema Hassrede und dessen Folgen schaffen • Informationen übermitteln und verbreiten • Über die relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen informieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Hassrede identifizieren und bewerten • Häufige Ursachen sowie zugrunde liegende Annahmen und Vorurteile analysieren • Voreingenommenes Verhalten erkennen 	<ul style="list-style-type: none"> • Auf Hassrede reagieren • Gegen Hassrede schreiben • Dem Diskurs der Hassrede eine neue Richtung geben • Medien beobachten • Hassrede anzeigen und enthalten • Verbreitung von Hassrede eindämmen, indem sie nicht geteilt oder veröffentlicht wird

⁷⁵ *Media and Information Literacy: Curriculum for Teachers* (Paris: UNESCO, 2011), <<http://unesdoc.unesco.org/images/0019/001929/192971e.pdf>>.

⁷⁶ *Countering Online Hate Speech* (Paris: UNESCO, 2015), <<http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002332/233231e.pdf>>.

Beispiel aus der Praxis: Europarat

Das „No Hate Speech Movement“ ist eine Jugendkampagne des Europarats, die sich für Menschenrechte im Internet einsetzt. Sie soll das Maß der Akzeptanz von Hassrede reduzieren und zudem die Teilhabe von Jugendlichen und Bürger/-innen im Internet, unter anderem an Internet-Governance-Prozessen, d.h. an der Verwaltung des Internets, fördern. Die Bewegung hat Schulungsveranstaltungen für Blogger/-innen und junge Aktivist/-innen organisiert, bei denen die Teilnehmenden in einer sicheren Umgebung ihre Erfahrungen mit Online-Hassrede diskutieren und sich über bewährte Verfahren zu deren Bekämpfung austauschen können.

Nähere Informationen unter: <https://www.nohatespeechmovement.org>

Auch in Lernumgebungen lässt sich dem im Internet und in den sozialen Medien auftretenden Antisemitismus entgegenwirken. Dazu sollte die Lehrkraft die Entwicklung der Medien- und Informationskompetenz mit dem Ausbau anderer Kompetenzen, zum Beispiel der interkulturellen Kompetenz, kombinieren. In diesem Zusammenhang können Lehrende:

- ein Bewusstsein schaffen für die Existenz von Antisemitismus im Netz, für die von ihm ausgehenden Bedrohungen und Gefahren sowie für deren Übertragung in die Offline-Welt;
- vermitteln, dass auch die Lernenden im Bereich der Informations-, Medien- und Technologielandschaft handelnde Subjekte sind, ein Mitspracherecht haben und Änderungen bewirken können;
- die Schüler/-innen dazu anleiten, das Internet für positive soziale Handlungen zu nutzen und sich zum Beispiel Gruppen anzuschließen, die sich für Toleranz und Respekt gegenüber Juden und Menschen anderer Kulturen einsetzen;
- in unterschiedlichen Medien und Informationsquellen die Darstellung kultureller oder geschichtlicher Aspekte untersuchen und dabei die verwendeten bzw. nicht verwendeten Worte und Bilder sowie den soziokulturellen Kontext der Medieninhalte analysieren;
- erklären, welche Reaktionsmöglichkeiten gegen antisemitische Vorfälle im Netz existieren, welche Maßnahmen man ergreifen kann und wie die am besten geeignete Vorgehensweise (einschließlich Entkopplung und Distanz) auszuwählen ist;
- erörtern, wie Mediennutzer/-innen durch emotionale und/oder moralische Inhalte von Social-Media-Botschaften manipuliert werden können;
- Schüler/-innen bei der Entwicklung notwendiger Kompetenzen anleiten, damit sie Beweise gewichten und feststellen können, welche Informationen auf Grundlage von überprüfbarer Recherche oder objektiver Logik als vertrauenswürdig gelten können;
- Lernende mit den notwendigen Kompetenzen ausstatten, um selbst zu reflektierten Produzent/-innen von Informationen und Botschaften zu werden und auf diese Weise die Möglichkeit zu haben, Antisemitismus und andere Formen von Hass noch aktiver zurückzuweisen;

- den Umgang ihrer Lernenden mit dem Internet beobachten und bewerten, um etwaige Defizite in puncto Wissen und Fähigkeiten erkennen und angehen zu können; und
- die rechtlichen Rahmenbedingungen in eine einfache, für die Lernenden verständliche Sprache übersetzen und darüber hinaus diese Regelungen sowie die Mechanismen zur Abhilfe und zur Anzeigerstattung in den sozialen Medien mit den Schüler/-innen besprechen.

Politikansätze zum Aufbau nachhaltiger Lernumgebungen, die kritisches Denken und Reflexion fördern und mittels Medien- und Informationskompetenz gegenseitigen Respekt und Dialog ermöglichen, können nicht in einem Vakuum entwickelt werden. Die *UNESCO Media and Information Literacy Policy and Strategy Guidelines* empfehlen Partnerschaften zwischen unterschiedlichen Regierungsministerien sowie Politikansätze, welche die Medien- und Informationskompetenz mit artverwandten Bereichen öffentlicher Politik (wie Bildung, Informations- und Kommunikationstechnologien, Informationszugang und Medien) verbinden.⁷⁷

Beispiel aus der Praxis: Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Das innovative UNESCO-Projekt MIL CLICKS beschäftigt sich mit den Themen Toleranz und gegenseitiger Respekt im Kontext des sozialen Lernens. MIL CLICKS ist eine Abkürzung für Media and Information Literacy (Medien- und Informationskompetenz), die auf folgenden Grundpfeilern aufbaut: Kritisches Denken, Kreativität, Kompetenz, Interkulturalität, Bürgerschaftlichkeit (citizenship), Wissen und Nachhaltigkeit. Es erkennt an, dass Informationen, soziale Medien und Technologie sowohl für gute als auch für schlechte Zwecke eingesetzt werden können. Aus diesem Grund gilt es, mehr Ressourcen zu bündeln, um den Menschen die positiven Aspekte von Informationen, Medien und Technologie zu vermitteln und sie darüber zu informieren wie sie die sich bietenden Chancen nutzen können. MIL CLICKS ermöglicht es vor allem jungen Menschen, sich Medien- und Informationskompetenzen (integriert mit anderen sozialen Kompetenzen) anzueignen. In der Praxis geschieht das im Rahmen der alltäglichen Internet- und Social-Media-Nutzung sowie mittels Peer-Education beim Browsen, Spielen, Teilen und Kommunizieren.

Nähere Informationen unter: <https://en.unesco.org/milclicks>

4.2. Modalitäten der Umsetzung

4.2.1. Ganzheitliche Schulansätze

Die Bekämpfung des Antisemitismus durch Bildungsarbeit kann unter Umständen Ansätze erfordern, die mit einer breiten Palette von Aktivitäten unter Einbeziehung des gesamten Schulpersonals und mit Erwägungen in Bezug auf schulpolitische Aspekte sowie den Inhalt und die Qualität der Lehrpläne und des Unterrichts einhergehen.

⁷⁷ Siehe *UNESCO Media and Information Literacy Policy and Strategy Guidelines* (Paris: UNESCO, 2013), <http://www.unesco.org/new/en/communication-and-information/resources/publications-and-communication-materials/publications/full-list/media-and-information-literacy-policy-and-strategy-guidelines/>.

Eine derart holistische Methode zum Aufbau einer Schule, in der die Achtung der Menschenrechte das Ethos der gesamten Bildungseinrichtung durchdringt, ist die Umsetzung eines ganzheitlich orientierten, schulumfangsorientierten Ansatzes (whole-school approach). Das Internationale Büro für Bildung der UNESCO beschreibt, dass diesen Ansatz Aktivitäten charakterisieren, „die die Bedürfnisse der Lernenden, Lehrkräfte und des dazugehörigen Umfelds nicht nur in den Lehrplänen, sondern in der gesamten Schule und Lernumgebung berücksichtigen“.⁷⁸ Ein ganzheitlicher Schulansatz ist die geschlossene, kollektive und kollaborative Anstrengung sowohl innerhalb als auch seitens einer Schulgemeinschaft, um das Lernen, das Verhalten und das Wohlergehen der Lernenden sowie die diesen Aspekten zugrundeliegenden Bedingungen strategisch zu verbessern. Zielstellungen in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Chancengleichheit sollten einen zentralen Platz in einem derartigen Ansatz einnehmen. Auch wenn diese ganzheitlichen Schulansätze eigentlich in allen Kontexten empfehlenswert sind, haben sie sich doch als besonders relevant in Bereichen erwiesen, in denen Intoleranz und Diskriminierung das Leben der Lernenden auf grundlegende Weise beeinträchtigen. Eine Schule, die sich für einen solchen Ansatz entscheidet, behandelt die Menschenrechte nicht länger nur als ein Unterrichtsthema, sondern schafft eine Umgebung, in der alle die Menschenrechte verstehen, schätzen, achten und leben; eine Umgebung, in der sich die Lernenden gesellschaftlich engagieren und ihre Fähigkeiten zum kritischen Denken in lebensnahen Situationen und Kontexten innerhalb der Schule und in deren Umfeld einsetzen; eine Umgebung, in der die Normen für akzeptables Verhalten klar definiert sind und allgemein respektiert werden. Bei der Entwicklung eines Aktionsplans für einen ganzheitlichen Schulansatz für Menschenrechtsbildung sind vier Schlüsselbereiche zu beachten:

- Steuerung und Partizipation;
- Beziehungen zwischen der Schule und der Gesellschaft;
- Lehrpläne; sowie
- Außerschulische Aktivitäten und das Schulumfeld.⁷⁹

Um einen ganzheitlichen Schulansatz mit Fokus auf das Thema Antisemitismus weiter zu stärken, können zum Beispiel fachübergreifende Lehrmethoden eingesetzt werden, bei denen gezielt versucht wird, Wissen, Prinzipien und/oder Werte auf mehrere Unterrichtsfächer gleichzeitig anzuwenden. Typisch für diese Methoden ist nicht nur ein Bewusstsein für Kenntnisse, Fähigkeiten und Einsichten aus verschiedenen Fachrichtungen, sondern auch deren Zusammenführung.⁸⁰

78 Siehe „Glossary of Curriculum Terminology“, UNESCO International Bureau of Education website, <<http://www.ibe.unesco.org/en/glossary-curriculum-terminology>>.

79 Der empfohlene Ansatz basiert auf „A Whole School Approach to Human Rights Education“, Amnesty International Ireland, S. 1–10, <www.amnesty.ie/wp-content/uploads/2016/08/Whole-School-Approach-to-HRE-Booklet.pdf>.

80 Diese Definition wurde entnommen aus „Cross-curricular teaching and learning 5: Definitions“, Website: Jonathan Savage Supporting Innovation in Education, <www.jsavage.org.uk/research/cross-curricular-teaching-and-learning-5-definitions/>.

Beispiel aus der Praxis: Deutschland

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist mit über 2.500 teilnehmenden Bildungseinrichtungen das größte Schulnetzwerk in Deutschland. Die teilnehmenden Schulen verpflichten sich, Lernende und Lehrkräfte beim Vorgehen gegen alle Formen der Diskriminierung, des Mobbing und der gruppenbezogenen Gewalt zu unterstützen und so ein offenes, tolerantes und inklusives Schulklima zu schaffen. Um Teil des Netzwerks werden zu können, müssen mindestens sieben Prozent aller Menschen, die in der betreffenden Schule lernen und arbeiten, eine Selbstverpflichtungserklärung unterschreiben. Mit dieser verpflichten sie sich, künftig aktiv zu einem Schulklima beizutragen, das frei von Diskriminierung und Gewalt ist, durch ihre Handlungen im Alltag an der Schule die entsprechenden Werte zu fördern und regelmäßig an Aktivitäten teilzunehmen bzw. diese auszurichten, die sich gegen verschiedene Formen von gruppenbezogener Gewalt und Diskriminierung, einschließlich Antisemitismus, richten.

Nähere Informationen unter: <http://www.schule-ohne-rassismus.org/startseite>

Um ein starkes Fundament für einen ganzheitlichen Schulansatz im Bereich Menschenrechte aufzubauen, kann die Schulgemeinschaft mit folgenden Maßnahmen beginnen:

- **Aufbau einer konstruktiven Umgebung:** Lehrkräfte und Lernende schaffen eine Atmosphäre, in der sich alle Lernenden, ungeachtet des Geschlechts, sicher genug fühlen, um offen über sensible Themen zu diskutieren; eine Atmosphäre, in der die Menschenrechte aller geachtet werden, einschließlich des Rechts auf Religions- und Überzeugungsfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Die Grundregeln für das Zustandekommen eines ehrlichen und respektvollen Meinungsaustausches werden unter Beteiligung der Lernenden erarbeitet.
- **Etablierung eines Verhaltenskodexes:** Verhaltenskodexe enthalten Regelungen für die Themenbereiche Gleichberechtigung und Diskriminierung, einschließlich der Diskriminierung auf Grundlage des Geschlechts sowie der Diskriminierung jüdischer Lernender und Angehöriger anderer Minderheiten.
- **Stärkere Beteiligung der Lernenden an Schulsteuerungsprozessen:** Partizipationsmechanismen für die Lernenden wie Schüler/-innenvertretungen können einen Weg für mehr Inklusion und die Vermittlung demokratischer Prinzipien darstellen. Dazu müssen sie aber ebenfalls einem Verhaltenskodex folgen, der Diskriminierung und vorurteilsbasierte Ausdrucksformen auf Grundlage geschützter Merkmale wie Religion, Glauben, ethnische Herkunft und Geschlecht untersagt.
- **Verbesserung der Beziehungen zwischen Elternhaus und Schule:** Eine klare und regelmäßige Zwei-Wege-Kommunikation zwischen Schule und Eltern vereinfacht die Vermittlung der Notwendigkeit einer nachhaltigeren Grundlage für die antidiskriminatorischen Aktivitäten einer Bildungseinrichtung sowie deren Auf- und Ausbau.

4.2.2. Lehrkräfteausbildung

Eine Notwendigkeit

Für den Großteil der Lehrkräfte auf der Welt sind weder die Menschenrechte noch der Antisemitismus fest in ihrer Ausbildung verankerte Themenblöcke. Um ein Schulumfeld zu schaffen, in dem ein Bewusstsein für Menschenrechte herrscht, und eine Schulgemeinschaft aufzubauen, die auf gegenseitigem Respekt basiert, müssen den Lehrkräften Weiterbildungsmöglichkeiten zu Menschenrechtsthemen und zu den Lehrmethoden für deren Vermittlung angeboten werden. Diese Weiterbildungsangebote ermöglichen es den Lehrkräften, ein tiefgreifendes Verständnis für komplexe Menschenrechtsthemen wie Antisemitismus zu entwickeln. Sie liefern ihnen zudem die notwendigen pädagogischen Instrumente, um diese zu unterrichten.

Grundlagen in Sachen Menschenrechte

Ein Basislehrplan für die Weiterbildung von Lehrkräften zum Thema Menschenrechte sollte folgende Elemente beinhalten:⁸¹

- (a) Lernziele, die Kenntnisse, Fähigkeiten, Einstellungen und Verhalten in Bezug auf Menschenrechte und Menschenrechtsbildung umfassen;
- (b) Menschenrechtsprinzipien und -standards sowie Informationen zu den vorhandenen Schutzmechanismen, sowohl innerhalb der als auch über die Gemeinschaften hinaus, in denen die Lehrkräfte aktiv sind;
- (c) Informationen über die Rechte sowie die Art der Mitwirkung von Lernenden und Lehrkräften beim Umgang mit Menschenrechten in der Gemeinschaft, in der sie leben (einschließlich entsprechender Sicherheitsprobleme);
- (d) die zuvor erörterten Grundsätze für die Menschenrechtsbildung;
- (e) eine geeignete Methode für die Menschenrechtsbildung, die partizipativ, erfahrbar und handlungsorientiert ist, sich auf die Lernenden konzentriert und kulturelle Aspekte berücksichtigt;
- (f) Informationen zu den sozialen Kompetenzen von Lehrkräften und zu Führungsstilen, die demokratisch sind und in Einklang mit den Menschenrechtsprinzipien stehen;
- (g) Informationen zu bereits existierenden Lehr- und Lernressourcen im Bereich der Menschenrechtsbildung (einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien), um selbige besser einordnen bzw. unter ihnen auswählen zu können und/oder neue Materialien zu entwickeln; und
- (h) regelmäßige und motivierende Beurteilungen der Lernenden, sowohl formell als auch informell.

⁸¹ Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte, *Human Rights Training: A Manual on Human Rights Training Methodology* (New York und Geneva: United Nations, 2000), <<http://www.ohchr.org/Documents/Publications/training6en.pdf>>.

Angebote schaffen

Bildungsministerien sollten unter Nutzung dieses Leitfadens zudem berufliche Bildungsangebote (Aus- und Fortbildung) für Lehrkräfte schaffen, die sich speziell auf das Thema Antisemitismus im Kontext der Menschenrechte konzentrieren. Dazu gehört:

- die Durchführung von Workshops mit Angeboten für forschungsbasierte Lehrerbildung und entsprechende Materialien zum Thema Antisemitismus;
- die Entwicklung und/oder Anpassung von Ausbildungslehrplänen für Lehrkräfte, sodass diese die Themenbereiche Menschenrechte beinhalten und auf Antisemitismus eingehen;
- die Verbreitung von digitalen Weiterbildungspaketen für die schulbasierte Fortbildung; und
- der Aufbau eines Systems der fortlaufenden Unterstützung von Lehrkräften, das auch die Gemeinschaft miteinbeziehen sollte, um den Austausch von Informationen zu erleichtern⁸². Aufgrund dieser Vernetzung und der Fortbildung werden Lehrkräfte auf antisemitische Vorurteile und Vorfälle im Klassenzimmer vorbereitet und in die Lage versetzt, auf diese in einer Form zu reagieren, die die Achtung der Menschenrechte stärkt.

Beispiel aus der Praxis: Norwegen

Das DEMBRA-Programm zur Demokratischen Wachsamkeit gegenüber Rassismus, Antisemitismus und Udemokratischen Einstellungen (Democratic Preparedness against Racism, Antisemitism and Undemocratic Attitudes) bietet Schulleitungen und Lehrkräften in Norwegen Fortbildungen zur Vorbereitung auf und den Umgang mit Rassismus und Antisemitismus an ihren Schulen an. Das Programm unterstützt die Teilnehmenden, die für ihre Lernumgebung spezifischen Schwierigkeiten zu erkennen und anzugehen, zum Beispiel durch speziell zugeschnittene Workshops, Seminare und Onlineberatungsangebote.

Das Programm wurde 2011 in Oslo aufgelegt und seither auf andere Regionen Norwegens ausgeweitet. Nach einer externen Evaluation im Jahr 2016 wurden die Lehrmaterialien des Programms von der norwegischen Direktion für Bildung und Ausbildung in Kooperation mit dem Zentrum für Holocaust- und Minderheitenstudien und dem Europäischen Wergeland-Zentrum überarbeitet.

Nähere Informationen unter: <http://www.theewc.org/Content/What-we-do/Completed-projects/Dembra>

4.2.3. Lehrpläne, Lehrbücher und Bildungsmaterialien

Das Europäische Parlament hat die EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert „eine Überarbeitung der Schulbücher in Erwägung zu ziehen, damit gewährleistet ist, dass die jüdische Geschichte und das heutige jüdische Leben umfassend, ausgewogen und frei von jeder Form von Antisemitismus dargestellt werden.“⁸³ Idealerweise sollten in diesem

⁸² Ebd.

⁸³ Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung von Antisemitismus, a. a. O., Fußnote 17.

Zusammenhang auch die Lehrpläne und sonstige Bildungsmaterialien überarbeitet werden. Lehrpläne und Lehrbücher sollten die in diesem Leitfaden erläuterten Hauptprinzipien Menschenrechte, kritisches Denken und Komplementarität beinhalten.

Empfehlungen für Lehrbuchautor/-innen und Lehrplangentwickler/-innen⁸⁴

- ✎ Bildungsarbeit zur Bekämpfung von Antisemitismus und Jüdische Studien sollten in den staatlichen bzw. vom Bildungsministerium erlassenen bildungspolitischen Richtlinien als obligatorische oder empfohlene Themen mit klarem Fokus auf GCED und Menschenrechtsbildung enthalten sein. Neben der Erwähnung dieser Themen sollten die Autor/-innen auch Grundgedanken für die Behandlung dieser Konzepte und Stoffe liefern, die in Einklang mit den Lehr- und Lernzielen der Fächer stehen, in denen sie unterrichtet werden.
- ✎ Lehrkräfte sollten aufmerksam gegenüber Stereotypen, fehlerhaften Darstellungen und Voreingenommenheit sein, die jüdische oder andere Lernende beleidigen oder stigmatisieren könnten. Lehrbuchautor/-innen, Lehrkräfte und Lehrplangentwickler/-innen sollten eine inklusive Sprache verwenden, die Verallgemeinerungen über Praktiken vermeidet und Gruppen nicht einander gegenüberstellt. Stereotype sowie Begriffe, die Gendervorstellungen und anderweitig voreingenommene Begriffe verbreiten, sind zu vermeiden. Lehrkräfte sollten sich bewusst darüber sein, welche Folgen Auslassungen oder irreführende Beispiele auf die Wahrnehmung der Lernenden haben. Falls der Lehrplan die Behandlung von historischen Persönlichkeiten mit antisemitischenhaltungen vorsieht, ist der diesen Personen eigene Antisemitismus parallel zu den positiven Leistungen dieser Person als Makel herauszustellen.
- ✎ Die Vermittlung von objektiven, ausgewogenen Informationen über jüdische Geschichte und Kultur ist von zentraler Bedeutung. Das kann in Form von thematisch fokussierten Kursen und Unterrichtseinheiten geschehen. Es ist jedoch wichtig, diese Lehrinhalte in den Gesamtlehrplan einzubetten. So können in Unterrichtseinheiten zu internationalen oder nationalen Geschichtsthemen auch Blöcke über die unterschiedlichen jüdischen Erfahrungen, sozialen Bedingungen und Kulturen in einem bestimmten Land oder global gesehen eingebaut werden, um auf diese Weise Stereotype zu zerstreuen und sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede herauszustellen.

⁸⁴ Allgemeine Empfehlungen zur Überarbeitung von Lehrbüchern finden sich in *Schulbuchinhalte inklusiv gestalten: Religion, Gender und Kultur im Fokus*. (Paris: UNESCO, 2017), <<http://unesdoc.unesco.org/imag-es/0026/002617/261792ger.pdf>>.

- ☞ Lehrbücher sollten historische Ereignisse, Persönlichkeiten, Entwicklungen, Kulturen und Gesellschaften aus einer Vielzahl unterschiedlicher Perspektiven betrachten und das Judentum als kulturübergreifendes Phänomen erkunden, das aufgrund der Interaktionen mit den Praktiken und Werten anderer Kulturen eine große innere Vielfalt aufweist.
- ☞ Ein offener und partnerschaftlicher Dialog zwischen politischen Entscheidungsträger/-innen, Lehrbuchautor/-innen, Schulleitungen und Pädagog/-innen ist wichtig, um im Bereich der Lehrpläne, Lehrbücher und Lehrmethoden die Qualität der Bildungsarbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus sicherzustellen.

Beispiel aus der Praxis: Deutschland

Die Kommission für die Verbreitung deutsch-jüdischer Geschichte des Leo Baeck Instituts hat eine Orientierungshilfe zur Integration von jüdischer Geschichte in den Schulunterricht veröffentlicht. Diese Publikation richtet sich an Lehrbuchautor/-innen, Lehrplanentwickler/-innen und Lehrkräfteausbilder/-innen und empfiehlt die Behandlung der deutsch-jüdischen Geschichte als integralen Teil der deutschen Geschichte. Als besonders bedeutsam sieht diese Orientierungshilfe die Wissensvermittlung über die Vielfalt deutsch-jüdischer Gemeinschaften und deren Beiträge zur deutschen Gesellschaft an – eine Wissensvermittlung, die über den Unterricht zum Holocaust hinausgeht.

Nähere Informationen unter: https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Handlungsfelder/Auseinandersetzung_mit_der_Geschichte_01/Leo_Back_Programm/orientierungshilfe-korrigiert.pdf

Um zu evaluieren, wie es um die Darstellung des Antisemitismus in deutschen Schulbüchern bestellt ist, führten das Georg-Eckert-Institut und das Anne Frank Zentrum e.V. Berlin im Jahr 2016 eine Untersuchung deutschsprachiger Lehrbücher durch. Die Studie ergab, dass Antisemitismus in der Regel in den immer gleichen inhaltlichen Zusammenhängen angesprochen wird: mittelalterliche Judenverfolgung, Ambivalenz während der Aufklärung, Emanzipation und Diskriminierung im 19. Jahrhundert sowie im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Ideologie und Herrschaft.

Nähere Informationen unter: http://repository.gwi.de/bitstream/handle/11428/218/ED9_Pingel_Antisemitismus.pdf?sequence=1&isAllowed=y

In Ergänzung zu den zuvor erläuterten Punkten sollten sich Lehrplanentwickler/-innen und Lehrbuchautor/-innen bei der Darstellung der Vielfalt und der Komplexität jüdischer Erfahrungen und der Erkundung des Themas Antisemitismus folgende Aspekte bewusst machen:

- Der Unterricht zu den Mustern von Stereotypisierung fördert die Diskussion spezifischerer Stereotype;
- Es gibt und gab schon immer eine große Vielfalt innerhalb der jüdischen Welt, die mit einer Vielzahl interner Debatten und Diskussionen einhergeht;
- Wie bei Menschen anderer Herkunft verfügen auch Personen mit jüdischem Hintergrund über eine große Palette unterschiedlicher Einstellungen im Hinblick auf ihren Glauben und ihre religiöse Praxis. Je nach Kontext (sozioökonomisch, geographisch etc.) haben jüdische Menschen und Personen mit anderem Hintergrund viel gemeinsam;
- Die jüdische Geschichte sollte als Teil der lokalen, nationalen und/oder internationalen Geschichte in den Unterricht integriert werden;
- Viele jüdische Einzelpersonen haben im Laufe der Geschichte bedeutsame Beiträge in den Bereichen Wissenschaft, Technik, Kunst, Architektur, Recht, Ethik und Philosophie geleistet. Die jüdische Geschichte sollte jedoch nicht auf diese außergewöhnlichen Persönlichkeiten reduziert werden;
- Wird das Judentum nur im Religionsunterricht behandelt, spart man wichtige Aspekte, wie die notwendige Wissensvermittlung über jüdische Geschichte und/oder Antisemitismus, aus;
- Menschen mit unterschiedlichen religiös-kulturellen Hintergründen (einschließlich Jüdinnen und Juden) haben in unterschiedlichen lokalen, nationalen und internationalen Kontexten einen weitestgehend positiven Einfluss aufeinander ausgeübt; oftmals leben und arbeiten sie eng und partnerschaftlich zusammen;
- Der Wissensvermittlung zum Thema Verschwörungstheorien kommt eine wichtige Rolle zu, sowohl für das Verständnis von Antisemitismus als auch in Bezug auf die Extremismusprävention;
- Bildungsarbeit über den Holocaust ist wichtig, aber nicht in der Lage, der Notwendigkeit einer Wissensvermittlung zum Thema Antisemitismus als übergeordnetes Phänomen Rechnung zu tragen.

Beispiel aus der Praxis: Niederlande

Das Anne Frank House Amsterdam hat zusammen mit dem OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) Lehrmaterialien zur Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt, die sich mit einer Vielzahl unterschiedlicher Aspekte dieses Phänomens auseinandersetzen. So werden folgende Themen behandelt: Teil 1 untersucht die Geschichte des Antisemitismus in einzelnen Ländern und in einem gesamteuropäischen Kontext. Teil 2 befasst sich mit den gegenwärtigen Erscheinungsformen des Antisemitismus in bestimmten Ländern und in ganz Europa. Teil 3 behandelt den Antisemitismus im Kontext von weitergefassten Themen, zum Beispiel Vorurteile, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen von Intoleranz. Die Unterrichtsmaterialien ergänzt ein umfassender Leitfaden für Lehrkräfte.

Seit der Veröffentlichung haben Fachleute aus 14 OSZE-Teilnehmerstaaten adaptierte Länderversionen erarbeitet, indem sie die Inhalte auf den lokalen Kontext und die Geschichte des jeweiligen Teilnehmerstaates anpassten. Diese einzelnen Länderversionen wurden an Schulen, Lehrkräfte, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bibliotheken verteilt und über fachliche Fortbildungsangebote verbreitet.

Nähere Informationen unter: <https://www.osce.org/odihr/120546>

Im Jahr 2017 hat das Anne Frank House eine in sechs Sprachen verfügbare Online-Toolbox für Lehrkräfte namens **Stories that Move** lanciert. Dieses Tool soll Lernende im Alter von 14 bis 17 Jahren dazu anregen, sich mit den Themen Vielfalt und Diskriminierung kritisch auseinanderzusetzen sowie ihre eigenen Positionen und Entscheidungsmöglichkeiten in diesem Bereich zu reflektieren. Die Online-Toolbox umfasst mehrere sofort einsetzbare Module mit einzelnen Unterrichtseinheiten, die vielfältige Informationen, Aufgaben und Lebensgeschichten bereithalten. In kurzen Video-Clips erzählen Jugendliche von positiven Erfahrungen, aber auch von Ausgrenzung, Diskriminierung und Hassverbrechen. Diese Berichte bilden für Lehrkräfte den Ausgangspunkt für eine ehrliche Auseinandersetzung mit vielen Themen aus dem Bereich Diskriminierung.

Nähere Informationen unter: <https://www.storiesthatmove.org/de/startseite/>

4.2.4. Museen, Bibliotheken und Gedenkstätten

Was die Schüler/-innen außerhalb der Schule lernen, kann ebenso wichtig sein wie die formell im Lehrplan festgeschriebenen Teile ihrer Ausbildung. Eine Vielzahl von Quellen wie Ausstellungen, Bibliotheken, Kulturveranstaltungen, Fernsehsendungen, Gedenkstätten u. ä. m. helfen dabei, die unvermeidlichen Leerstellen der Schulbildung zu füllen.

Beispiel aus der Praxis: Polen

Im Jahr 2016 ging die polnische Sektion von Humanity in Action eine Partnerschaft mit dem Verein Polnischer Bibliothekar/-innen und dem Polnischen Programm zur Bibliotheksentwicklung ein. Ziel war der Aufbau einer Struktur, um die Bevölkerung unabhängig von Schulen und Lehrkräften auch außerhalb der großen Städte zu erreichen. Am Anfang stand ein Webinar für Bibliothekar/-innen, in dem verschiedene Workshop-Szenarien zur Arbeit mit dem interaktiven Buch **Über Juden** erklärt wurden. Anliegen dieser Workshops war die Förderung von Toleranz und Vielfalt in den jeweiligen Orten. Mehr als hundert Bibliotheken meldeten sich nach dem Webinar für das Programm an. Sie bezogen Ausgaben dieses Buches und nahmen an einem Wettbewerb teil, im Rahmen dessen die beste Werbemaßnahme für das Programm ausgezeichnet wurde. Eingereicht werden konnten Fotos, Audiodateien oder Animationen mit der Möglichkeit, diese auf die Website der Bibliotheken und deren Social-Media-Accounts hochzuladen. Die fünf besten Beiträge erhielten als Preis einen Satz neuer Nachschlagewerke.

Nähere Informationen unter: http://www.biblioteki.org/webinaria/Nagranie_webinarium_wprowadzajacego_do_konkursu_O_Zydach_i_Zydowkach

Museen und Gedenkstätten können besonders wichtige Orte für die Bildungsarbeit sein, insbesondere dann, wenn sie sich an historischen Orten der Verfolgung befinden. Diese Stätten ermöglichen eine eindrückliche Lernerfahrung und bieten darüber hinaus einen bedeutungsvollen Rahmen zum Gedenken und zur Reflexion. Neben ihrer vorrangigen Rolle als Stätten der Erinnerung, erfüllen viele Museen und Gedenkstätten, unabhängig davon, ob sie sich an einem historischen Ort der Verfolgung befinden oder nicht, eine breite Palette unterschiedlicher Funktionen in den Bereichen Forschung, Dokumentation, Kultur, Engagement und, am wichtigsten, Bildung.⁸⁵

⁸⁵ *Education about the Holocaust and Preventing preventing genocide: A Policy Guide, a. a. O.*, Fußnote 68, S. 161.

Beispiel aus der Praxis: Russische Föderation

Das Jüdische Museum und Föderale Zentrum der Russischen Föderation zur Erforschung und Entwicklung von Methoden in den Bereichen Toleranz, Psychologie und Erziehung (Zentrum für Toleranz) stellt anhand von Beispielen aus der Kultur und dem Alltagsleben der jüdischen Bevölkerung die Geschichte Russlands dar. Dazu werden Panoramakinos, interaktive Bildschirme, audiovisuelle Installationen, Foto- und Videoarchive sowie Dokumente und Interviews eingesetzt. Das Zentrum für Toleranz hat erfolgreich in mehr als 60 russischen Städten einzigartige Bildungsprogramme aufgelegt, an denen sich mehr als eine Million Jugendliche beteiligt haben. Für seine innovativen und kreativen Methoden zur Förderung von Dialog, Verständnis und Empathie für „das Andere“ wurde das Zentrum für Toleranz im Jahr 2016 mit dem UNESCO-Madanjeet-Singh-Toleranzpreis ausgezeichnet. Der Preis ehrt Anstrengungen im wissenschaftlichen, künstlerischen, kulturellen oder kommunikativen Bereich, die auf die Förderung von Toleranz und Gewaltlosigkeit abzielen. Das Zentrum hat zudem mit dem UNESCO-Schulnetzwerk bei der Austragung des internationalen Kunstwettbewerbs für Schulen namens „Opening Hearts and Minds to Refugees“ zusammengearbeitet.⁸⁶

Nähere Informationen unter: <https://www.jewish-museum.ru/en/>

Beispiel aus der Praxis: Polen

Dem POLIN-Museum der Geschichte der polnischen Juden in Warschau wurde im Jahr 2016 vom Europäischen Museums-Forum (EMF) als europäisches Museum des Jahres ausgezeichnet. Das Museum verfügt über ein Bildungszentrum, das mit Lehrkräften und Jugendlichen arbeitet, um aufzuzeigen, wie wichtig das Thema Geschichte ist, wenn es darum geht, die Bedeutung der Toleranz in unseren gegenwärtigen Gesellschaften zu verstehen, in denen die Menschen tagtäglich mit anderen Kulturen und Einstellungen in Kontakt kommen. Für Schulen werden eine Reihe von Workshops, geführten Stadtrundgängen, Wettbewerben und Diskussionen mit Zeitzeug/-innen angeboten. Für Lehrkräfte werden Konferenzen und Fortbildungsveranstaltungen ausgerichtet. Zudem wurde ein spezielles Bildungsprogramm für Kinder entwickelt, die im Krankenhaus sind und das Museum nicht besuchen können. Das Bildungszentrum des Museums hat vor Kurzem eine virtuelle Lehrplattform über das jüdische Warschau lanciert. Dort erzählen sowohl prominente polnische Jüdinnen und Juden als auch Vertreter/-innen der jüngeren Generation ihre persönlichen Geschichten. Auf diese Weise werden Vergangenheit und Gegenwart zusammengeführt.

Nähere Informationen unter: <http://www.polin.pl/en>

Einige Regierungen haben zudem jüdische Kulturfestivals, die mit einem angemessenen Anlass wie dem Europäischen Tag der Jüdischen Kultur zusammenfallen, unterstützt. Mittels einer breiten Palette an kulturellen Aktivitäten und Darbietungen machen solche Festivals den Reichtum und die Vielfalt der jüdischen Kultur erfahrbar. Da diese Festivals die jeweilige jüdische Kultur in dem betreffenden Land bzw. der betreffenden Region

⁸⁶ UNESCO Associated Schools Network, siehe <<https://aspnet.unesco.org/en-us/Pages/Virtual-exhibition--Opening-hearts-and-minds-to-refugees.aspx>>.

abbilden, bieten sie auch wichtige pädagogische Ansatzpunkte und Beiträge für die Arbeit gegen den Antisemitismus.

Beispiel aus der Praxis: Portugal

Das Festival Judaica – Mostra de Cinema e Cultura bietet den besten neuen jüdischen Filmen und der jüdischen Kultur im Allgemeinen eine Plattform. Dazu werden Lesungen, Konzerte, gastronomische Events sowie eine Buchmesse veranstaltet und nationale sowie internationale Gäste eingeladen. Neben seiner Geburtsstätte Lissabon ist das Festival mittlerweile auch in Cascais, Castelo de Vide, Belmonte und Castelo Branco vertreten. So werden Verbindungen mit den örtlichen Gemeinden aber auch mit ausländischen Tourist/-innen aufgebaut, die auf der Suche nach der jüdischen Geschichte und Tradition Portugals sind. Nach drei Jahren Festivalarbeit mit sehr kleinem Budget erhielt das Judaica-Festival in Anerkennung seines künstlerischen Engagements, seiner Anstrengungen zur Einbindung örtlicher Gemeinden und seiner internationalen und globalen Ausrichtung das EFFE-Label der Initiative Europe For Festivals/Festivals For Europe. Diese Initiative wurde von der European Festivals Association ins Leben gerufen und wird von der EU-Kommission und dem EU-Parlament unterstützt.

Nähere Informationen unter: <https://www.judaica-cinema.org/>

Schulausflüge zu kulturellen Einrichtungen sind ohne Frage nützlich und lehrreich. Trotzdem ist es wichtig, dass die Lehrkräfte bei diesen Unternehmungen in der Lage sind, etwaige Vorurteile und Stereotype, mit denen die Klasse möglicherweise konfrontiert wird, zu identifizieren. Sollten entsprechende Fälle auftreten, können diese als Lehrinstrument genutzt werden. Dabei hat die Lehrkraft die Aufgabe, die Lernenden entweder noch während des Ausflugs oder später im Unterrichtsraum durch den Prozess der Analyse und Entlarvung dieser Vorurteile und/oder Stereotype zu führen. Nach dem Ausflug können die Lernenden die historische Bedeutung des betreffenden Vorurteils erarbeiten, und die Lehrkraft hat die Möglichkeit, eine Projektstunde anzubieten, in der es um die Identifikation und Analyse des Vorurteils geht. Unterbleibt dieser letzte Schritt, kann das negative pädagogische Konsequenzen nach sich ziehen.

4.2.5. Die Rolle von Hochschuleinrichtungen

Sowohl im Bereich der Lehre als auch in dem der Forschung können Hochschuleinrichtungen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung des Antisemitismus spielen. Werden an Universitäten Kurse zum Thema Antisemitismus angeboten, dann kommen diese einer großen Zahl junger Menschen zugute. Zudem besteht in vielen Teilbereichen des aktuellen Antisemitismus weiterhin ein großer Bedarf an qualitativer und quantitativer Forschung mit belastbaren Ergebnissen.

Einrichtungen, die Studiengänge zur Lehrerausbildung anbieten, können dazu beitragen, dass zukünftigen Lehrer/-innen fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse und bewährte Verfahren für die Praxis vermittelt werden. Zudem können Universitäten Ressourcen für den Bereich Lehrplanerstellung entwickeln, Lehrkräften Beratung und Orientierung anbieten und im Feld der beruflichen Weiterbildung und Evaluierung aktiv werden.

Entscheidungsträger/-innen, die sich mit der Sekundarschulbildung befassen, können einen positiven Wandel anstoßen, indem sie sicherstellen, dass Hochschulen

wissenschaftliche Angebote zum Thema Antisemitismus für Studierende und Forscher/-innen entwickeln – entweder als eigenständige Studiengänge oder im Rahmen breiter gefasster Studiengänge (Masterstudiengänge, Promotions- und Habilitationsstudien, durch wissenschaftliche Seminare, Stipendien, Lehrstühle, Forschungsprogramme etc.).

Für bildungspolitische Entscheidungsträger/-innen und Menschenrechtsbeauftragte auf Beamtenebene (einschließlich der Mitarbeiter/-innen nationaler Menschenrechtseinrichtungen) besteht zudem die Möglichkeit, das Studium und die Erforschung des Antisemitismus durch Gastvorlesungen an Universitäten zu fördern, die sich – entweder allgemein oder mit Bezug auf zentrale Studienbereiche wie Recht, Politikwissenschaft, Geschichte, Philosophie, Soziologie, Öffentliche Verwaltung, Soziale Arbeit, Medizin oder Sport – mit Antisemitismus und anderen Menschenrechtsthemen befassen.

Antisemitismus-Forschungszentren spielen eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung und Verbreitung von Wissen über Antisemitismus. Sie sind besonders effektiv, wenn ihre Arbeit in sinnvoller Weise unterstützt und ergänzt wird, z.B. durch internationale Konferenzen, Professuren, einen Mittelbau, gestiftete Vorlesungen, Postgraduiertenstipendien, Gastprofessuren, Veröffentlichungsreihen und Studienpreise.⁸⁷ Einige Universitäten ermutigen ihre Studierenden auch durch Forschungsstipendien oder entsprechende Preise dazu, wissenschaftliche Arbeiten zu den Themen Antisemitismus und Menschenrechte zu erstellen.

Beispiel aus der Praxis: Vereinigtes Königreich

Das Pears Institute for the Study of Antisemitism wurde 2010 von der Pears Stiftung gegründet und ist an der Fakultät für Sozialwissenschaften, Geschichte und Philosophie des Birkbeck-Colleges der University of London ansässig. Das Pears Institute ist ein unabhängiges und inklusives Zentrum für innovative Forschung und Lehre, das auf einer weitreichenden Expertise in Bezug auf die Erforschung von Multikulturalismus, Ethnizität, Antisemitismus und rassistisch und religiös motivierter Intoleranz aufbaut und damit die Arbeit einer Vielzahl von Fachrichtungen wie Geschichte, Politik, Psychosoziale Studien, Sozialpolitik und Erziehung, Englisch, Geisteswissenschaften und Jura zusammenführt. Darüber hinaus leistet es Beiträge zu einschlägigen Debatten und im Hinblick auf die Entwicklung politischer Maßnahmen. Das Institut bietet Zertifikatskurse, BA-Studiengänge sowie Lehrveranstaltungen und –Forschungsprojekte für Graduierte an.

Nähere Informationen unter: <http://www.pearsinstitute.bbk.ac.uk/>

4.2.6. Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliches Schulungspersonal und Wissenschaftler/innen können Bildungseinrichtungen unterstützen, indem sie ihnen wichtige Einblicke zum Thema Antisemitismus vermitteln – sowohl in Bezug auf Ausmaß, Erscheinungsformen und Auswirkungen des Antisemitismus als auch hinsichtlich effektiver Methoden zu seiner Bekämpfung.

⁸⁷ Eine Liste mit einigen der wichtigsten Antisemitismus-Forschungszentren findet sich in Anhang 1.

Beispiel aus der Praxis: Belgien

Facing Facts! ist eine sich gegen Hasskriminalität und Hassrede wendende zivilgesellschaftliche Initiative, die CEJI – A Jewish Contribution to an Inclusive Europe koordiniert. Der Onlinekurs von Facing Facts! zum Thema Hassrede vermittelt erwachsenen Arbeitnehmern ein strukturiertes Verständnis des Phänomens und zeigt zudem Möglichkeiten auf, mithilfe von Videos, dynamischen Vorlesungen, Fallstudien, Erfahrungsberichten und Quizaufgaben gegen Hassrede vorzugehen. Der Kurs ist in drei Module gegliedert:

- ☛ Das Konzept Hassrede: Kennzeichen und Auswirkungen von Hassrede.
- ☛ Hassrede beobachten: Informationen über die Frage, wie das Beobachten von Hassrede dazu beitragen kann, die digitalen Straßen sauber zu halten und die zivilgesellschaftliche Lobbyarbeit zu unterstützen.
- ☛ Bekämpfung von Hassrede: Übersicht über die möglichen Gegenmaßnahmen.

Nähere Informationen unter: <https://www.facingfactsonline.eu/>

Im Bildungsbereich können effektive Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen und den Medien dazu beitragen, Vorurteilen entgegenzuwirken, indem das Mitgefühl, das kritische Denkvermögen und die interkulturellen Kompetenzen der Lernenden gestärkt werden. So lässt sich durch Gastvorträge und die dadurch entstehenden Kontakte und Kommunikationsmöglichkeiten das Mitgefühl der Lernenden ausbauen. Ein gesteigertes Mitgefühl führt zu einer geringeren Toleranz gegenüber sozialer Ungerechtigkeit und Diskriminierung. Erklären sich geschulte zivilgesellschaftliche Akteur/-innen oder Mitglieder der jüdischen Gemeinde bereit, an der Sensibilisierung der Lernenden in Bezug auf Antisemitismus, Vorurteile und Schikane aktiv mitzuwirken, kann das die Wirkung anderer pädagogischer Aktivitäten verstärken.

Beispiel aus der Praxis: Ungarn

Die Haver Stiftung schickt junge jüdische Freiwilligenpaare in Schulen, um mit den Lernenden über den Themenbereich der jüdischen Identität zu diskutieren. Haver verfügt über unterschiedliche Bildungsmodule (angepasst auf Teenager/-innen [14-18], Studierende [19-25] und Pädagog/-innen). Diese sind Teil eines breit angelegten Programms gegen Vorurteile und für mehr Vielfalt, das sich auf die spezifischen aktuellen kulturellen, religiösen und sozialen Probleme des betroffenen Landes konzentriert.

Nähere Informationen unter: <http://haver.hu/english/>

Die OSZE unterstützt seit jeher zivilgesellschaftliche Organisationen, wenn es darum geht, Partnerschaften mit Bildungseinrichtungen zu knüpfen und einen Dialog in Gang zu bringen. In diesem Zusammenhang gilt es jedoch, zu beachten, dass die Zivilgesellschaft keine Aufgaben übernehmen sollte, die in den Verantwortungsbereich der Regierungen fallen. Dementsprechend ist es Aufgabe der Regierungen, klarzustellen, dass jüdische Gemeinden nicht für die Bekämpfung des Antisemitismus im Bildungswesen verantwortlich sind. Trotzdem sollten Führungspersonlichkeiten im Bildungswesen Kommunikationskanäle mit jüdischen Gemeinden und einschlägigen Expert/-innen aufbauen. Zum einen, um im Falle von entsprechenden Initiativen eine angemessene

Einbindung der jüdischen Gemeinde sicherstellen zu können. Zum anderen, um Regierungsbeamt/-innen für die Bedenken und Probleme der jüdischen Gemeinde zu sensibilisieren und Kanäle entstehen zu lassen, die der sozialen Integration dienen.⁸⁸

Beispiel aus der Praxis: Serbien

Der serbische Ableger des Europäischen Verbands der Geschichtslehrerverbände (EUROCLIO), die Vereinigung für Sozialgeschichte Serbien (UDI), die mehr als 500 aktive Mitglieder zählt und Austauschprogramme in der Balkanregion unterhält, hat sich mit der lokalen NGO Terraforming South zusammengetan, um die Themen Antisemitismus und Holocaust in das Weiterbildungsprogramm von UDI und das Ausbildungsprogramm für Geschichtslehrkräfte und andere Fachlehrer/-innen aufzunehmen. Terraforming hat in diesem Zusammenhang ein Lehrmaterial namens **Ester.rs** entwickelt, das auf illustrierten Erzählungen über das jüdische Leben im Vorkriegsserbien und die Holocaustopfer des Konzentrationslagers Sajmište basiert. Das Material ist kostenlos im Internet verfügbar, damit es sich Lehrkräfte problemlos herunterladen und ausdrucken können.

Nähere Informationen unter: <http://ester.rs/en/>

4.2.7. Außerschulische Bildung, berufliche Aus- und Fortbildung

Mit Erwachsenen und Fachkräften arbeiten

Die Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus kann, wie alle Aspekte der Menschenrechtsbildung, wertvolle Erkenntnisse liefern. Das gilt nicht nur für die Wissensvermittlung bei Kindern und Studierenden sondern für Menschen aller Altersgruppen. Besonders relevant ist dieser Punkt für Mitglieder von Berufsgruppen, die unsere Gesellschaften vor sozialen Gefahren schützen und eine wichtige Rolle bei der Wahrung grundlegender Rechte spielen, wie es Mitarbeiter/-innen von Strafverfolgungsbehörden, Angehörige des Justizwesens, Staatsbedienstete, geistliche Würdenträger/-innen, Journalist:innen, Fachkräfte im Sozial- und Gesundheitsbereich und Bibliothekar/-innen tun. Pädagogische Ansätze für die Wissensvermittlung zum Thema Antisemitismus sind auch für berufliche Bildungsprogramme im Bereich Kommunikation und Wirtschaft relevant. So werden alle Lernenden, nicht nur die des Hochschulbereichs, in vollem Umfang mit den komplexen gesellschaftlichen Zusammenhängen, in denen sie leben, vertraut gemacht.

Diesem Bedarf wird in vielen Fällen durch berufliche Fortbildungsangebote entsprochen, die oftmals in Zusammenarbeit mit Museen oder Gedenkstätten, nationalen und anderen Menschenrechtseinrichtungen entstehen. Auf folgende Punkte sollte bei diesen Schulungskursen geachtet werden:⁸⁹

- Sie sollten auf das jeweilige Zielpublikum zugeschnitten sein.

⁸⁸ Siehe „Schlussbericht des Schweizer Vorsitzes in der OSZE“, a. a. O., Fußnote 26, S. 3.

⁸⁹ Die folgenden Empfehlungen wurden abgeleitet aus *National Human Rights Institutions: History, Principles, Roles and Responsibilities* (New York und Genf: Vereinte Nationen, 2010), S. 64–65, <https://www.ohchr.org/Documents/Publications/PTS-4Rev1-NHRI_en.pdf>.

- Sie sollten den Schwerpunkt auf allgemeine Menschenrechtsstandards legen, die im Arbeitsalltag des Zielpublikums eine Rolle spielen, und mit besonderen Beispielen auf Antisemitismus und die jüdische Gemeinde eingehen.
- Sie sollten von Schulungsleiter/-innen unterrichtet werden, die aus demselben Bereich wie die Teilnehmenden kommen.
- Es sollte sichergestellt werden, dass Lehrmethoden der Erwachsenenbildung und Train-the-trainer-Techniken zum Einsatz kommen.
- Diese Schulungskurse sollten sachgemäß evaluiert und regelmäßig überarbeitet und aktualisiert werden.

Regierungen und Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs sind dazu angehalten, berufsspezifische Schulungen für Staatsbedienstete (z.B. Ärzt/-innen, Pflegekräfte, die Mitarbeiter/-innen von Strafverfolgungsbehörden) zu entwickeln, um bei diesen Berufsgruppen das Verständnis für die Spezifika des Antisemitismus zu erweitern.⁹⁰ Einige Programme arbeiten in diesem Bereich erfolgreich mit einschlägigen Fallstudien und -szenarien.

Beispiel aus der Praxis: OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Das BDIMR hat das „Schulungsprogramm gegen Hassdelikte für Strafverfolgungsorgane“ (Training against Hate Crimes for Law Enforcement, TAHCLE) in sechs OSZE-Teilnehmerstaaten durchgeführt, das Polizeikräfte im Erkennen, Verstehen und Reagieren auf Hassverbrechen schult und Indikatoren für Voreingenommenheit (bias indicators), auch im Zusammenhang mit Antisemitismus, enthält. TAHCLE verbessert die Fähigkeiten von Polizeikräften in Bezug auf den Umgang mit Hassverbrechen (insbesondere Prävention und Reaktion). Zudem schult das Programm Polizeikräfte im Umgang mit Opfergruppen und beim Aufbau von öffentlicher Unterstützung, Vertrauen und Zusammenarbeit. Darüber hinaus spricht das BDIMR mit dem Schulungsprogramm „Staatsanwält/-innen und Hassdelikte“ (Prosecutors and Hate Crimes Training, PAHCT) auch Staatsanwält/-innen an, um deren Kompetenzen auszubauen, Hassdelikte vor Gericht nachzuweisen.

„Schulungsprogramm gegen Hassdelikte für Strafverfolgungsorgane“: <https://www.osce.org/odihr/tahcle>

„Schulungsprogramm Staatsanwält/-innen und Hassdelikte“: <https://www.osce.org/odihr/pahct>

⁹⁰ *Antisemitischen Hassverbrechen begegnen – jüdische Gemeinden schützen: Ein Leitfaden* (Warschau: OSZE/BDIMR, 2017), S. 39, <<https://www.osce.org/de/odihr/317176?download=true>>. Die Schulung von Polizeikräften hinsichtlich ihrer Rolle bei der Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, wird im folgenden Leitfaden beschrieben: *Preventing Terrorism and Countering Violent Extremism and Radicalization that Lead to Terrorism: A Community-Policing Approach*, (Wien: OSZE, 2014), S. 104, 135–141, 180–186, <<http://www.osce.org/atu/111438>>.

Proaktive Einbeziehung von Jugendlichen und Gemeinden

Zusätzlich sollten unterschiedliche Präventionsmaßnahmen entwickelt werden, die darauf ausgerichtet sind, Jugendliche mittels außerschulischer Aktivitäten zu erreichen, besonders auf der lokalen Ebene. Diese Aktivitäten sollten darauf abzielen, unter den Jugendlichen Toleranz und Engagement im sozialen und politischen Bereich ebenso zu fördern wie ihr kritisches Denkvermögen, ihre Fähigkeiten zur Selbstreflexion und ihre Resilienz. Derartige Aktivitäten können beinhalten: Sport- und Kunsterziehungsprojekte; Informationsveranstaltungen für Gemeinschaften, Familien und Jugendliche; Unterstützung für Jugendgruppen und Verstärkung der Onlinepräsenz durch E-Learning, Kampagnen in den sozialen Medien usw. Diese Aktivitäten sollten Männer und Frauen gleichermaßen einbeziehen und besonderen Wert auf die Förderung von inklusiven und vielfältigen männlichen Rollenbildern legen. Damit soll der emotionalen Anziehungskraft von Stereotypen aggressiver Männlichkeit wie sie oft benutzt werden, um junge Männer als Mitglieder von extremistischen, darunter auch antisemitischen, Hassgruppen zu rekrutieren und zu halten, entgegengewirkt werden.⁹¹

In diesem Zusammenhang sind drei Punkte zu beachten. Erstens erfordern diese Ansätze Anstrengungen, um Kontakt mit den betreffenden Familien und Gemeinschaften aufzunehmen und auf diese Weise einerseits die Vielfalt der lokalen Umgebungen zu berücksichtigen und andererseits die örtlichen Bedingungen herauszustellen, in denen sich antisemitische Ideologien entwickeln können. Zweitens müssen die geplanten Aktivitäten in der jeweiligen Umgebung Nachhall finden, in der sie umgesetzt und durchgeführt werden. Somit erfordern sie proaktiven Einsatz von Seiten des Schulpersonals, der Gemeinde- und Jugendleiter/-innen oder der Sozialarbeiter/-innen, die sich auf eine Art und Weise einbringen müssen, die den durch das Bildungssystem implementierten Richtlinien entspricht. Drittens müssen derartige Programme sorgfältig beobachtet und evaluiert werden, um auf diese Weise Fortschritte im Bereich der Wahrnehmungen, Einstellungen und Verhaltensweisen messen und besonders erfolgreiche Initiativen erkennen und auszeichnen zu können.

91 Michael Kimmel, *Healing from Hate. How Young Men Get Into—and Out of—Violent Extremism* (University of California Press, 2018), S. 1–27.

Beispiel aus der Praxis: Vereinigtes Königreich

Der FC Chelsea setzt sich mit seiner Kampagne „Building Bridges“ für die Förderung von Gleichberechtigung und Vielfalt ein. Im Rahmen dieser Kampagne arbeitet er mit Kindern und Jugendlichen in Schulen und lokalen Fußballclubs, mit örtlichen Gemeindegruppen und Erwachsenenfußballteams im Frauen- und Männerbereich. Um gegen antisemitische Beleidigungen vorzugehen, hat der FC Chelsea einen Kurzfilm namens „The Y-Word“ mit dem ehemaligen Chelsea-Mittelfeldspieler Frank Lampard produziert. Der Film vermittelt, dass beleidigende und diskriminierende jüdenfeindliche Ausdrücke inakzeptabel sind. Im Jahr 2018 hat der Club eine langfristig angelegte Initiative angekündigt, die der Sensibilisierung und Aufklärung von Spieler/-innen, Mitarbeiter/-innen, Fans und der Gesellschaft im Allgemeinen in Bezug auf die Problematik des Antisemitismus im Fußball dienen soll. Der Club hat sich mit einer Reihe von Institutionen (dem Holocaust Educational Trust, dem Jewish Museum in London, dem Community Security Trust, Kick It Out, dem World Jewish Congress, dem Anne Frank House und Maccabi GB) zusammengesetzt, um ein Bewusstsein für das Problem Antisemitismus, dessen Auswirkungen auf jüdische Gemeinden und die Gesellschaft insgesamt zu schaffen und darüber hinaus ein klares Zeichen dafür zu setzen, dass der Club alle Menschen willkommen heißt. Darüber hinaus richtet der Verein einmal im Jahr einen Wettbewerb für Jugendliche aus, bei dem die Teilnehmenden ihre eigenen Antidiskriminierungskampagnen und Botschaften entwickeln und einreichen können. Die Gewinner/-innen werden ins Stadion des FC Chelsea nach Stamford Bridge eingeladen, wo sie auf dem Spielfeld Fotos machen und einige der Spieler kennenlernen können.

Nähere Informationen unter: <http://www.chelseafc.com/news/latest-news/2018/01/chelsea-to-launch-campaign-to-tackle-antisemitism.html>

5.

**GEGEN ANTISEMITISCHE
VORKOMMNISSSE IM
BILDUNGSWESEN
VORGEHEN**

Sowohl die Bekämpfung von Antisemitismus *durch* Bildungsarbeit als auch die Bildungsarbeit *über* Antisemitismus zielen darauf ab, Lernende mit den notwendigen Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen auszustatten, damit sie zu einer Kultur der Achtung der Menschenrechte beitragen können und darüber hinaus in der Lage sind, Stereotypen und Irrglauben, die zu Diskriminierung und Gewalt gegen jüdische Menschen führen, zurückzuweisen. Darüber hinaus müssen politische Entscheidungsträger/-innen das Thema Antisemitismus im Bildungswesen angehen – sprich: sämtliche Formen der Anfeindung von jüdischen Menschen in Bildungsumgebungen. Das letzte Kapitel dieses Leitfadens ist diesem Thema gewidmet.

5.1. Ansätze für den Umgang mit Fällen von Antisemitismus im Bildungswesen

Antisemitismus in Bildungseinrichtungen lässt sich proaktiv oder reaktiv angehen. Als Teil des Lehrplans oder als Teil des administrativen und rechtlichen Rahmenwerks des Lehrplans lassen sich proaktive Maßnahmen entwickeln, um antisemitische Vorfälle zu antizipieren und zu vermeiden (siehe dazu zum Beispiel die Erläuterungen zu den ganzheitlichen Schulansätzen im vorherigen Kapitel). Allgemein gesprochen geht es darum, dass menschenrechtsbasierte Werte, angefangen beim Grundsatz der Nichtdiskriminierung und einschließlich der Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit⁹², das Ethos einer Bildungseinrichtung ebenso durchdringen müssen wie ein Bewusstsein für die Rolle von Geschlechterstereotypen im Bereich der sozialen Interaktion. Das Verhalten von Lehr- und Verwaltungskräften muss im Einklang mit den von ihnen propagierten Grundsätzen stehen. Ein entschlossenes Vorgehen zur Beseitigung des Antisemitismus und anderer Diskriminierungsformen muss ebenso fester Bestandteil sämtlicher Schulvereinbarungen sein wie eine Verpflichtung in Bezug auf die im Völkerrecht und in nationalen Gesetzen verankerten Freiheiten.⁹³ Ihre Bedeutung für das Verhalten der Lernenden und die Nichtdiskriminierungsgrundsätze muss klar herausgestellt werden. Zudem sind diese Schulvereinbarungen umfassend zu verbreiten und den Lernenden, den Familien, dem gesellschaftlichen Umfeld und sonstigen Interessengruppen näherzubringen.

Reaktive Maßnahmen sind Reaktionen, die von einem antisemitischen Vorkommnis im Klassenzimmer, in der Bildungseinrichtung, in den sozialen Medien oder innerhalb der weitergefassten Gemeinschaft ausgelöst werden.

5.1.1. Reaktive Ansätze für Grund- und Sekundarschulen

Selbst intensive proaktive Maßnahmen können Antisemitismus nicht vollkommen beheben; die Häufigkeit und Schwere seines Auftretens können sie allerdings sehr wohl reduzieren. Die Etablierung von Regeln und Routinen für den Umgang mit Fällen von Intoleranz, einschließlich Antisemitismus, ermöglicht es dem Schulpersonal, angemessen auf mögliche Vorfälle zu reagieren. Zudem können sie eine solide Grundlage für den Umgang mit bereits begangenen Verstößen liefern. Dieser Abschnitt bietet Lehrkräften Rat und Orientierung, um auf die Vorfälle reagieren zu können, die sich nicht

⁹² Die OSZE-Teilnehmerstaaten haben sich mehrfach zu diesen Prinzipien verpflichtet. Siehe Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE, 29. Juni 1990, Kopenhagen, Teil II (9.1), (10), (10.1), (10.2), IV (32), (40), (40.1), (40.2), (40.3), (40.4), (40.5), (40.6).

⁹³ Zum Beispiel, ICCPR, a. a. O., Fußnote 2, Artikel 19–22.

verhindern lassen. Dabei ist zu beachten, dass diese Vorfälle sich in puncto Schwere und Charakter stark unterscheiden und die Frage nach der angemessenen Reaktion stets einzelfallabhängig ist.

Der erste Schritt besteht darin, die Opfer ernst zu nehmen und damit eine Verschlimmerung der Situation und eine sekundäre Viktimisierung zu vermeiden. Um das sicherzustellen, ist es wichtig, einfache, effektive und für alle zugängliche Meldemechanismen sowie ein wirkungsvolles Meldesystem zu etablieren, wozu ein gemeinsames Verständnis darüber gehört, was als Antisemitismus gilt. Besonders für Personen, die für die Identifizierung und Meldung derartiger Fälle verantwortlich sind, ist dieses Verständnis von zentraler Bedeutung.

Eine ernsthafte Reaktion auf Beschwerden über Antisemitismus oder Beschwerden über andere Vorfälle, bei denen Hass oder Voreingenommenheit als Motivation auftreten, kann folgende bewährte Verfahrensweisen berücksichtigen:⁹⁴

Zeitnah reagieren

- ☞ Sofortige Hilfe anbieten. Die Reaktionen auf Hass und Vorurteile müssen schnell und effektiv sein. Eine verzögerte Reaktion kann zur Verschlimmerung der Situation führen.
- ☞ Die notwendige medizinische Behandlung durch medizinisches Fachpersonal veranlassen.
- ☞ Unterstützung von Psycholog/-innen und/oder Sozialarbeiter/-innen anfordern, die eine Genderperspektive in ihre Arbeit integrieren.
- ☞ Sofortige Befragungen von Zeug/-innen (solange die Erinnerung noch frisch ist) durchführen und klare und nachvollziehbare Notizen anfertigen.
- ☞ Sämtliche Beweismaterialien zusammentragen und deren ordnungsgemäße Verwahrung sicherstellen.
- ☞ Nicht davon ausgehen, dass sich Probleme von selbst lösen, da sie sich bei Untätigkeit tendenziell eher verschlechtern.

⁹⁴ Einige dieser Punkte stammen aus den Publikationen *Preventing and Responding to Hate Crimes: A Resource Guide for NGOs in the OSCE Region* (Warschau OSZE/BDIMR, 2009), S. 46-49, <<http://www.osce.org/odihr/39821>> und *Pädagogischer Leitfaden zur Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen – Mit Bildungsarbeit gegen Islamophobie* (Warschau: BDIMR, Europarat und UNESCO, 2011), <<https://www.osce.org/de/odihr/91299?download=true>>.

Erklären und verweisen

- ☞ Opfer und Zeug/-innen Möglichkeiten zum weiteren Vorgehen aufzeigen.
- ☞ Opfer und Zeug/-innen fragen, ob sie anonym bleiben möchten und darlegen, inwiefern bei einer offiziellen Beschwerde personenbezogene Daten anzugeben sind.
- ☞ Auf relevante Punkte der Schulordnung (Antimobbing- und Antidiskriminierungsvorschriften) und die für derartige Vorfälle vorgesehenen Sanktionen oder rechtlichen Konsequenzen verweisen.
- ☞ Alle für diese Fälle anzuwendenden Verfahrensweisen darlegen, einschließlich interner Beschwerdeverfahren innerhalb der Schule sowie verfügbarer externer Prozesse zur Bearbeitung der Beschwerde (unter Berücksichtigung von Verjährungs- oder sonstigen Fristen für das Einreichen einer offiziellen Beschwerde).
- ☞ Sachlage zum Schutz der Opfer und Zeug/-innen gegen Vergeltungshandlungen seitens der Täter/-innen (aufgrund des Einreichens einer offiziellen Beschwerde und/oder aufgrund von Beweismitteln) umfassend und offen darlegen.

Zuhören und anerkennen

- ☞ Einen sicheren Ort schaffen, der den Opfern und Zeug/-innen vermittelt, dass ihnen zugehört wird.
- ☞ Dem Lernenden aufmerksam zuhören und dabei beachten, dass die Meldung eines Vorfalls schwierig und verstörend sein kann und der Vorfall möglicherweise eine geschlechtsspezifische Voreingenommenheit bzw. Anfeindung beinhaltet.
- ☞ Einen respekt- und verantwortungsvollen Umgang mit den erhaltenen Informationen sicherstellen. Dabei ist es wichtig, zu bedenken, dass Opfer oftmals befürchten, dass ihnen nicht geglaubt wird und sie möglicherweise nicht die notwendige Hilfe in Anspruch nehmen, wenn sie sich nicht respektiert fühlen.

Sorgfältige Dokumentation

- ✎ Es sollte immer dokumentiert werden, ob die berichtende Person Opfer, Augenzeuge/-in oder jemand mit Informationen aus zweiter oder dritter Hand ist. Vorzugsweise ist dafür ein von der Schule entwickeltes Standardformular zu verwenden.
- ✎ Manchmal ist es wichtig, direkte Zitate von Opfern oder Zeug/-innen festzuhalten. Diese können einzelne beschreibende Formulierungen enthalten, mit denen der/die Berichtende den Vorfall oder seine/ihre Gefühle schildert.

Je nach Schwere des Vorfalls stehen der Lehrkraft und/oder Schulverwaltung verschiedene Handlungsoptionen offen:

- ✎ Eltern und Betreuungspersonen der betreffenden Schüler/-innen (sowohl die der Täter/-innen als auch die der Opfer) einbeziehen.
- ✎ Abhilfe- und Lösungsmaßnahmen, einschließlich Disziplinarstrafen unter Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Verfahrens für die Täter/-innen, vorschlagen.
- ✎ Falls angemessen, den Vorfall den Strafverfolgungsbehörden melden.
- ✎ Den Vorfall bewerten, um festzustellen, ob er Indiz für ein tiefgreifenderes Problem in der Schulumgebung bzw. in Bezug auf die Situation der Täter/innen ist und deshalb nach umfassenderen Maßnahmen verlangt.
- ✎ Sicherstellen, dass alle Mitarbeiter/-innen und sonstigen Akteursgruppen (Lehrkräfte, Verwaltung, Lernende, Eltern und Betreuungspersonen) in vollem Umfang über die ethischen Kodizes und Grundsätze der Einrichtung, die Konsequenzen von Verstößen und das Beschwerdesystem informiert sind, um zukünftige Vorfälle zu vermeiden. Im Falle von antisemitischen Vorfällen müssen Führungskräfte schnell, entschlossen und persönlich das Wort ergreifen, um ein Signal an die betroffenen Gemeinschaften und eine Botschaft an die allgemeine Öffentlichkeit zu senden, dass Antisemitismus nicht toleriert wird.
- ✎ In der Lernumgebung Diskussionen über den Vorfall initiieren. Ohne das Einverständnis der betreffenden Personen sollte jedoch nicht über konkrete Opfer oder Täter/-innen gesprochen werden.

Beispiel aus der Praxis: Zypern

Das Ministerium für Bildung und Kultur in Zypern hat für den Zeitraum 2015/16 für alle Schulen antirassistische Zielsetzungen festgelegt und drei Programme verabschiedet: ein Programm zur *Sensibilisierung von Lernenden in Bezug auf Rassismus und Intoleranz sowie zur Förderung von Gleichberechtigung und Respekt*; einen *Verhaltenskodex* und einen *Leitfaden zum Umgang mit bzw. zur Dokumentation von rassistischen Vorfällen*. Diese Programme zeigen den Lehrkräften Möglichkeiten auf wie sie ihre Schüler/-innen dabei unterstützen können, Fähigkeiten und Haltungen zu entwickeln, die sich gegen Rassismus und Vorurteile richten und Gleichberechtigung und Respekt fördern. Zudem befähigen sie die Lehrkräfte, den Lernenden die notwendigen Kenntnisse zu vermitteln, um direkte oder indirekte, zielgerichtete oder unbeabsichtigte Handlungen und Prozesse zu identifizieren, die zu einer negativen Diskriminierung von Einzelpersonen oder Gruppen auf Grundlage ihrer (so wahrgenommenen) Andersartigkeit führen. Außerdem unterstützen diese Orientierungshilfen die Lehrkräfte bei der Entwicklung von Sofortmaßnahmen für die Prävention und Bekämpfung rassistischer Vorfälle und leisten einen Beitrag zur Etablierung einer antirassistischen Schulkultur.

Nähere Informationen unter: <http://naos.risbo.org/wp-content/uploads/2017/04/Cyprus-antiracism-code.pdf>

5.1.2. Spezifische reaktive Ansätze für Hochschuleinrichtungen

In den letzten Jahren ist von antisemitischen Vorfällen in Hochschuleinrichtungen im gesamten OSZE-Raum berichtet worden. Während einige Hochschulverwaltungen mit der Einführung von Richtlinien und/oder Mechanismen zum Umgang mit dieser Problematik reagiert haben, sind andere nur mit Verzögerung oder überhaupt nicht auf diese Entwicklung eingegangen.

Die Universitätsleitung ist dafür verantwortlich, die Studierenden vor Entwicklungen zu schützen, die zu einer feindseligen Umgebung führen könnten, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der Einrichtung selbst, im Widerspruch zu internationalen, nationalen oder lokal gültigen Gesetzen bzw. Bestimmungen und/oder im Widerspruch zu den Standards der zuständigen Akkreditierungsinstanzen steht. Zudem wird von den Universitätsleitungen erwartet, dass sie moralische Standards setzen, indem sie antisemitische Äußerungen und andere Fälle von Hassrede anprangern und gleichzeitig alle mit der freien Meinungsäußerung und den Grundprinzipien der akademischen Freiheit in Verbindung stehenden Rechte schützen. Beim Umgang mit Vorfällen, hinter denen Hass oder Voreingenommenheit stehen, können Hochschulverwaltungen folgende Empfehlungen beachten:

Keinerlei Diskriminierung zulassen

Viele Verhaltenskodizes im Hochschulbereich verbieten Diskriminierung bereits in stärkerem Ausmaß als gesetzlich vorgesehen, ohne dabei das Recht auf freie Meinungsäußerung und die akademische Freiheit einzuschränken. Alle Führungskräfte einer Hochschuleinrichtung sind für die Etablierung gender-gerechter Ethik-Kodizes und -Grundsätze für die jeweilige Institution verantwortlich. Darüber hinaus müssen sie in regelmäßigen Abständen sicherstellen, dass alle Mitarbeiter/-innen und Studierenden über diese Kodizes und Richtlinien sowie über entsprechende Beschwerdemechanismen informiert sind.

Zivilität sicherstellen

Demokratische Werte, Menschenrechte, gegenseitiger Respekt und, ganz besonders, eine Kultur des Anstands und der Zivilität können dazu beitragen, eine Umgebung zu schaffen, in der es keine durch Hass und Voreingenommenheit motivierten Vorfälle gibt. Dafür ist es notwendig, dass leitende Verwaltungskräfte regelmäßig, überzeugend und klar über die von ihnen vertretenen Werte und das in der Hochschule angestrebte Klima sprechen. Im Allgemeinen ist es einfacher und zielführender, diese Themen frühzeitig und oft anzusprechen, als in Krisenzeiten *ad hoc* auf Einzelfälle zu reagieren.

Meinungsfreiheit schützen, Störungen abfedern

In einigen Fällen kann es dazu kommen, dass Störungen des Universitätsbetriebs, zum Beispiel in Form von Protesten, die Studierenden und/oder Gastlektor/-innen an der Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung hindern. Oftmals bekräftigen die entsprechenden Richtlinien der Universitäten in starkem Maß den Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Sie enthalten aber auch Bestimmungen in Bezug auf ordnungswidriges Verhalten, Ruhestörung, Störung des Universitätsbetriebs, Waffenbesitz (echte Waffen oder Imitate) und rechtswidrige Versammlungen bzw. entsprechen den diesbezüglich geltenden lokalen Verordnungen. Folgen die Richtlinien der Universität internationalen Menschenrechtsnormen, sind Fälle von Anstiftung zu Hass und Gewalt und von Hassrede vom Recht auf freie Meinungsäußerung ausgeschlossen. Eine faire Anwendung der Richtlinien bedeutet, dass mit allen Fällen von Hassrede gegen bestimmte Personengruppen (u.a. jüdische Menschen) auf die gleiche Weise umgegangen wird.

Führungsrolle übernehmen und auf Rede mit vermehrter Gegenrede antworten

Es ist wichtig, dass die Führungskräfte einer Hochschule als Vorbild dienen und auch moralisch eine Führungsrolle übernehmen. Sie sollten ihre Meinung über Werte und Anliegen, die mit den Menschenrechten zusammenhängen, frei zum Ausdruck bringen und Antisemitismus eine Absage erteilen, auch dann, wenn einige Menschen das als kontrovers ansehen mögen.

Konsequent nur eindeutige Konzepte verwenden

Eine schwierige Aufgabe für alle Führungspersonen im Hochschulbereich besteht darin, Äußerungen mit verletzendem antisemitischem Charakter genau zu erkennen und klar von der Kritik an der Politik und der Regierung des Staates Israel zu unterscheiden. Wenn es um die Reaktion auf Fälle von Antisemitismus und andere Formen von Voreingenommenheit geht, kann es hilfreich sein, auf die bereits verfügbaren Definitionen zurückzugreifen.

Aufmerksam mit Verstößen umgehen

Lehrkräfte sollten sich bewusst darüber sein, dass bestimmte antisemitische Vorfälle in Bildungseinrichtungen auch gegen zivilrechtliche Normen verstoßen, Straftatbestände erfüllen und sogar als Terrorismus gelten können. Das betrifft sowohl öffentliche als auch private Einrichtungen. Wenn dem so ist, müssen diese Fälle auch als solche zur Anzeige gebracht werden. In einigen Situationen ist die antisemitische Motivation der Tat klar erkennbar. In umstrittenen Fällen ist möglicherweise ein detailliertes Verständnis antisemitischer Stereotype und Codes erforderlich, um die Tat als antisemitisch einordnen zu können. Dann ist eine sachgemäße Untersuchung angezeigt.

5.2. Regierungsstrategien

Während die Reaktion auf alle Arten vorurteilsbasierter Vorfälle in Bildungsumgebungen in erster Linie in den Verantwortungsbereich der betreffenden Bildungseinrichtungen fällt, kommt auch den entsprechenden Regierungsstellen eine wichtige Rolle zu, wenn es darum geht, die Einhaltung von Menschenrechtsstandards im gesamten Bildungssystem sicherzustellen. In diesem Zusammenhang gibt es eine Vielzahl von Lösungen, die dabei helfen könnten, die nationalen Anstrengungen zur Bekämpfung von Antisemitismus durch Bildungsarbeit und im Bildungswesen zu verstärken.

Interministerielle Zusammenarbeit

Im Jahr 2017 forderte das Europäische Parlament die EU-Mitgliedsstaaten auf, „nationale Koordinatoren zur Bekämpfung von Antisemitismus zu ernennen“⁹⁵, um die Aktivitäten verschiedener Ministerien, Abteilungen oder Behörden bei der Bekämpfung des Antisemitismus zu koordinieren. Einige Regierungen haben dem Kampf gegen Antisemitismus mehr Priorität durch die Schaffung einer regierungsübergreifenden Instanz eingeräumt, deren Aufgabe es ist, verschiedene Aspekte der Problematik Antisemitismus anzugehen und die Kommunikation zwischen Verantwortungsträger/-innen in der Bildungsverwaltung, anderen Staatsbediensteten und jüdischen Gemeindeorganisationen zu erleichtern. Diese Bemühungen können unterschiedliche Formen annehmen, so zum Beispiel die Etablierung von regierungsübergreifenden Arbeitsgruppen, interministeriellen Delegationen oder Ombudspersonen. Derartige Initiativen unterstreichen das Engagement einer Gesellschaft gegen Antisemitismus, unterstützen die Anstrengungen des Bildungsministeriums und stellen eine Möglichkeit dar, um den Behauptungen von Lehrkräften oder Bildungseinrichtungen, ein vermehrter Einsatz zur Bekämpfung dieser Form von Diskriminierung und Belästigung sei unnötig, öffentlich etwas entgegenzusetzen.

Beispiel aus der Praxis: Frankreich

Die Interministerielle Delegation zum Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass gegen Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle (DILCRAH) ist dem Büro des Premierministers angegliedert und koordiniert Menschenrechtsaktivitäten innerhalb der französischen Regierung. Sie dient als vermittelnde Instanz zwischen Regierungsbeamten/-innen und NGOs. DILCRAH hat die Einrichtung eines funktionsfähigen Komitees zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus in jedem Ministerium der französischen Regierung unterstützt. Unter anderem hat DILCRAH auch einen multidisziplinären Wissenschaftsrat geschaffen, der im Bereich Forschung tätig ist und die Öffentlichkeit über Rassismus sowie über die Bemühungen für mehr Toleranz in Frankreich informiert. Die im März 2016 lancierte Online-Bildungsplattform von DILCRAH bietet neben Informationsvideos auch Dokumente, die von Rassismusexpert/-innen sowie Kultur- und Geschichtsvereinen verfasst wurden.

Nähere Informationen unter:

<https://www.reseau-canope.fr/eduquer-contre-le-racisme-et-lantisemitisme>

<http://www.gouvernement.fr/dilcrah>

⁹⁵ Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung von Antisemitismus, a. a. O., Fußnote 17.

Einbeziehung der örtlichen Behörden

Die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene stellt ebenfalls ein effektives Mittel zur Bekämpfung des Antisemitismus dar. Durch die Nähe der unterschiedlichen Behörden in einer Stadt entfalten entsprechende Politikansätze gerade im urbanen Bereich eine große transformative Wirkung. Als Inkubatoren für kulturelle, soziale, wirtschaftliche und politische Innovationen ermächtigen Städte ihre Bewohner/-innen, sich für eine nachhaltige und gleichberechtigte Entwicklung einzusetzen. Tatsache ist allerdings auch, dass Probleme wie Ausgrenzung, Diskriminierung und Ungleichbehandlung im städtischen Raum besonders stark ausgeprägt sind.

Beispiel aus der Praxis: Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Die Internationale Koalition für inklusive und nachhaltige Städte (International Coalition of Inclusive and Sustainable Cities, ICCAR [früher Internationale Städtekolalition gegen Rassismus]) wurde im Jahr 2004 von der UNESCO ins Leben gerufen. Die ICCAR zielt auf die Stärkung eines globalen Netzwerks von mehr als fünfhundert Städten beim Austausch von Erfahrungen und Wissen, der wiederum der Verbesserung von Strategien gegen Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung zu dient.

Nähere Informationen unter: <http://www.unesco.org/new/en/social-and-human-sciences/themes/fight-against-discrimination/coalition-of-cities>

Unabhängige Kontrolle

Nationale Menschenrechtseinrichtungen unterstützen die jeweiligen Staaten dabei, ihre internationalen, verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Aufgaben zum Schutz der Menschenrechte zu erfüllen und helfen so, internationale Verpflichtungen auf Landesebene umzusetzen. Sie tun dies, indem sie beispielsweise Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen thematisieren und Gesetze und die Politik der Regierung überprüfen, um sicherzustellen, dass gleiche Bildungschancen für männliche und weibliche Lernende aller Glaubensrichtungen und ethnischen Hintergründe bestehen und in ausreichendem Maße rechtlich abgesichert sind.

Nationale Menschenrechtseinrichtungen sollten unabhängig, gut organisiert, ausreichend finanziert und allgemein zugänglich sein und darüber hinaus über detaillierte ausgearbeitete Menschenrechtspläne sowie Kapazitäten für Monitoring und Analyse verfügen. Nationale Menschenrechtseinrichtungen können die Rechte von Lernenden vor Bedrohungen durch Antisemitismus und andere Diskriminierungsformen auf unterschiedliche Weise schützen, unter anderem durch:⁹⁶

- Untersuchungen;
- Alternative Streitbeilegungsmethoden;
- Die Aufnahme und Bearbeitung von einzelnen Beschwerden (dies gilt für nationale Menschenrechtsinstitutionen mit Quasi-Rechtsprechungsbefugnis);
- Öffentliche Untersuchungen; und
- Monitoring.

⁹⁶ Diese Empfehlungen wurden übernommen aus *National Human Rights Institutions: History, Principles, Roles and Responsibilities*, a. a. O., Fußnote 89.

Neben der Durchsetzung und Einhaltung relevanter Vorgaben können nationale Menschenrechtsinstitutionen das Thema Antisemitismus im Bildungswesen zusätzlich mit ihren Programmen zur Förderung der Menschenrechte angehen. Diese beinhalten:

- Unterstützung bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Bildungsinitiativen;
- Propagierung von Menschenrechten (einschließlich Antisemitismusprävention); und
- Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für das Thema Antisemitismus (auch durch die Medien).

Parlamentarische Kontrolle

Parlamentarier/-innen spielen in dreifacher Hinsicht eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, eine wirksame Menschenrechtsbildung zur Bekämpfung von Antisemitismus sicherzustellen: zum einen bei der Erarbeitung einer soliden Gesetzgebung (und bei der Zurückweisung diskriminierender Gesetzesvorlagen), zum anderen bei der Überwachung der Umsetzung dieser Gesetze durch die Exekutive und drittens auf dem Wege interparlamentarischer Zusammenarbeit. Parlamente sollten sicherstellen, dass Lehrkräfte und Wissenschaftler/-innen an öffentlichen Einrichtungen die Freiheit haben, ohne Angst vor Ermittlungen, Unterdrückung oder Strafverfolgung zum Thema Antisemitismus zu lehren und zu lernen – auch wenn dies zu Debatten über bestimmte Abschnitte der nationalen Geschichte führt.

Internationale Organisationen wie die OSZE können bei der Überprüfung der bereits bestehenden Gesetzgebung zur Bekämpfung des Antisemitismus und anderer Diskriminierungsformen (einschließlich aber nicht beschränkt auf die Diskriminierung aus Gründen der Geschlechtszugehörigkeit) unterstützend tätig werden, damit das Recht auf Bildung aller Lernenden weder durch direkte noch indirekte Diskriminierung verletzt wird.⁹⁷ Bei der Verabschiedung neuer Gesetze zu ähnlichen Politikfeldern, wie etwa der Prävention von gewalttätigem Extremismus, sollte auch, sofern angemessen und zutreffend, die Relevanz des Antisemitismus für den jeweiligen Kontext berücksichtigt werden.

Beispiel aus der Praxis: Europäische Union

Am 29. Juni 2000 verabschiedete die Europäische Union die Richtlinie 2000/43/EG des Rates zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der „Rasse“ oder der ethnischen Herkunft. Diese Richtlinie etabliert Mindeststandards für EU-Mitgliedsstaaten und verbietet die Diskriminierung aufgrund der „Rasse“ oder der ethnischen Herkunft, einschließlich Antisemitismus, in Bildungseinrichtungen und verschiedenen anderen Bereichen. Alle Mitgliedsstaaten haben in der Folge entsprechende Bestimmungen in ihre nationale Gesetzgebung integriert.

Nähere Informationen unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32000L0043&from=DE>

⁹⁷ Auf Anfrage analysiert das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte Gesetzesentwürfe und bestehende Gesetze, auch in den Bereichen Bildung und Nichtdiskriminierung, um deren Übereinstimmung mit den OSZE-Vpflichtungen und internationalen Menschenrechtsstandards zu prüfen. Themen und Fragen in Bezug auf nationale Minderheiten fallen in den Aufgabenbereich des OSZE-Hochkommissars für Nationale Minderheiten.

Auch Parlamentarier/-innen haben in ihren Ländern für zusätzliche Kontrolle in Bezug auf das Thema Antisemitismus in Bildungseinrichtungen und anderen Institutionen gesorgt. Dies geschah in Form von ergänzenden Mechanismen wie parteiübergreifenden oder Mehrparteien-Untersuchungen zum Thema Antisemitismus. Zudem hat das EU-Parlament nationale und regionale Parlamente und politische Führungskräfte aufgefordert, „parteiübergreifende parlamentarische Gruppen gegen Antisemitismus einzurichten, um den Antisemitismus im gesamten politischen Spektrum verstärkt zu bekämpfen.“⁹⁸

Beispiel aus der Praxis: Vereinigtes Königreich

Im Vereinigten Königreich kam es 2005 zu einer von allen Parteien unterstützten parlamentarischen Untersuchung zum Thema Antisemitismus (All-Party Parliamentary Inquiry into Antisemitism). Beantragt wurde die Untersuchung von John Mann MP, dem Vorsitzenden der parlamentarischen Allparteiengruppe gegen Antisemitismus (All-Party Parliamentary Group against Antisemitism).⁹⁹ Der Aufgabenbereich dieser Untersuchung umfasste die Auseinandersetzung mit nachweisbaren Formen des aktuellen Antisemitismus, die Evaluierung von laufenden Bemühungen, ihn zu bekämpfen und die Prüfung der Einführung zusätzlicher nützlicher Gegenmaßnahmen.

Im Rahmen der Untersuchung wurden Informationen von Regierungsstellen, der Polizei und den Strafjustizbehörden, Wissenschaftler/-innen, Gewerkschaften, Bürgergruppen und NGOs eingeholt. Es gab öffentliche Anhörungen; schriftliche Stellungnahmen wurden ausgewertet. Der abschließende Bericht enthielt Informationen über Antisemitismus auf Hochschulcampussen und zur Bildungsarbeit über Antisemitismus sowie eine Reihe von Empfehlungen für das Bildungswesen und Informationen über in diesem Kontext bewährte Verfahren. Die Regierung übernahm einen Teil der Empfehlungen aus der Untersuchung und fügte sie in ihren im März 2007 veröffentlichten Bericht ein.

Als Reaktion auf den sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle im Vorjahr folgte dieser parlamentarischen Untersuchung im Jahr 2015 eine weitere Untersuchung. Der abschließende Bericht stellt einen besorgniserregenden Anstieg antisemitischer Vorfälle an jüdischen Schulen, Hochschulcampussen und anderen Orten im Vereinigten Königreich fest.¹⁰⁰

Nähere Informationen unter:

<https://publications.parliament.uk/pa/cm/cmllparty/register/antisemitism.htm>

⁹⁸ Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung von Antisemitismus, *a. a. O.*, Fußnote 17.

⁹⁹ Register parteiübergreifender Parlamentariergruppen in Großbritannien <<https://publications.parliament.uk/pa/cm/cmllparty/register/antisemitism.htm>>.

¹⁰⁰ Bericht der von allen Parteien unterstützten parlamentarischen Untersuchung zum Thema Antisemitismus (All-Party Parliamentary Group against Antisemitism (parteiübergreifende Parlamentariergruppe gegen Antisemitismus)), 2015, <<https://www.antisemitism.org.uk/the-appg/publications>>.

ANHÄNGE

ANHANG 1

Ressourcen für Akteur/-innen im Bildungswesen

Internationale Organisationen

OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)
<http://www.osce.org/odihr/countering-anti-Semitism-and-promoting-Holocaust-remembrance>

Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)
<https://en.unesco.org/themes/gced>
<https://en.unesco.org/themes/holocaust-genocide-education>

Europarat, Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)
<http://www.coe.int/ecri>

Europäische Kommission
https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/combating-antisemitism_en

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)
<http://fra.europa.eu/en>

Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA)
<https://www.holocaustremembrance.com/working-definitions-and-charters>

Veröffentlichungen

OSZE/BDIMR und Yad Vashem. 2007. *Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen.*
<https://www.osce.org/de/odihr/29892>

OSZE/BDIMR und The Anne Frank House. 2007. *Teaching Materials to Challenge Anti-Semitism. Part 1, 2, 3*
<https://www.osce.org/odihr/120546>

UNESCO. 2017. *Education about the Holocaust and preventing genocide.*
<http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002480/248071E.pdf>

UNESCO. 2017. *Preventing violent extremism through education. A guide for policymakers.*
<http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002477/247764e.pdf>

UNESCO. 2016. *A Teacher's guide on the prevention of violent extremism.*
<http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002446/244676e.pdf>

Europarat. 2015. *Leben mit Widersprüchen – Das Unterrichten kontroverser Themen im Rahmen der Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung (EDC/HRE)*.

<https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016806cb5d5>

Europarat. 2016. *Bookmarks – A Manual for Combating Hate Speech Online Through Human Rights Education*. <https://www.nohatespeechmovement.org/bookmarks?bookmarks>

Zivilgesellschaftliche und andere Organisationen, die zu Antisemitismus und ähnlichen Themen Bildungsarbeit leisten

Das Aladinprojekt

<http://www.projetaladin.org/de/>

American Jewish Committee AJC Berlin, Lawrence & Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations

<https://ajcberlin.org/de/>

Anne Frank House

<http://www.annefrank.org/de/bildungsarbeit/> <https://www.storiesthatmove.org/de/startseite/>

Anti-Defamation League

<https://www.adl.org/>

CEJI – A Jewish Contribution to an Inclusive Europe

<http://www.ceji.org>

Délégation Interministérielle à la Lutte Contre le Racisme, l'Antisémitisme et la Haine anti-LGBT, DILCRAH (Interministerielle Vertretung zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Hass gegen LGBT-Personen)

<https://www.reseau-canope.fr/eduquer-contre-le-racisme-et-lantisemitisme>

erinnern.at

<http://www.erinnern.at>

European Association for Gender Research, Education and Documentation (ATGENDER)

<https://atgender.eu/>

Facing History and Ourselves

<https://www.facinghistory.org/>

Jüdisches Museum und Zentrum für Toleranz in Moskau

<https://www.jewish-museum.ru/en/>

Jüdisches Museum Berlin

<https://www.jmberlin.de/>

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, KIGa
<http://www.kiga-berlin.org>

Karakutu Association, Commitment Without Borders
<http://www.karakutu.org.tr/>

Musée d'art et d'histoire du Judaïsme in Paris (Museum für jüdische Kunst und Geschichte)
<https://www.mahj.org/>

Verein „NIE WIEDER“
<http://www.nigdywiecej.org/de/>

OXFAM (*Unterricht zu kontroversen Themen*)
<https://www.oxfam.org.uk/>

POLIN (Museum für die Geschichte der polnischen Juden)
<http://www.polin.pl/en/>

PROMUNDO (Bildung und Erziehung für Jungen und junge Männer)
<https://promundoglobal.org/>

SEFER Centre for University Teaching of Jewish Civilization
<http://www.sefer.ru/eng>

Simon Wiesenthal Center
<http://www.wiesenthal.com/>

SOVA Center
<http://www.sova-center.ru/en/>

Tom Lantos Institute
<http://tomlantosinstitute.hu/>

United States Holocaust Memorial Museum
<https://www.ushmm.org/>

Yad Vashem
<https://www.yadvashem.org/>

Institutionen für Antisemitismusforschung

Institute for the Study of Contemporary Antisemitism, Indiana University
<https://isca.indiana.edu/index.html>

The Pears Institute for the Study of Antisemitism
<http://www.pearsinstitute.bbk.ac.uk/>

The Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism
<http://sicsa.huji.ac.il>

The Yale Program for the Study of Antisemitism
<http://ypsa.yale.edu/>

Zentrum für Antisemitismusforschung
http://www.tu-berlin.de/fakultaet_i/zentrum_fuer_antisemitismusforschung/

ANHANG 2

Beispiele für antisemitische Tropen und Meme¹⁰¹

Brunnenvergiftung und Hostienfrevel

Seit dem Mittelalter sind Jüdinnen und Juden beschuldigt worden, geweihte Gegenstände und Gemeindebesitz zu schänden. Ab dem 13. Jahrhundert wurden jüdische Menschen immer wieder zu Unrecht bezichtigt, die Kreuzigung Jesu nachzuahmen und zu wiederholen, indem sie die als Repräsentation des Körpers von Jesus Christus geltenden Hostien schändeten. Seit dieser Zeit hat man jüdischen Menschen wiederholt vorgeworfen, sich miteinander zu verschwören, um heilige Orte und Gegenstände zu schänden. Ebenso bezichtigte man während des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit die jüdische Bevölkerung Europas wiederholt, Gemeindebrunnen zu vergiften.

Dämonisierung

Bereits im vierten Jahrhundert brachten einflussreiche Persönlichkeiten des Christentums Jüdinnen und Juden mit dem Teufel und dämonischen Elementen in Verbindung. Während des Mittelalters wurden Jüdinnen und Juden sogar als Kinder des Teufels angesehen und mit Hörnern und hervortretenden Augen dargestellt. Darüber hinaus sprach man ihnen die Eigenschaften des Teufels zu, so zum Beispiel immense Kräfte und Heimtücke. Heute werden diese Bilder wieder zum Leben erweckt, indem man Jüdinnen und Juden, als Einzelpersonen aber auch als Gruppe, als Träger einer Unzahl bösariger Eigenschaften präsentiert. Als Beispiel können Karikaturen gelten, in denen jüdische Personen des öffentlichen Lebens als Teufel oder Dämonen dargestellt werden.

Entmenschlichung

Seit frühester Zeit hat man Jüdinnen und Juden in herabwürdigende Weise mit Nutztvieh und Wildtieren verglichen. So finden sich in einigen historisch einflussreichen Texten Vergleiche mit Schweinen, Ziegen, Kühen und Affen. Während des Mittelalters hat man Jüdinnen und Juden in Europa oft mit Schweinen verglichen bzw. ihnen ein inniges Verhältnis mit Schweinen unterstellt. Der Begriff der „Judensau“, der sich auf intimen Kontakt zwischen jüdischen Menschen und Säuen bezieht, tauchte erstmals im Deutschland des 13. Jahrhunderts auf und war über mehrere Jahrhunderte hinweg in ganz Europa verbreitet. Schlangen, Ratten und Kraken sind auch heute noch benutzte Variationen dieses Themas.

101 Weitere Informationen zur Geschichte des Antisemitismus sind zu finden im online Multimedia Learning Centre des Museums der Toleranz (Bildungseinrichtung des Simon Wiesenthal Centers in Los Angeles, Vereinigte Staaten von Amerika), <http://motlc.wiesenthal.com/site/pp.asp?c=gvKVLcMVLuG&b=394713> sowie in Kenneth L. Marcus, *Fact Sheet on the Elements of Anti-Semitic Discourse* (Washington, D.C.: The Louis D. Brandeis Center for Human Rights Under Law, 2014), <http://brandeiscenter.com/images/uploads/practices/factsheet_antisemitism.pdf>.

Geld und Kriminalität

Die Behauptungen, jüdische Menschen kontrollierten die Finanzwelt oder hätten zumindest eine außergewöhnlich große Faszination für Finanzthemen, sind so alt wie das Neue Testament, in dem die Juden mehrfach als Geldwechsler dargestellt werden, die im Jerusalemer Tempel dieser unheiligen Praxis nachgehen. Diese Anschuldigung wurde auch im Mittelalter weiterverbreitet, einer Zeit, in der es den Christen verboten war, Geld gegen Zinsen zu verleihen, sodass dieses Berufsfeld anderen Bevölkerungsgruppen offenstand. Jüdischen Menschen war es streng untersagt, Ackerland zu besitzen. Auch der Zugang zu einem Großteil der Berufsstände wurde ihnen verwehrt. Deshalb widmeten sie sich fortan dem Geschäft des Geldverleihens.¹⁰² Seit dieser Zeit werden jüdische Menschen als reich, mächtig und bedrohlich dargestellt. In einigen Ländern existierte das Klischee, jüdische Frauen kleideten sich bewusst prunkvoll, um ihren Reichtum zur Schau zu stellen. Heutzutage findet dieser Mythos Ausdruck in Bezugnahmen auf „Rothschild-Geld“ oder Äußerungen zur angeblichen Existenz einer jüdischen Verschwörung mit dem internationalen Bankensystem und der Welt der Kriminalität.

Gottesmörder

Seit den frühen Tagen des Christentums schon beschuldigen einige Christ/-innen Juden, für den Tod von Jesus Christus verantwortlich zu sein und erlegen ihnen kollektiv diese Schuld auf.¹⁰³ Der Mythos von den Juden als Gottesmörder hat die Vorstellung verstärkt, alle Jüdinnen und Juden verfügten über Eigenschaften, die mit der Ermordung einer Erlöserfigur assoziiert werden: z.B. übernatürliche Kräfte, Kompromisslosigkeit im Handeln und verräterische Heimtücke.

Kommunisten

Das Engagement einiger Jüdinnen und Juden in den kommunistischen und sozialdemokratischen Bewegungen Europas war oftmals Grundlage für die Behauptung, es existiere ein Judeo-Bolschewismus oder Judeo-Kommunismus. Während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dieser Mythos in Europa weit verbreitet und wurde von der Nazipropaganda sowohl in Deutschland als auch in den im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten aktiv verbreitet. Der Internationalismus des frühen Kommunismus und die Tatsache, dass einige jüdische Widerstandskämpfer/-innen sich sowjetischen Partisaneneinheiten anschlossen oder in verschiedenen Ländern Mitglieder der kommunistischen Partei wurden, befeuerte Behauptungen, dass es jüdischen Menschen sowohl kollektiv als auch individuell an Loyalität gegenüber ihren Heimatländern mangle. In der jüngeren Vergangenheit taucht die Trope des kommunistischen Juden immer wieder in Diskussionen um die nationale Identität oder die Geschichte des Zweiten Weltkriegs auf. So zum Beispiel, wenn behauptet wird, die in bestimmten Orten vor, während oder nach dem Holocaust an Jüdinnen und Juden begangenen Verbrechen seien das Ergebnis eines antikommunistischen Übereifers gewesen.

102 Weitere Informationen zu diesem Thema sind beim Koordinationsforum für die Bekämpfung des Antisemitismus erhältlich, siehe <<https://antisemitism.org.il/page/62556/confronting-antisemitism-myths-and-facts>>.

103 Die Erklärung über die Haltung der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen („Nostra aetate“), die das Zweite Vatikanische Konzil 1965 verabschiedet hat, distanziert sich von diesem Mythos.

Medien

Die Vorwürfe hinsichtlich einer jüdischen Steuerung und Kontrolle der Medien existieren seit dem frühen 19. Jahrhundert und wurden auch in den *Protokollen der Weisen von Zion* wiederholt.¹⁰⁴ Ausgehend von Einzelpersonen mit einem vermutetem oder tatsächlichem jüdischen Hintergrund, die als Ergebnis ihrer Position in einem bestimmten Medienunternehmen über ein gewisses Maß an persönlichem Einfluss verfügten, wurde im 20. und 21. Jahrhundert immer wieder suggeriert, die gesamte Medienlandschaft unterstehe „jüdischer Steuerung und Kontrolle“. Einige Personen sprechen in diesem Zusammenhang auch von einer „zionistischen Steuerung und Kontrolle“ der Medien. Anhänger/-innen dieser Vorstellung glauben, dass diese Einzelpersonen in verschwörerischer Weise zusammenarbeiten und Entscheidungen fällen. Dabei ignorieren sie die Tatsache, dass in der Medienbranche noch viele andere Personen wie auch immer gearteter Gemeinsamkeiten arbeiten und dass es praktisch unmöglich ist, die Medienlandschaft infolge ihrer Vielfalt, Komplexität und permanenten Weiterentwicklung auf diese Weise zu kontrollieren.

Nationale Loyalität: doppelt oder mangelhaft

Oft unterstellt man jüdischen Menschen, sie würden sich verschwören, um die öffentliche Politik zu Gunsten jüdischer Interessen zu gestalten oder sie seien weniger patriotisch als andere Bürger/-innen. Diese Unterstellung findet gelegentlich in der Behauptung Ausdruck, jüdische Menschen, kollektiv oder individuell, seien ihren Heimatländern gegenüber nicht loyal. Um als ebenbürtige Landsmänner und -frauen anerkannt zu werden, fordert man jüdische Menschen mitunter auf, sich von Israel zu distanzieren, obwohl das Land oftmals eine zentrale Rolle für die jüdische Identität vieler Menschen spielt. Dieser Mythos der fehlenden Loyalität findet auch in der Behauptung Ausdruck, jüdische Menschen würden nicht in angemessenem Umfang Militärdienst leisten und sich zudem nur unzureichend in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens demokratischer Staaten engagieren.

Ritualmordlegende

Seit frühester Zeit werden Jüdinnen und Juden zu Unrecht beschuldigt, nicht-jüdische Menschen zu Ritualzwecken zu töten und im Bund mit dem Teufel zu stehen. In Europa des Mittelalters ging seit dem 12. Jahrhundert diese Legende oft mit der Beschuldigung einher, Jüdinnen und Juden würden das Blut ihrer Opfer benutzen, um Mazzen für das jüdische Pessachfest zu backen. Diese Falschbehauptungen führten in der Geschichte oft zu antisemitischen Ausschreitungen und Massenmorden. Auch im gegenwärtigen Diskurs wird die Ritualmordlegende noch bemüht.

Rituelle Schlachtungen

Das rituelle Schlachten von Tieren für die Herstellung koscherer Nahrungsmittel ist als grausame, fremdartige und blutrünstige Praxis dargestellt worden, die in engem Zusammenhang mit dem angeblichen Teufelspakt und der Blutanklage stehe, die

¹⁰⁴ Die Protokolle der Weisen von Zion sind ein auf Fälschungen beruhendes antisemitisches Pamphlet. Sie geben vor, geheime Dokumente eines angeblichen Treffens von jüdischen Weltverschwörern zu sein. Erstmal wurden die *Protokolle* 1903 in Russland veröffentlicht. 1921 hat man sie als ungeschickte Fälschung enttarnt. Sie wurden in viele Sprachen übersetzt und fanden seit Anfang des 20. Jahrhunderts weltweite Verbreitung.

Jüdinnen und Juden unterstellt wird. Diese Sichtweise setzt sich in Hinblick auf die unter Juden übliche Praxis der männlichen Beschneidung fort.

Schmutz und Krankheit

Seit langer Zeit beschreiben Antisemit/-innen jüdische Menschen als von körperlichen Defekten geschlagen und als Träger von Krankheiten. In einigen Fällen wurden diese Defekte mit der jüdischen Männlichkeit oder Weiblichkeit in Verbindung gebracht. Ein Beispiel ist der Mythos der Menstruation männlicher Juden. Auch der Ausdruck des „dreckigen Juden“ sowie das Stereotyp des „Judengeruchs“ waren einst gebräuchlich. So wurden jüdische Menschen im 14. Jahrhundert bezichtigt, Schuld an der Verbreitung des „Schwarzen Todes“ zu sein, während Rassenkundler/-innen Jüdinnen und Juden im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts als Menschen mit minderwertigen, nicht der „weißen Rasse“ entsprechenden Eigenschaften ansahen. Die Behauptung der Nationalsozialisten, jüdische Menschen übertrügen Krankheiten, passte zu dieser Trope. Im Gegensatz dazu wurde die Zugehörigkeit zur jüdischen Bevölkerung seit Mitte des 20. Jahrhunderts oft mit einer fehlgeleiteten Vorstellung von der Überlegenheit weißer Menschen (z. T. in Verbindung mit Rassismus und Kolonialismus) assoziiert.

Wandernder Jude

Einige christliche Theologen haben die Juden als ein verfluchtes Volk angesehen, das auf alle Ewigkeit dazu verdammt ist, als Zeichen der eigenen Verkommenheit elend durch die Welt zu wandern. Heute finden sich Spuren dieses Mythos in der Hervorhebung des angeblich niedrigen gesellschaftlichen Status von Jüdinnen und Juden in der Diaspora wieder. Diese Sichtweise trägt zu der Vorstellung bei, Jüdinnen und Juden seien Verräter/-innen und verhielten sich ihren Heimatländern gegenüber illoyal oder hätten zumindest ein gespaltenes Verhältnis zu selbigen. Des Weiteren spiegelt sich dieses Konzept auch in der Haltung, das jüdische Volk habe kein Recht auf nationale Selbstbestimmung.¹⁰⁵

Weltherrschaft

Der Mythos von jüdischen Verschwörungen gipfelt in der Vorstellung, jüdische Menschen planten aus Gewinnsucht heraus, die Weltherrschaft an sich zu reißen. Das möglicherweise eindeutigste und bekannteste Beispiel dafür sind *Die Protokolle der Weisen von Zion*, die in unzähligen Sprachen immer wieder veröffentlicht werden und bis zum heutigen Tag auf der ganzen Welt Verbreitung finden. Aktuell wird der Mythos der angestrebten Weltherrschaft in den sozialen Netzwerken mit dem Mem „The Goyim Know“ („Die Gois wissen Bescheid“) aufrechterhalten und steht damit in einer Linie mit Memes und Artikeln über Reptiloide, die Illuminati und die Neue Weltordnung.

¹⁰⁵ Die Gemeinschaft der Roma ist von einem ähnlichen Stereotyp betroffen.

ANHANG 3

Beispiele für antisemitische Symbole

Besonders wenn junge Menschen versuchen, sich in eine Gruppe einzufügen, kann es vorkommen, dass sie Symbole benutzen, über deren antisemitische Konnotationen sie sich nicht vollständig im Klaren sind. Gleichzeitig benutzen andere diese Symbole als Code, um sich mit Einzelpersonen oder Gruppen zu identifizieren, die antisemitische Ideologien vertreten. Antisemitische Symbolik kann in Bildern, Zahlen- und Buchstabenkombinationen, Musik oder Parolen Ausdruck finden, von denen viele nicht so leicht zu identifizieren sind wie ein Hakenkreuz. Hier einige Beispiele:¹⁰⁶

- 88: Da das H der achte Buchstabe im Alphabet ist, wird diese Zahl oft als Chiffre für „Heil Hitler“ benutzt.
- 18: Bei bestimmten Gruppierungen steht die Zahl 18 für „Adolf Hitler“. Hintergrund: Das A ist der erste, das H der achte Buchstabe im Alphabet.
- Zizis: Zizis steht für „Zionazis“ oder „Zionist Nazis“ und spiegelt die Tendenz linker und rechter Antisemit/-innen wieder, jüdische Menschen mit Nazis gleichzusetzen.

¹⁰⁶ Einige dieser Beispiele stammen aus der Publikation *Antisemitismus Thematisieren: Warum und Wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen*, a. a. O., Fußnote 32, S. 27.

ANHANG 4

Von der IHRA¹⁰⁷ verabschiedete Arbeitsdefinition von Antisemitismus

„Am 26. Mai 2016 beschloss das IHRA-Plenum in Bukarest die „Annahme der nachstehenden nicht rechtsverbindlichen Arbeitsdefinition von Antisemitismus:

Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann.

Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.

Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen: Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass ‚die Dinge nicht richtig laufen‘. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.
- Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden.

¹⁰⁷ Die Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken (engl. International Holocaust Remembrance Alliance [vorheriger Name: Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research bzw. ITF]) wurde 1998 ins Leben gerufen. Die gegenwärtig 31 Mitgliedsländer zählende IHRA bringt Regierungen und Expert/-innen mit dem Ziel zusammen, Aufklärung, Forschung und Gedenken in Bezug auf den Holocaust weltweit zu fördern und voranzutreiben sowie die Verpflichtungen aus der Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums zum Holocaust in den drei Bereichen Bildung, Gedenken und Forschung hochzuhalten.

- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z.B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust).
- Der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind (z.B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.“

ANHANG 5

Von der IHRA¹⁰⁸ verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust

„Der hier vorgelegten Definition liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Leugnung und Verfälschung des Holocaust sowohl national als auch international bekämpft, geächtet und weltweit untersucht werden müssen. Die IHRA verabschiedet deshalb als Arbeitsgrundlage die folgende, rechtlich nicht bindende Definition:

Als Holocaustleugnung werden solche Diskurse und Formen der Propaganda verstanden, die die historische Realität und das Ausmaß der Vernichtung der Juden durch die Nazis und deren Komplizen während des Zweiten Weltkriegs – bekannt als Holocaust oder Shoah – negieren. Holocaustleugnung bezieht sich namentlich auf jeden Versuch zu behaupten, der Holocaust habe nicht stattgefunden.

Holocaustleugnung ist auch dann gegeben, wenn die Instrumente der Vernichtung (wie Gaskammern, Massenerschießungen, Verhungern und Folter etc.) oder die Vorsätzlichkeit des Völkermords geleugnet oder in Zweifel gezogen werden.

Holocaustleugnung ist in allen ihren verschiedenen Formen stets Ausdruck von Antisemitismus. Wer den Völkermord an den Juden leugnet, versucht, Nationalsozialismus und Antisemitismus von Schuld und Verantwortung für diesen Völkermord am jüdischen Volk zu entlasten. Formen der Holocaustleugnung bestehen auch darin, zu behaupten, Juden übertrieben oder erfänden die Shoah, um daraus einen politischen oder einen finanziellen Vorteil zu ziehen, als wäre die Shoah selbst das Ergebnis einer Verschwörung der Juden. Dies zielt letztlich darauf ab, die Juden für schuldig und den Antisemitismus wieder für legitim zu erklären.

Häufig zielt die Holocaustleugnung auf die Rehabilitation eines offenen Antisemitismus ab und will damit eben die politischen Ideologien und Bedingungen fördern, die zum Auftreten genau jener Art von Vorgängen passen, die sie leugnet.

Unter Verfälschung des Holocaust ist u. a. zu verstehen:

1. das absichtliche Bemühen, die Auswirkungen des Holocaust oder seine wesentlichen Faktoren, die ihn ermöglichten und begünstigten, einschließlich der Kollaborateure und der Verbündeten Nazi-Deutschlands, zu entschuldigen oder zu verharmlosen;
2. die grobe Verringerung der Zahl der Opfer des Holocaust im Widerspruch zu den verlässlichen Quellen;
3. jeder Versuch, die Juden zu beschuldigen, den an ihnen verübten Genozid selbst verursacht zu haben;

¹⁰⁸ a. a. O., Fußnote 107.

4. jene Aussagen, die den Holocaust zu einem positiven geschichtlichen Ereignis verformen. Solche Äußerungen sind keine Holocaustleugnung an sich, aber sie sind als radikale Form des Antisemitismus eng damit verbunden. Entsprechende Äußerungen könnten suggerieren, dass der Holocaust nicht weit genug gegangen sei, um das Ziel einer ‚Endlösung der Judenfrage‘ zu erreichen;
5. die Versuche, die Verantwortung für die Errichtung von Konzentrations- und Vernichtungslagern, wie sie von Nazi-Deutschland entwickelt und betrieben wurden, zu verschleiern, indem die Schuld anderen Nationen oder ethnischen Gruppen zugeschoben wird.“



Organisation
der Vereinten Nationen
für Bildung, Wissenschaft
und Kultur

Bildungssektor

In einer Zeit, in der das Problem des Antisemitismus weltweit immer drängender wird, stellt sich eine neue Gemeinschaftspublikation von UNESCO und OSZE der Aufgabe, Lernende gegen aktuelle Formen des Antisemitismus zu wappnen. Sie macht konkrete Vorschläge dazu, wie sich durch Bildungsarbeit Antisemitismus bekämpfen, Vorurteilen begegnen und Toleranz fördern lässt. Zu diesem Zweck werden Ansätze vorgestellt, die auf Prinzipien wie Achtung der Menschenrechte, Global Citizenship Education, Inklusivität und Geschlechtergleichstellung aufbauen. Zudem gibt die Publikation politischen Entscheidungsträger/-innen nützliche Werkzeuge und Orientierungshilfen an die Hand, um sicherzustellen, dass die Bildungssysteme junge Menschen durch kritisches Denken und Respekt für andere widerstandsfähig gegen antisemitische Ideen, Ideologien, gewalttätigen Extremismus und, ganz allgemein, alle Formen von Rassismus und Diskriminierung machen können.

